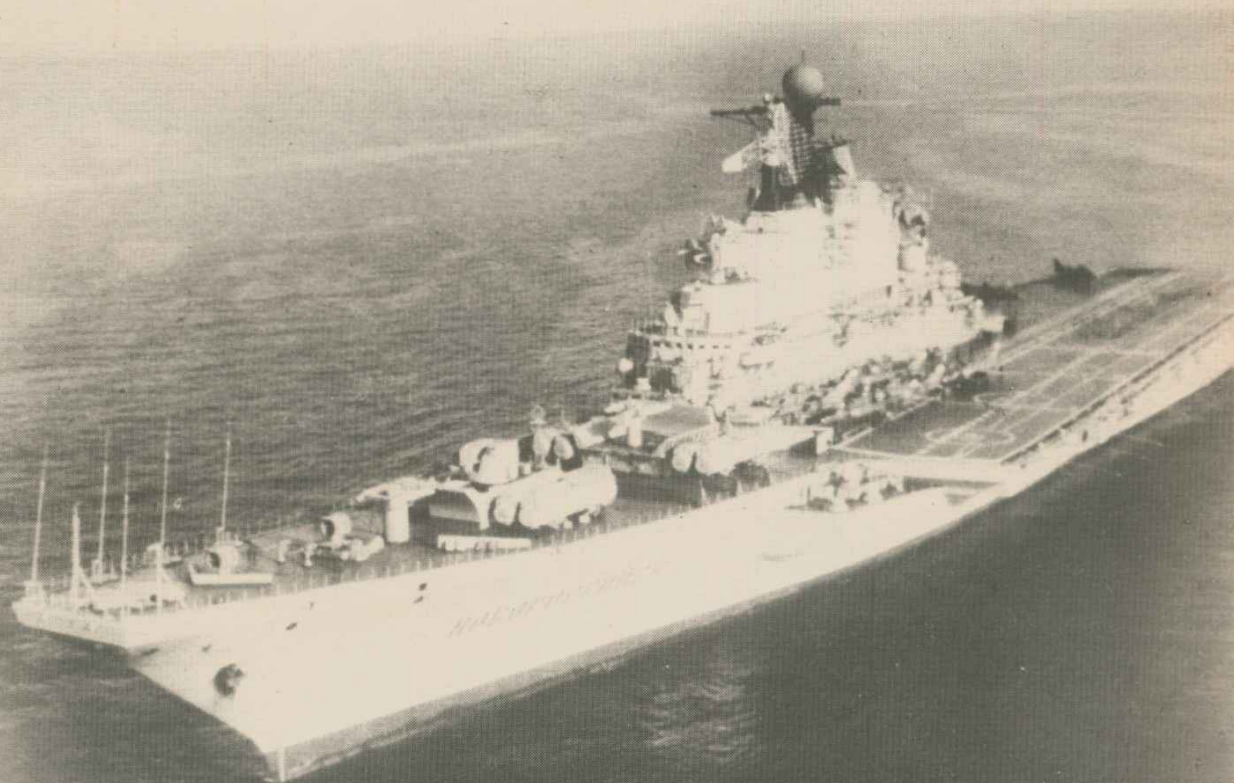


ent-
nommen

NEUE

ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek



SCHUTZ
DER UdSSR ZUR SEE

1501 9001 1525
ZOLLVERM-BI
14159 30
151 394 347
FACH 65



1986-INTERNATIONALES JAHR DES FRIEDENS

Lenin kannte ausgezeichnet die Mathematik des Klassenkampfes. Er wußte, daß es im Lager der Feinde Sowjetrußlands Kräfte gibt, deren Einstellung man benutzen konnte, um die Versuche der imperialistischen Mächte zu vereiteln, eine diplomatische Front gegen das erste sozialistische Land aufzustellen. Besonders hatte er die einander entgegengesetzten Monopolgruppierungen in der von ökonomischen Widersprüchen zerrissenen kapitalistischen Welt im Auge. Auch zog Lenin die Antikriegsstimmung westlicher Persönlichkeiten in Betracht, die erkannt hatten, daß das Wüten gegen das Sowjetland aussichtslos war.

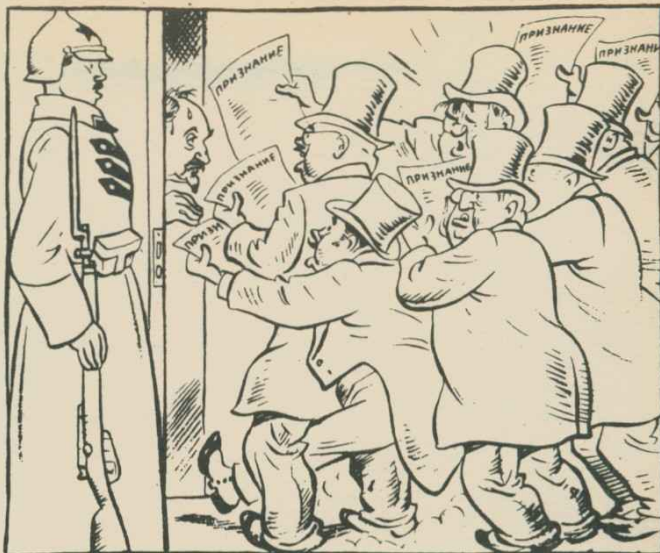
Schon Ende 1921 schrieb Lenin: „...daß wir voll und ganz mit der Friedensliebe ... eines sehr großen Teils der einsichtigen Vertreter der Bourgeoisie und der Regierungen rechnen“. Einige Monate danach gab er bei den Vorbereitungen zur Konferenz von Genua, die er leitete, der sowjetischen Delegation die Weisung, Kontakte „mit jenen Vertretern des bürgerlichen Lagers, die zum Pazifismus neigen“, zu suchen. Sie solle diese den Verfechtern militärischer Entscheidungen entgegenstellen und so zur „Zersetzung des Feindes“ beitragen. Das war die von Lenin angeregte Taktik. Er dachte es sich so, daß man mit ihrer Hilfe „auch beim Scheitern von Genua“ gewinnen könne.

Lenins Weitblick hat sich in der Praxis als richtig erwiesen. Als klar war, daß Großbritannien, Frankreich und ihr Anhang, nachdem sie sich von ihrer Unfähigkeit überzeugt hatten, dem Land der Sowjets zu diktieren, bereit waren, die Konfe-

renz aufzuliegen zu lassen, wurde am 16. April 1922 auf Initiative der russischen Delegation in Rapallo der sowjetisch-deutsche Vertrag geschlossen. Darin verzichtete Deutschland u. a. auf Schadenersatz für den in Rußland nationalisierten ausländischen Besitz. Vor allem aber bedeutete der Vertrag, daß die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wiederhergestellt, daß Deutschland die Sowjetrepublik de jure anerkannte.

Der Donnerschlag in Rapallo hallte in den außenpolitischen Kanzleien des Westens wider. Die bürgerliche Presse schrieb über eine „Sprengung des europäischen Blocks“ und den „großen diplomatischen Sieg der Sowjets“. Mit Recht. Ein Mitglied der sowjetischen Delegation hatte alle Ursache, zu sagen: „Dieses Tintenfaß und diese Feder gehen in die Geschichte ein. Damit ist das erste Abkommen mit einer westlichen Großmacht unterzeichnet worden. Sie gehören der Geschichte unserer Diplomatie an.“

Der Vertrag von Rapal-



„Diplomatische Reibungen in Tschitscherins Empfangszimmer“.

Karikatur von Boris Jefimow [1924]

lo war die erste Lawine, die über den vom Westen um unser Land gezogenen „Sanitätskordon“ hereinbrach. Ihm folgten diplomatische Anerkennungen der UdSSR. 1924 allein händigten Botschafter Englands, Italiens, Österreichs, Griechenlands, Nor-

wegens, Schwedens, Chinas, Dänemarks, Mexikos und Frankreichs im Kreml ihre Beglaubigungsurkunden ein. So begann die Fundamentlegung zur sowjetischen Außenpolitik friedlicher Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Die Mitglieder der sowjetischen Delegation in Genua Adolf Ioffe, Georgi Tschitscherin und Leonid Krassin [v. r. n. l.] unterhalten sich mit dem deutschen Kanzler Joseph Wirth, der für den Rapallo-Vertrag war



Fortsetzung des geschichtlichen Abrisses über die Antikriegsideen und den Friedenskampf (s. Heft 1, 4, 6, 12, 14, 17, 21, 24 und 28)

PHILOSOPHIE DER SICHERHEIT

Eine solche und nur eine solche Philosophie wird von unserem Zeitalter diktiert. Über alle Differenzen und weltanschaulichen Unterschiede muß das neue politische Denken — im Interesse der Bewahrung des Lebens auf Erden und des Fortschritts der Zivilisation — die Oberhand gewinnen.

Mancher könnte da sagen, das seien nur hochtrabende Worte, ihnen stimmten alle zu, doch die Weltlage werde nicht besser. Ja, von einem spürbaren Abbau der Spannungen kann einstweilen noch keine Rede sein. Und doch gibt es Anzeichen positiver Veränderungen. Befriedigt konstatiert man, daß sie sich in Europa zeigten. Das Fundament der Entspannung und Zusammenarbeit, das Europa zusammen mit den USA und Kanada in den 70er Jahren legte, war nicht geringen Belastungen in den 80er Jahren ausgesetzt. Doch es hielt. Es kann und muß für die weitere Festigung der Sicherheit — nicht nur der europäischen, sondern auch der globalen Sicherheit — genutzt werden.

Darum ging es in dem Dialog in London, wo sich Eduard Schewardnadse aufhielt. Der UdSSR-Außenminister, der die Haltung unseres Landes erläuterte, erinnerte daran, daß Michail Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU eine qualitativ neue Formel für die Gewährleistung einer allumfassenden Sicherheit vorgebracht hatte. Diese Konzeption beruht auf Kategorien eines neuen politischen Denkens, die Vertrauen und friedliche Koexistenz zu Grundprinzipien der internationalen Beziehungen erklären. Heute muß dieses philosophische Modell Wirklichkeit werden.

Ein neues Denken verlangen wir nicht nur verbal: Fast ein Jahr schon hält die Sowjetunion sich an ihr einseitiges Moratorium für Nuklearexplosionen. Prof. Frank von Hippel aus den USA (dessen Beitrag wir in diesem Heft bringen) und seine Kollegen, Wissenschaftler aus mehr als 30 Ländern, die in Moskau an einem internationalen Forum teilnahmen, meinen, daß die Stille auf den sowjetischen Versuchsgeländen überzeugender als alle Worte zeigt, daß in der Sowjetunion das neue politische Denken zu einer objektiven Realität wird. Sie riefen die USA auf, dem Beispiel der UdSSR zu folgen. Als Antwort darauf folgte die Explosion in Nevada — die vierzehnte seit Verkündung des sowjetischen Moratoriums. Das alte Denken räumt seine Positionen nicht kampflos.

Und doch findet der Aufruf der Sowjetunion zu einem neuen Denken ein immer stärkeres Echo bei Politikern, Wissenschaftlern und einer breiten Öffentlichkeit des Westens. Heute wird in Paris, London, Bonn und anderen Hauptstädten Europas von der Interdependenz der heutigen Welt, von der Notwendigkeit gesprochen, überholte Schablonen aufzugeben.

Das ist die sowjetische Philosophie der internationalen Beziehungen.

POST

Die Sendung "Studio 9" des Sowjetischen Fernsehens erwarte ich immer mit großer Spannung. Daß an einer der letzten Sendungen prominente westeuropäische Politiker — SPD-Vorstandsmitglied Egon Bahr, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Großbritanniens, David Owen — sowie Akademiemitglied Georgi Arbatow und der Vorsitzende des Vorstandes der Presseagentur Nowosti, Valentin Falin, teilgenommen haben, hat ihr besondere Brisanz und Aktualität verliehen. Es wäre wünschenswert, wenn Ihre Zeitschrift dazu beitragen würde, das Auditorium dieser Sendung zu erweitern und die Menschen in anderen Ländern über ihren Inhalt zu informieren.

A. UFIMZEW
Gebiet Moskau

Anm. der Redaktion: Wir kommen den Anregungen unserer Leser gern nach und bringen den Wortlaut der Sendung auf den Seiten 28/32 dieses Heftes.

Das Geschehen im Süden Afrikas widerspiegelt anschaulich die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Es steht mit den Versuchen im Zusammenhang, afrikanische Länder zu neokolonisieren, ein Klima des Mißtrauens und der Instabilität in den Beziehungen zwischen den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu schaffen, ihre Verbindungen zu den sozialistischen Staaten zu untergraben. Das alles erfordert von uns Afrikanern feste Geschlossenheit. Wir müssen unsere Verbindungen zu den Ländern des Sozialismus festigen.

Joaquim CEBA
Saurimo, Angola

30

JULI 1986

Gründungsjahr 1943

3
Neues Denken:
heute und morgen

6
Wache auf hoher See

7
UdSSR--Großbritannien.
Potential des Realismus

12
ASEAN. Lockert sich die
Schlinge!

14
Italien.
Regierungskrise

17
Ost-West-Zusammenar-
beit

18
Der XXVII. Parteitag der
KPdSU und der Ideen-
k a m p f
heute

21
Banner der Moncada

22
Bilanz und Perspektiven

27
Die Stafette geht an
Seattle

28
Sicherheit für Europa,
Sicherheit für alle

Wort des Redakteurs (1),
Interviews (5, 16, 20, 27,
28). Panorama (9). Persona-
lien (15). Informationen,
Glossen, Repliken (24).
Diskussion mit dem Leser
(26).

Umschlag: Kreuzer "Nowo-
rossijsk"

Foto: APN

WIRD DIE SCHLINGE LOCKERER?

Diese Frage stellen sich die Politiker der Mitgliedsländer der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN). Sie stand im Mittelpunkt auf der 18. Jahreskonferenz dieser Organisation in Manila sowie bei den traditionellen Dialogen zwischen den ASEAN-Ländern sowie den Vertretern der USA, Japans, Australiens, Neuseelands und der EG.

S. 12



DIE VIERTE WOCHE

hält die Regierungskrise in Italien an. Warum können sich die Führer der fünf Parteien, die früheren Partner der Regierungskoalition, nicht über die Zusammensetzung des neuen, 45. Nachkriegskabinetts einigen?

S. 14

DISKUSSION IM FERNSEHEN

Fragen der Entspannung in Europa, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und andere aktuelle Probleme der Weltpolitik waren kürzlich Gegenstand der Diskussion in dem beliebten Programm des Zentralen Fernsehens "9. Studio". An der Sendung nahmen der Direktor des Instituts der USA und Kanadas der AdW der UdSSR, Akademienmitglied Georgi Arbatow, das Mitglied des SPD-Parteivorstan-

des Egon Bahr, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Großbritanniens, der ehemalige Außenminister David Owen und der Vorstandsvorsitzende der Presseagentur Nowosti, Valentin Falin, teil. Ständiger Moderator dieser Sendung ist der politische Kommentator des sowjetischen Rundfunks und Fernsehens, Valentin Sorin. Wir haben diese Diskussion für unsere ausländischen Leser aufgezeichnet.

S. 28

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW [Stellv. Chefredakteur], J. GUDKOW [Verantw. Sekretär], A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK [Stellv. Chefredakteur], Y. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], D. WOLSKI, V. ZOPPI

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

Neues Denken: heute und morgen

Frank von HIPPEL, Professor der Universität Princeton(USA)

Die Diskussionen über die Nuklearwaffenpolitik in den USA wie in der UdSSR sind ein Kampf zwischen der alten und der sich noch nicht ganz herausgebildeten neuen Denkweise.

Die alte Denkweise formierte sich von alters her, als sich unsere Vorfahren immer wieder von der Gefährlichkeit militärischer Schwäche und eines Rückstandes in der Kriegstechnik überzeugen mußten.

Rußland hatte daraus die Lehren gezogen, da es wiederholten Einfällen von verschiedenen Seiten ausgesetzt war, aber doch überlebte und unter großen Verlusten siegte.

Amerika weiß nicht, was eine ausländische Intervention bedeutet, doch es erkannte die Bedeutung der Entwicklung der Kriegstechnik während des amerikanischen Bürgerkrieges und in den beiden Weltkriegen. Und es zog offenbar die falschen Lehren, als es als erste Nuklearwaffen entwickelte und einsetzte.

Mit Kernwaffen kann man einem nichtnuklearen Land drohen, doch wenn man einem hochentwickelten Industrieland droht, wird es seinerseits schnell ein eigenes Kernwaffenpotential schaffen. So verfuhr die Sowjetunion und eine weitere Reihe von Ländern.

Die UdSSR und die USA besitzen ca. je 10 000 strategische Nuklearsprengköpfe, von denen jeder Washington oder Moskau zerstören kann. Solange es nicht gelingt, durch Verhandlungen einen Ausweg aus dieser Lage zu finden, werden wir unweigerlich von der Gnade des anderen abhängig sein.

Anzunehmen, die USA oder die UdSSR könnten nukleare Oberlegenheit erlangen, ist Wahnsinn und Phantasterei. Und deshalb ringen in beiden Ländern die alte und die neue Denkweise miteinander.

Die neue Denkweise konzediert: Jetzt, da beide Länder über eine große Menge von Nuklearwaffen verfügen, sind wir die Geiseln des anderen und müssen es lernen, gemeinsam zu leben, wenn wir nicht gemeinsam untergehen wollen.

Als bislang beeindruckendster Sieg

des neuen Denkens kann der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag — die Red.) von 1972 bezeichnet werden. Amerikanische und sowjetische Wissenschaftler spielten eine wichtige Rolle, als sie ihre Regierungen überzeugten, daß derartige Verteidigungssysteme nutzlos und provokatorisch sind. Gegenwärtig bemühen sich viele Wissenschaftler beider Länder intensiv, den Vertrag gegen Rückfälle in das alte Denken zu verteidigen. War es doch schon zu Beginn der 70er Jahre klar: Wenn eine Seite bei der Entwicklung von Raketenabwehrsystemen vorprescht, wird die andere ihr nachjagen.

Eben deshalb wurde es erforderlich, daß beide Regierungen gleichzeitig die neue Denkweise zu einer nuklearen Verteidigung akzeptierten. Doch das sollte sehr schwer sein.

Spürbar größere Fortschritte sind möglich, wenn eine Seite so weit das neue Denken übernimmt, um einseitig auf wichtige Aspekte des Wettrüstens zu verzichten, bis die andere Seite versteht, daß Fortführung des Rüstungswettlaufs eine Vergeudung von Kräften und Mitteln ist und gleichfalls einhält. Das tut gerade die Sowjetunion faktisch bereits ein Jahr lang, indem sie ein einseitiges Moratorium für Nuklearwaffentests erklärte.

Ich weiß, daß der Sowjetunion dies nicht leicht fällt. Als ich im April als technischer Berater der Delegation "Globale Aktion der Parlamentarier" Moskau besuchte, bekam ich zu hören, daß die einen beharrlich verlangten, die UdSSR solle die Tests wiederaufnehmen, sonst würden die USA bedeutende militärische Vorteile erlangen.

So äußerte sich das alte Denken. Glücklicherweise setzte es sich nicht durch. Offenbar sagten andere der sowjetischen Führung, daß größere Sicherheit für die UdSSR nicht in der Vervollkommenheit der Nuklearwaffen zu suchen ist, sondern in der Beendigung des Wettrüstens.

Natürlich werden solche Diskussionen auch in den USA geführt. Allerdings gibt es in der jetzigen Administration nicht

einen einzigen einflußreichen Vertreter des neuen Denkens, doch die Bewegung für das Einfrieren der Nuklearwaffen zeigt, daß es die Zustimmung des Volkes findet.

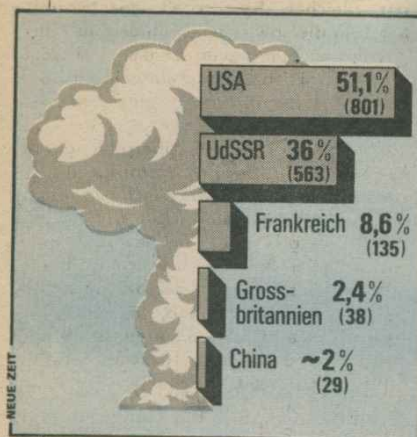
Es findet Unterstützung sogar im US-Kongreß, der einerseits die politische Macht der alten Denkweise fürchtet, andererseits aber vor zu weitgehenden Schritten zurückschreckt. Viele Kongreßabgeordnete sind unzufrieden, daß die Administration auf das sowjetische Moratorium nicht reagiert hat.

Der Kongreß überläßt die Durchführung der Außenpolitik dem Präsidenten, doch bisweilen, wenn das Weiße Haus beharrlich eine Tätigkeit fortsetzt, die nach weit verbreiteter Meinung nicht im nationalen Interesse liegt, mischt er sich ein, indem er die entsprechenden Bewilligungen kürzt. So trug der Kongreß zur Beendigung des Vietnam-Krieges bei und förderte den Abschluß des ABM-Vertrages von 1972, indem er allmählich die Bewilligungen für die Stationierung der entsprechenden US-Systeme kürzte. Und 1985 reagierte er auf das sowjetische Moratorium, indem er die Mittel für Tests neuer Antisatellitenwaffen zusammenstrich.

Der Kongreß hat bereits Resolutionen verabschiedet, die die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein vollständiges Verbot der Nukleartests verlangen. Der Präsident aber ignorierte diese Resolutionen. Jetzt erörtert der Kongreß die Möglichkeit entschiedeneren Handelns.

Schon bald wird das Repräsentantenhaus eine erste Abstimmung über den Vorschlag für eine Kürzung der Bewilligungen für Nukleartests durchführen, wenn die UdSSR ihr Moratorium verlängert.

Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß der Kongreß da mitziehen wird, doch nichtsdestoweniger besitzt das neue Denken in den USA reale politische Kraft selbst zu einer Zeit, da die Regierung von den Vertretern des alten Denkens kontrolliert wird. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß das sowjetische Moratorium die Verbreitung des neuen Denkens in den USA gefördert hat.



Wieder Nevada

Am 18. Juli vibrierten in Las Vegas die Häuser. So erfuhren die Amerikaner von einer weiteren unterirdischen Nuklearexplosion auf dem Versuchsgelände in Nevada — der siebten seit Beginn des Jahres, der vierzehnten seit Verkündung des sowjetischen Moratoriums. Stärke — bis zu 150 kt. Ziel — die Entwicklung von Nuklearwaffen der dritten Generation, ebenjener, die für "Ster-

nenkriege" bestimmt sind. Das Echo der Explosion war sofort in aller Welt zu vernehmen.

Mit erschütterndem Zynismus und Hochmut stellt sich Washington taub gegenüber den Aufrufen, darunter aus verbündeten Hauptstädten, dem Beispiel der UdSSR zu folgen, die Tests einzustellen und das Wahnsinnstreben zu beenden. Im Weißen Haus hört man nur auf die eigenen Argumente. Eines von ihnen lautet, die Russen hätten Amerika bei der Zahl der Nukleartests überholt.

Unser Schaubild beruht auf Angaben des Schwedischen Verteidigungsinstituts vom 1. Januar d. J. Es verdeutlicht, welche Nuklearmacht bei der Zahl der Tests in 40 Jahren führend ist. Mehr als die Hälfte fallen auf die USA. Washington aber hat immer noch nicht genug.

Amerika möchte stets Nr. 1 sein, darunter bei den Waffen — sowohl auf der Erde wie auch jetzt im Weltraum. Und deshalb nehmen die Explosionen in Nevada kein Ende. Mit jeder neuen Explosion werden die USA natürlich ihre führende Stellung bei der Zahl der Tests festigen. Doch offenbar hat man dort vergessen, daß es in dem Wettlauf, den sie selbst entfesselt haben, keine Sieger geben wird.

Während der Diskussionen in den USA über ein vollständiges Verbot der Nukleartests spielte die Frage der Überprüfung von Anfang an die Hauptrolle. In den USA befürchtete man stets, die UdSSR könne insgeheim ihre Waffen weiter vervollkommen, während wir unsere Nukleartechnologie einfrieren.

Mit diesem Problem befaßte sich erstmals 1958 eine Konferenz von Experten, die die Möglichkeiten einer Klärung von Verletzungen eines Kernwaffentestabkommens prüften. Die Experten zogen den Schluß, daß ein System aus 160-170 Kontrollpunkten an verschiedenen Stellen des Erdballs eine gute Möglichkeit bietet, Nuklearexplosionen einer Mindeststärke von bis zu 1 kt in den Meeren und in der Atmosphäre zu entdecken und zu identifizieren.

Bei unterirdischen Explosionen bereitete das Problem der Erdbeben Schwierigkeiten. Die Fachleute kamen zu dem Schluß: Weltweit kann es 20 bis 100 Erdbeben jährlich geben, die sich von unterirdischen Explosionen einer Stärke von 5 kt und mehr nicht unterscheiden, und deshalb können Inspektionen vor Ort erforderlich sein.

Doch zu jenem Zeitpunkt hatten die USA nur einen unterirdischen Test durchgeführt. Gestützt auf neue Angaben, meinten die US-Fachleute, die von der Expertenkonferenz vorgeschlagenen Methoden, um unterirdische Explosionen

von Erdbeben zu unterscheiden, seien nicht so genau, wie angenommen, und erlaubten es, Explosionen in einer Stärke von nicht 5, sondern erst ab 20 kt zu fixieren.

Infolgedessen schlug Präsident Eisenhower 1960 den Abschluß eines Vertrages über ein Verbot der Tests nur in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser sowie der unterirdischen Tests mit einer seismischen Magnitude von 4,75 vor — das entspricht der Explosion einer Nuklearanlage von ca. 20 kt.

Doch die Amerikaner errechneten, daß es selbst bei einer so hohen Schwelle in der UdSSR jährlich an die 100 seismische Erscheinungen gibt und verlangten deshalb an die 20 Inspektionen jährlich an Stellen nichtidentifizierter Erscheinungen mit einer seismischen Magnitude von über 4,75.

Die Sowjetunion aber bestand auf einem vollständigen Verbot der Tests und schlug vor, je drei Inspektionen jährlich bei verdächtigen Erscheinungen mit einer Magnitude von über wie unter 4,75 durchzuführen.

Diese Differenz war nicht die einzige. Die USA befürchteten, die UdSSR werde die Klärung von Verstößen behindern, die UdSSR aber war davon überzeugt, die USA würden die Kontrollstationen auf sowjetischem Territorium und die Inspektionen vor Ort für Spionagezwecke.

Die Meinungsverschiedenheiten konnten nicht überwunden werden, doch letztlich schlossen die UdSSR, Großbritannien und die USA 1963 einen Vertrag über ein Teilverbot der Tests, die mit nationalen technischen Mitteln kontrolliert werden können.

Natürlich konnte man stärkere unterirdische Tests ebenfalls mit nationalen technischen Mitteln kontrollieren, und 1974 wurde der Vertrag über ein Verbot der Tests von über 150 kt geschlossen.

Später, unter der Carter-Administration, wurden ernsthafte Verhandlungen wiederaufgenommen. Eine Vereinbarung wurde erzielt, die die Schaffung eines Kontrollsystems mit zehn unbemannten seismischen Stationen auf dem Territorium jedes Landes vorsah. Die Bestimmung über Inspektionen vor Ort und ein Moratorium für friedliche Nuklearexplosionen trafen in Kraft.

Einige Fragen blieben ungelöst: So, ob eine Zustimmung Großbritanniens zur Aufstellung von ebensoviel unbemannten seismischen Stationen erforderlich ist wie in den USA und in der UdSSR. Die Leiter zweier amerikanischer Militärlabors legten Präsident Carter dar, sie könnten die Effektivität der US-Kernwaffen ohne Tests kleinerer Stärke nicht garantieren.

Unter Präsident Reagan wurde verstärkt von der Bedeutung einer Überprüfung gesprochen, da man die Sowjetunion der Verletzung des Schwellenvertrages bezichtigte.

Eine Reihe amerikanischer Seismologen kam zu dem Schluß: Die Vorwürfe gegen die Sowjetunion, sie verletze den Vertrag, erklärten sich durch eine falsche Kalibrierung der Hauptwellen vom Versuchsgelände Semipalatinsk, die größten Tests dort aber (nach Inkrafttreten des Vertrages von 1976) betrugen faktisch ca. 150 kt.

Die Reagan-Administration erkannte diese Schlußfolgerung nicht an und schlug der Sowjetunion vor, eine direkte Kalibrierung auf beiden Versuchsgeländen durch Messung des Grades der Zerstörung des Kabels, das von der anderen Seite unweit des Explosionsortes gelegt würde, vorzunehmen. Die UdSSR lehnte diese Forderung ab.

Ich verstehe die sowjetische Haltung, da die Reagan-Regierung kein Interesse an einem vollständigen Testverbot hat. Doch es kann die Zeit kommen, da ein solcher Schritt möglich wird. Dann könnte die UdSSR den Gegnern eines vollständigen Testverbots Argumente aus der Hand schlagen, indem sie bei einer Verbesserung der Kalibrierung auf dem Versuchsgelände Semipalatinsk zusammenarbeitet.

Das jüngste Ereignis im Bereich der Kontrolle ist die Zusammenarbeit zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen der USA. Laut ihrer Vereinbarung entstehen seismische Stationen unweit des Versuchsgeländes Semipalatinsk und des Versuchsgeländes in Nevada. Ein Ziel

des Experiments ist es, eine gemeinsame Kontrolle auf dem Landesterritorium durchzuführen. Diese Initiative kann als beeindruckender Beweis für die Bereitschaft der UdSSR angesehen werden, die Beunruhigung der USA in der Kontrollfrage zu berücksichtigen.

Explosionen verbreiten mehr Energie in Hochfrequenzschwingungen als Erdbeben vergleichbarer Magnituden. Durch den Einsatz von Hochfrequenzen sind die Explosionssignale besser zu erkennen.

Die jüngsten Angaben, die eine amerikanische seismische Station in Norwegen lieferte, zeugen davon, daß unterirdische Tests von selbst 1 kt ohne nationale Kontrollstationen fixiert werden können.

So wurden 1963 alle Tests, außer den unterirdischen, verboten; 1974 wurden dann die Tests von über 150 kt untersagt. Kann dieser Prozeß zu Ende geführt werden oder sind neue Zwischenschritte erforderlich?

Manche treten für die Festlegung einer Quote ein — je zwei Tests für die USA und die UdSSR jährlich. Das liegt im Interesse jener, die befürchten, irgend ein unentdeckter Fehler könne einen Großteil der Nukleararsenale untauglich machen. Ein solches Argument kann nicht

seriös erscheinen. Doch gerade es weckte bei Präsident Carter Zweifel, ob es ihm gelingen werde, den Senat zur Billigung eines vollständigen Testverbots zu bewegen. Bei zwei Tests jährlich würden unsere Waffen nicht in Mitleidenschaft gezogen, doch wir wären nicht in der Lage, ein umfassendes Programm für die Entwicklung von Waffen der dritten Generation zu verwirklichen.

Eine weitere Begrenzung der Stärke der Versuchsexplosionen wird teilweise durch die Sorge um die Kontrollmöglichkeiten gebremst. Anhänger und Gegner eines vollständigen Testverbots stimmen erst darin überein, daß Tests von mehr als 10 kt ohne nationale seismische Stationen entdeckt werden können. Über Explosionen geringerer Stärke gehen die Meinungen auseinander. Ich erinnere an die Schlußfolgerung einer Reihe von Spezialisten, bei Vorhandensein geeigneter, mit Hochfrequenzseismometern ausgerüsteter Stationen innerhalb eines Landes könnten beliebige unterirdische Nuklearexplosionen von mindestens 1 kt entdeckt und identifiziert werden. Vertreter der US-Militärlabors haben diese Argumente noch nicht anerkannt.

Der Beschluß der sowjetischen Führung, ein einseitiges Testmoratorium zu erklären, ist ein überaus wichtiger Sieg des neuen Denkens über das alte, wenn auch die Reagan-Administration nicht mit

der gleichen Bereitschaft geantwortet hat. Hält die sowjetische Führung auch in Zukunft an dem neuen Denken fest, so, meine ich, kann das Moratorium mit der Zeit als erster Schritt in eine bessere Zukunft angesehen werden.

Die Möglichkeit einer Überprüfung im Rahmen der Rüstungskontrolle nimmt einen sehr wichtigen Platz in den Diskussionen in den USA ein. Die Tauben neigen eher zu gewissen Erleichterungen bei einer möglichen Überprüfung, da sie meinen, daß der amerikanisch-sowjetische Zustand, in dem der eine die Geißel des anderen ist, sehr stabil ist und daß man jegliche Verletzung, lange bevor sie militärische Bedeutung erlangt, entdeckt wird.

Doch es gibt auch andere, die der Auffassung sind, daß jegliches Rüstungskontrollabkommen, das die Sowjetunion zu schließen bereit ist, gegen amerikanische Interessen gerichtet sein wird, und diese werden unverhältnismäßig hohe Forderungen an eine Überprüfung stellen.

Eben deshalb ist das Abkommen zwischen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen der USA über die Aufstellung amerikanischer seismischer Anlagen im Raum Semipalatinsk so wichtig. Es eröffnet einen Weg zur Lösung des Problems eines Verbots der Nukleartests.

Über das gemeinsame sowjetisch-amerikanische Experiment berichtet auf Bitte unseres Korrespondenten J. Andrianow einer seiner Leiter, der stellvertretende Direktor des Schmidt-Instituts für die Physik der Erde der AdW der UdSSR, Prof. Dr. sc. nat. M. GOCHBERG

Wir wollen Stille hören

Hauptziel des Experiments ist es zu beweisen: Die modernen technischen Mittel, über die die UdSSR und die USA verfügen, erlauben es, effektiv die Einhaltung eines Moratoriums für Nuklearexplosionen zu kontrollieren. Wir wollen keine Explosionen mehr aufzeichnen. Doch am 18. Juli fixierten amerikanische Kollegen eine unterirdische Explosion in Nevada. Hierbei sei gesagt, daß sie nur über eine Meßstation in Karkaralinsk verfügen. Weltweit aber gibt es Hunderte derartiger Stationen, wobei allein die USA Dutzende längs unserer Grenzen besitzen.

Das Experiment läuft folgendermaßen ab: In der ersten Phase stellen amerikanische Wissenschaftler ihre Geräte an drei Punkten auf. Dort, wo tektonisch altes Felsgestein an die Oberfläche tritt, werden geeignete Standorte ausgewählt.

Die Meßstationen sind so angeordnet, daß sie unser Versuchsgelände umfassen — das ist erforderlich, um natürliche Geräusche zu messen und zu registrieren, um das Spektrum der Störungen zu sondieren.

Anschließend sollen für lange Zeit sensiblere

Kontrollmittel in speziellen unterirdischen Schächten in einer Tiefe von bis zu 100 Metern aufgestellt werden. Die Bohrung soll bis zum November abgeschlossen sein, damit die amerikanischen Kollegen beim nächsten Mal ihre Seismometer in den Bohrlöchern anbringen können.

Und schließlich wird eine Gruppe sowjetischer Wissenschaftler nach Nevada reisen, um dort UdSSR-Meßgeräte aufzustellen.

Zur Auswertung der wissenschaftlichen Angaben wurde eine gemeinsame sowjetisch-amerikanische Gruppe auf der Grundlage unseres Instituts und amerikanischer Forschungszentren, die an dem Experiment teilnehmen, gebildet.

Auf dem Moskauer Wissenschaftler-Forum "Für die Einstellung der Nukleartests" erklärten viele seiner Teilnehmer: Die Politiker müssen sich ein Beispiel an den Wissenschaftlern nehmen, wie schnell man eine gemeinsame Sprache finden und eine Ver-

einbarung über komplizierteste Fragen der Gegenwart erreichen kann. Ein Beispiel dafür ist der Geist gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit, der für unser Experiment charakteristisch ist. Urteilen Sie selbst. Am 28. Mai wurde in Moskau ein Abkommen zwischen der AdW der UdSSR und dem Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen der USA über das geplante Experiment geschlossen. Am 4. Juli trafen die amerikanischen Wissenschaftler ein, und einen Tag später wurde das Experiment von beiden Seiten erörtert. Sechs Tage später war die erste Station ausgerüstet, und bereits am 21. Juli wurden wissenschaftliche Angaben in der zweiten Station gewonnen. Natürlich wäre ein solches Arbeitstempo unmöglich ohne die Unterstützung, die wir seitens der Sowjetregierung erhalten. Sie hat alle notwendigen Bedingungen für die sowjetischen und amerikanischen Wissenschaftler geschaffen.

Wache auf hoher See

Wladimir TSCHERNAWIN, Flottenadmiral, Oberkommandierender der Seestreitkräfte der UdSSR

Die UdSSR ist eine große Seemacht. Ihre Küsten sind fast so lang wie der Äquator. Ihre Matrosen wachen auf den Meeren, damit das Sowjetvolk in Frieden leben kann.

Dieses Jahr begehen sie ihren Feiertag, der ein Fest des ganzen Volkes ist, im Zeichen der epochalen Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU, die auch bei den Seeleuten ein starkes Echo gefunden haben.

Wir dürfen auf die ruhmreiche Vergangenheit der russischen Flotte, die dieses Jahr ihr 290jähriges Bestehen feiert, mit Recht stolz sein. Stets gedenkt das Volk voll Dankbarkeit der glänzenden Siege bei Gangut und Cesme, Navarino und Sinop, der Tapferkeit und Standhaftigkeit russischer Matrosen bei der Verteidigung von Sewastopol und Petropawlowsk-Kamtschatski.

Besonders aber ehren wir die revolutionären Traditionen unserer Flotte. Viele russische Matrosen waren Träger fortschrittlicher, demokratischer Ideen. Revolutionäre Matrosen kämpften gegen die Zarendespotie in Kronstadt, Sewastopol, Wladiwostok und Baku. Mit MG-Gurten über der Brust marschierten sie in den ersten Reihen der Kolonnen, die das Winterpalais erstürmten. Der legendäre Kreuzer "Aurora" symbolisiert den Sieg der Großen Oktoberrevolution. Im Bürgerkrieg kämpften Matrosen auf der Ostsee, dem Kaspischen, Schwarzen, Asowschen und Weißen Meer opfermütig Seite an Seite mit den Rotarmisten.

Der X. Parteitag der RKP(B) von 1921 faßte auf Antrag Lenins den Beschluß, "gemäß der Gesamtlage und mit den materiellen Ressourcen der Sowjetrepublik" die alten Schiffe wieder einsatzfähig zu machen, neue zu bauen und die Besatzungen mit revolutionären Matrosen zu verstärken. Vor dem Großen Vaterländischen Krieg durchliefen die Mannschaften der Baltischen, der Nordischen, der Pazifik- und der Schwarzmeerflotte sowie die von vier Flottillen eine gründliche Gefechtsausbildung. Sie zählten 3 Linienschiffe, 7 leichte Kreuzer, 54 Zerstörer und Großzerstörer, 22 Küstenschutz- und 80



Minenabwehrschiffe, 287 Torpedo- und 212 U-Boote, 2800 Seeflugzeuge und 260 Küstenbatterien. Das war eine große Seestreitmacht.

Der tückische Einfall Hitlerdeutschlands in die UdSSR traf unsere Seestreitkräfte nicht unvorbereitet. Obwohl die feindliche Luftwaffe viele Flottenstützpunkte angriff, verlor die Flotte durch den Erstschatz kein einziges Kampfschiff und kein Flugzeug. Die Besatzungen der Baltischen, der Schwarzmeer- und der Nordischen Flotte legten Kampftüchtigkeit, Mut, Standhaftigkeit und Heroismus an den Tag. Nicht von ungefähr bombardierten Seeflieger schon im August 1941 Berlin.

Im Großen Vaterländischen Krieg beteiligten sich die Seestreitkräfte an der Verteidigung von Flottenstützpunkten und einzelnen Küstengebieten, führten Landungsoperationen aus und unterstützten die Küstenfronten und -armeen bei Offensiven und Verteidigungskämpfen. Rund 500 000 Matrosen, Unteroffiziere und Offiziere zur See kämpften tapfer auch an Land. Auf See war der Gegner ständig wichtigen Schlägen unserer U-Boote, Kampfschiffe und Seefliegerkräfte ausgesetzt. Sie versenkten 1300 Transporter mit einer Wasserverdrängung von insgesamt über

3 Mio t. So kam es, daß zahlreiche feindliche Divisionen, Tausende Panzer, Geschütze und Flugzeuge nicht einmal die Front erreichten oder nicht rechtzeitig eingesetzt werden konnten. Hier ein Beispiel. Im Januar 1945 kam das U-Boot S 13 unter Alexander Marinesko dem faschistischen Schiff "Wilhelm Gustloff" auf die Spur und bohrte es in den Grund. Dadurch verlor die Wehrmacht 7000 Mann, u. a. etwa 4000 U-Boot-Matrosen, die als Besatzungen für 70 U-Boote ausgereicht hätten.

Nach dem zweiten Weltkrieg schlugen die aggressiven imperialistischen Kreise, allen voran die US-amerikanischen, dessen Lehren in den Wind. Sie gingen anfangs heimlich und später offen daran, gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gerichtete neue Pläne zu schmieden. Rasch spannten sie rings um unser Land ein ganzes Netz von Militärstützpunkten aus. Aggressive Militärböcke wurden zusammengezimmert.

Jetzt verausgaben die USA für das Wehrwesen, auch das zur See, Hunderte Milliarden Dollar. Der Bau von US-Kriegsmarinestützpunkten geht in zwei Richtungen vor sich: Man entwickelt strategische Nuklearraketensysteme und stockt die Streitkräfte zur allgemeinen Verwendung auf. Das Weltmeer ist zum Schauplatz der möglichen Aggressivitäten gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gemacht worden.

Auf die imperialistischen Ränke beschlossen das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung Mitte der 50er Jahre den Bau einer mächtigen, mit Nuklearraketen zu bestückenden Hochseeflotte. Geschaffen wurde sie von Wissenschaftlern, Konstrukteuren, Ingenieuren, Technikern und Arbeitern — kurz, vom ganzen Sowjetvolk. Bald darauf wurden für die Seekriegsflotte Kräfte und Mittel bereitgestellt, mit denen große operative und strategische Aufgaben erfüllt und Aggressionen vom Meer aus abgeschlagen werden können.

Die Ozeane, die Amerika früher einen zuverlässigen Schutz von Auswärtsschlägen der Opfer der Aggression boten, haben jetzt ihre Schutzfunktion völlig eingebüßt. Washington muß jetzt die ungeheuer schweren Folgen von Gegenanschlägen in Betracht ziehen, die einen Aggressor vom Meer aus träfen, falls er es wagen sollte, einen Kernwaffenkrieg anzuzetteln.

Die wichtigsten Stoßkräfte der Seekriegsflotte sind Atom-U-Boote und mit weitreichenden Raketen bestückte Flugzeuge. Diese Kriegstechnik für Seegefechte zeichnet sich durch große Schlagkraft, Beweglichkeit und die Fä-

higkeit aus, Kampfhandlungen globalen Umfangs zu führen.

Die Überseeschiffe haben sich völlig verändert. Wir haben Flugdeckkreuzer der Klasse "Kiew" und atomgetriebene Kreuzer der Klasse "Kirov". Die Seefliegerkräfte können zum Erfolg fast beliebiger Großoperationen beitragen. Sie sind dazu bestimmt, Schläge gegen Ober- und Unterwasser- sowie Luftziele zu führen und eine Seeaufklärung durchzuführen. Die moderne Militärtechnik und die modernen Waffen liegen in Händen einer vorzüglich ausgebildeten Marineinfanterie und anderer Waffengattungen und Kräfte der Flotte.

Zur Seewache sind heute sowjetische Matrosen eingesetzt, die die Ruhmestaten ihrer Vorgänger hoch in Ehren halten. Sie wachen rastlos auf dem Atlantik, Pazifik, Indik und auf dem Nördlichen Eismeer, befahren schwierige, zuweilen unerforschte Routen und lernen es, aus schwierigsten operativen und taktischen Verhältnissen, aus funktionselektronischen Kämpfen unter Einsatz sämtlicher heute bekannter Waffen siegreich hervorzugehen.

Die Kommandeure, Politoffiziere, Stäbe und Parteiorganisationen orientieren die Mannschaften darauf, ihre Einsatzbereitschaft zu verstärken, die Wirksamkeit und Qualität der Gefechtsausbildung zu erhöhen sowie moderne Waffen und neueste Technik zu meistern. Da das Militärwesen dauernd perfektioniert wird, werden vom Personal immer höheres Können und Einsatzbereitschaft verlangt.

Die Beziehungen der sowjetischen Kriegsmarine zu den Flotten und Armeen der anderen Warschauer Vertragsstaaten werden stetig ausgebaut. Die politische und Gefechtsausbildung der verbündeten Flotten wird immer gehaltvoller. Bei ihren gemeinsamen Übungen und Manövern wird das Zusammenwirken der Schiffe durchgespielt und die Kampffähigkeit der Mannschaften perfektioniert. Dabei wird die Waffenbrüderschaft zwischen den Streitkräften der sozialistischen Länder immer enger.

Am Tag der sowjetischen Seestreitkräfte gehen viele Besatzungen fern von der Heimatküste ihrer patriotischen Pflicht und hohen internationalen Mission nach. In vielen Weltteilen weiß man, daß die sowjetischen Schiffe keine aggressiven Absichten verfolgen, daß sie weder Furcht erregen noch auf andere Völker militärischen Druck ausüben wollen, sondern bereit sind, den imperialistischen Kräften und deren Weltherrschafts- und Eroberungsgelüsten entgegenzutreten. Stolz tragen sie die sowjetische Staatsflagge über die Meere und bekunden ihre Bereitschaft, ihr Heimatland vor beliebigen Anschlägen zu schützen.

Potential des Realismus

"Insgesamt sind wir mit den Ergebnissen der Gespräche zufrieden" — mit diesen Worten eröffnete Eduard Schwarzadse seine Pressekonferenz in London. Geoffrey Howe seinerseits erklärte, wie die Londoner "Times" schrieb, er sei "sehr befriedigt" über die Gespräche und betrachte den Besuch als "überaus nützlich".

Erstmals nach zehn Jahren unterzeichneten die UdSSR und Großbritannien gleich drei bedeutende bilaterale Abkommen: über ökonomische und industrielle Zusammenarbeit in einem Zeitraum von fünf Jahren, über die Regelung der Finanz- und Besitzansprüche, die vor 1939 entstanden waren, und über die Verhinderung von Zwischenfällen auf hoher See. Letzteres ist vor allem wichtig, weil es den militärischen Bereich betrifft.

Zweifelsohne ist die Bedeutung auch jenes Teils der Gespräche, der nicht in Abkommen seinen Niederschlag fand, groß — wurden ja verschiedene Aspekte des Problems der Zügelung des Wettrüstens erörtert. Der sowjetische Außenminister konstatierte in diesem Zusammenhang den Realitätssinn und die vernünftige Haltung der britischen Seite. London sprach sich klar für die Einhaltung der bestehenden sowjetisch-amerikanischen Abkommen SALT 1, SALT 2 und des ABM-Vertrages aus, für Fortschritte bei den Genfer Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumrüstungen, dafür, daß ein neues Treffen der führenden Repräsentanten der UdSSR und der USA wesentliche praktische Ergebnisse bringt.

Gegenseitiges Verständnis wurde auch im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer gemeinsamen Erarbeitung von Fragen wie eines Verbots der C-Waffen sowie einer Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa deutlich. Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung eines erfolgreichen Abschlusses der Stockholmer Konferenz und einer gebührenden Vorbereitung des Wiener KSZE-Nachfolgetreffens.

Alles braucht

seine Zeit

Es sind also alle Voraussetzungen gegeben, von einem positiven Wandel in den britisch-sowjetischen Beziehun-

gen, die man bislang kaum als ausgeglichen und problemlos bezeichnen konnte, zu sprechen. Viele Beobachter in London mußten eingestehen, daß sie so bedeutsame Ergebnisse der Gespräche nicht erwartet hatten.

Nicht durch Schuld der Sowjetunion wurden fast zehnjährige Pausen in den sowjetisch-britischen Kontakten auf hoher Ebene leider zu etwas Gewöhnlichem. Der Durchbruch erfolgte im Dezember 1984, als sich in Großbritannien eine sowjetische Parlamentarierdelegation unter Michail Gorbatschow aufhielt. Die politische Bedeutung, der Charakter des damaligen Meinungsaustausches fanden sogleich die Aufmerksamkeit der britischen und der Weltöffentlichkeit.

Während des sowjetisch-amerikanischen Gipfels in Genf zitierte Michail Gorbatschow, sich an seine London-Reise erinnernd, die bekannte Äußerung Palmerstons, daß Großbritannien keine ständigen Freunde und Feinde hat, sondern nur ständige Interessen. Die Sowjetunion zeigte für sie stets vollstes Verständnis und Respekt. Stehen denn Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR im Widerspruch zu den nationalen Interessen Großbritanniens? Oder bedrohen sie seine privilegierten, "besonderen" Beziehungen zu den USA oder zu anderen Verbündeten und Partnern? Keineswegs. Geht es ja um eine Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, die niemandem zum Schaden gereicht.

Es gibt reiche historische Erfahrungen einer solchen Zusammenarbeit in der Antihitlerkoalition, als sich das Bündnis der Drei ausweitete und die Vereinten Nationen im gemeinsamen Streben, den Krieg zu ächten, ins Leben rief. In jenen Tagen wurde der gesunde Menschenverstand, der traditionell zu den britischen Nationaltugenden gerechnet wird, deutlich. Mit anderen Worten, die Fähigkeit, pragmatisch, ohne sich Emotionen hinzugeben, zu handeln. Vergessen wir nicht: Das Bündnis mit der UdSSR ging der gleiche Winston Churchill ein, der ein Vierteljahrhundert zuvor damit gedroht hatte, "den Bolschewismus in der Wiege zu erdrosseln".

Ja, bereits ein Jahr nach dem Krieg schlug Churchill Washington vor, ohne zu zögern, das Atommonopol zu benutzen, um den kürzlichen Verbündeten in

die Knie zu zwingen. Doch einige Jahre vergingen, und Sir Winston vermochte sich erneut über die ideologischen Antipathien zu erheben, zeigte Realitätssinn. 1954 begann er von der Notwendigkeit eines Dialoges mit Moskau zu sprechen. Dieser Sinneswandel hatte eine einfache Erklärung: Auch die UdSSR war in den Besitz thermonuklearer Waffen gelangt. Die Politik der USA schien der britischen Regierung immer unberechenbarer und gefährlicher zu werden. In den 50er Jahren erwogen Pentagon-Generale wiederholt die Möglichkeit eines Einsatzes von Nuklearwaffen (anfangs im Korea-Krieg, dann in Indochina). Churchill und seine Kollegen fürchteten zu Recht, eine solche Wende könne zu einem globalen Nuklearkonflikt mit katastrophalen Folgen führen. Hierbei würde eines seiner ersten Opfer unweigerlich Großbritannien werden — sind ja auf seinem Boden atomarbestückte US-Bomber stationiert.

Der Realitätssinn gegenüber den Ost-West-Beziehungen verstärkte sich in der britischen Außenpolitik, je mehr sich das militärisch-strategische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen den beiden Gruppierungen behauptete.

In der Nachkriegszeit ergriff London wiederholt konstruktive diplomatische Initiativen, die sowohl von den Konservativen als auch von der Labour Party ausgingen.

Erinnern wir uns an die aktive Rolle des Toryführers Harold Macmillan bei der Ausarbeitung eines Dokuments von enormer völkerrechtlicher und politischer Bedeutung — des Vertrages von 1963 über das Verbot der Nukleartests in der Atmosphäre, unter Wasser und im kosmischen Raum. London wirkte damals konstruktiv für den Dialog zwischen den USA und der UdSSR, zwischen West und Ost insgesamt.

Harold Wilsons Labourregierung nahm in den 70er Jahren Kurs auf die Unterstützung der europäischen Entspannung, leistete einen bedeutenden Beitrag zum Erfolg der Konferenz von Helsinki, zur Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses. 1975 wurden in Moskau wichtige sowjetisch-britische Abkommen — im politischen wie im ökonomischen Bereich — unterzeichnet.

Es gibt also nicht geringe positive Erfahrungen in den Beziehungen beider Länder. Übrigens können auch negative Erfahrungen nützlich sein, wenn aus ihnen die richtigen Lehren gezogen werden. Nicht von ungefähr begann Lord Carrington, Anfang der 80er Jahre Außenminister Großbritanniens und jetzt NATO-Generalsekretär, auf einer gewis-

sen Etappe vor der "Lautsprecherdiplomatie" zu warnen.

Manchmal schien Londons Rhetorik gegenüber der UdSSR und ihren Verbündeten mehr an den Wortschatz britischer Fußballfans zu erinnern. Bisweilen entstand der Eindruck, daß die klassischen Eigenschaften der Briten — Zurückhaltung und Kaltblütigkeit — für immer Albion verlassen (und sich lieber an den Ufern der Moskwa niedergelassen) hätten. Übrigens geht es hier nicht um Worte. Wichtig sind die Taten. Und hier ist die Bilanz sehr widersprüchlich.

Großbritannien stationierte als erstes Land in Westeuropa gegen die UdSSR gerichtete amerikanische Cruise Missiles und unterstützte das SDI-Programm. Zugleich hielt London dem Druck von jenseits des Atlantik stand und lehnte eine Drosselung der Kontakte britischer Firmen zu sowjetischen Organisationen ab. Eine solche Politik kann nicht als konsequent bezeichnet werden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Erinnerungen des namhaften sowjetischen Historikers und Diplomaten Iwan Maiski. Er berichtete über ein Gespräch mit dem Volkskommissar für Äußeres, Maxim Litwinow, das 1932 vor seiner Abreise nach London als sowjetischer Botschafter stattfand. Der Volkskommissar gab eine bemerkenswerte Analyse der sowjetisch-britischen Beziehungen und der Faktoren, die sie beeinflussen: Gefühle der ideologischen Feindseligkeit "verwirren oft die Köpfe der herrschenden Oberschicht Großbritanniens, machen sie blind, nehmen ihr die übliche Kaltblütigkeit und politische Weitsicht". Er verwies auf den anhaltenden Kampf in dieser Oberschicht zwischen zwei Linien — jener, in der das "staatsmännische Element" dominiert, die die Zusammenarbeit mit der UdSSR als vorteilhaft ansieht, und jener, in der das "Klassenelement" vorherrschend ist. Mit dem Antagonismus dieser beiden Tendenzen eben erklärte der Volkskommissar für Äußeres den "Zickzackkurs" der bilateralen Beziehungen.

Eine sehr lehrreiche Analyse. Die Gegenwart kann und darf nicht von der Geschichte getrennt werden. Doch man darf auch nicht Gefangener der Vergangenheit sein. Während in den 30er Jahren die politische Kurzsichtigkeit eines Teils der herrschenden Kreise Großbritanniens zur Tragödie führte, kann sie heute in eine globale Katastrophe münden.

Damit das nicht geschieht, sind dringende Anstrengungen aller Staaten nötig, und Großbritannien vermag da eine bedeutende Rolle zu spielen.

Was den letzten Faktor angeht, so

wird die Bescheidenheit in den Einschätzungen des eigenen Nuklearpotentials, zu der offizielle Vertreter Großbritanniens neigen, von vielen Experten im Vereinigten Königreich nicht geteilt. Wie der liberale Abgeordnete Paddy Ashdown im "Guardian" konstatierte, wird Großbritannien, wenn das Programm für die Auswechslung der Polaris-U-Boot-Flotte durch das Trident-2-Nuklearraketensystem verwirklicht sein wird, ein nukleares Erstschlagspotential erlangen, das die UdSSR keineswegs ignorieren kann.

Das politische Klima

Was die bilateralen sowjetisch-britischen Beziehungen angeht, so sind ihre Möglichkeiten und Aussichten fürwahr unbegrenzt. Kann man es etwa als normal ansehen, daß Großbritannien, das noch vor gut zehn Jahren an vorderster Stelle unter den kapitalistischen Außenhandelspartnern der UdSSR lag, auf einen der letzten Plätze abgerutscht ist. Das unterzeichnete Abkommen über die Regelung der Finanz- und Vermögensansprüche wird jetzt die Kredit- und Finanzbeziehungen bedeutend erleichtern. Bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind auch die Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit.

Und natürlich dienen die langjährigen Unterbrechungen in den Kontakten auf hoher politischer Ebene nicht gerade dem gegenseitigen Verständnis. Die letzten Jahre sind in dieser Hinsicht ermutigend. In Moskau hielt sich eine britische Parlamentarierdelegation auf. In Großbritannien weilte kürzlich der erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Wsewolod Murachowski. Die sowjetische Führung hatte Begegnungen mit den Führern der britischen Parteien — Neil Kinnock, Denis Healey, David Steel und David Owen.

Geplant ist ein UdSSR-Besuch von Premierministerin Margaret Thatcher — Eduard Schewardnadse übergab ihr und Außenminister Geoffrey Howe in London eine Einladung.

... Als Michail Gorbatschow vor anderthalb Jahren vor britischen Parlamentariern sprach, erinnerte er an das englische Sprichwort: "Nach Regen kommt wieder gutes Wetter." Und er betonte, daß ein gutes Klima in den Beziehungen zwischen den Staaten nicht von allein, ohne gegenseitige Anstrengungen kommt. Wir müssen also gemeinsam dafür sorgen, daß kein Böswilliger erneut Gewitterwolken aufziehen läßt — das politische Klima hängt im Gegensatz zum Wetter von den Menschen ab.

A. LEBEDEW

"NEUE ZEIT" 30.86

JAPAN

Fragen ohne Antwort

Die Nachrichtenagentur Kyodo Tsushin meldete: Die US-Luftwaffe will ein Jahr eher als geplant die Stationierung der F-16-Jagdbomber auf dem Stützpunkt Misawa (im Nordosten von Honshu) abschließen. Zusätzlich zu den dort bereits stationierten 27 Maschinen werden weitere 23 Flugzeuge eintreffen, erklärte im US-Kongreß General George Ally.

Warum diese Eile? Diese Frage stellte ich auf einer Pressekonferenz im japanischen Außenministerium. Der Pressesprecher des Ministe-

riums durchwühlte seine Unterlagen mit den vorbereiteten Antworten auf mögliche Fragen ausländischer Korrespondenten, doch das gesuchte Papier konnte er nicht finden. Bereits nach der Pressekonferenz sagte er, die US-Regierung habe die japanischen Behörden bislang über eine Veränderung des Zeitplans für die Stationierung der F-16-Jagdbomber nicht informiert.

Die gleiche Frage wurde in der Pressektion des Stabes der US-Streitkräfte in Japan gestellt. Nach Rücksprache mit dem Kommando der 5. Luftarmee, zu der sowohl die F-16-Maschinen als auch der Stützpunkt in Misawa gehören, antwortete der Offizier der Pressektion: "Kein Kommentar".

Natürlich ist es betrüblich, keine Antworten auf seine Fragen zu erhalten. Man



Der US-Luftstützpunkt in Misawa, auf dem F-16-Jagdbomber stationiert werden

Foto: TASS

könnte da Erklärungen in Pressebeiträgen, in Gesprächen mit Experten suchen. Der Kommentator einer japanischen Luftfahrtzeitschrift erläuterte: Seit April v. J., als in Misawa die ersten drei F-16-Jagdbomber eintrafen, wurden dort Maschinen der

Typen A und B stationiert, jetzt aber werden Flugzeuge der neuesten Modifikationen C und R folgen. Die einen wie die anderen sind für Nuklearangriffe gegen Ziele in einem Radius von 900 km um Misawa bestimmt. So gelangt der sowjetische Ferne Osten in

Verantwortung für das „europäische Haus“

Hans-Dietrich Genscher, Vizekanzler und Bundesaußenminister der BRD, hielt sich auf Einladung der Sowjetregierung zu einem offiziellen Besuch in Moskau auf.

Am 21. Juli empfing Michail Gorbatschow im Kreml Hans-Dietrich Genscher, der eine Botschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU übergab.

Bei dem Gespräch wurden ein weiter Kreis von Fragen der internationalen, vor allem der gesamteuropäischen, Lage und die bilateralen Beziehungen erörtert.

Der in einer Atmosphäre des Wohlwollens geführte Meinungsaustausch und die offene Diskussion erlaubten es, das gemeinsame Verständnis dafür zu konstatieren, daß die Weltlage besorgniserregend bleibt und es bislang keine Fortschritte bei den Verhandlungen über Nuklearwaffen gibt, Fortschritte, die es erlauben würden, von einer Verringerung der Kriegsgefahr zu sprechen, daß ein wirklich konstruktiver, ergebnisreicher Ost-West-Dialog nötig ist, daß die geschlossenen Verträge, vor allem SALT und der ABM-Vertrag, eingehalten werden und die bevorstehenden gesamteuropäischen Foren und andere Verhandlungsrunden dazu beitragen müssen, die Struktur eines beständigen zwischenstaatlichen Zusammenwirkens und der Zusammenarbeit zu schaffen.

Die Gesprächspartner bekräftigten die Treue ihrer Staaten zum Moskauer Vertrag von 1970 und zur Schlußakte von Helsinki, die den sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen und der Teilnahme beider Länder am gesamteuropäischen Prozeß zugrunde liegen. Seine Fortsetzung verlangt gleiche Aufmerksamkeit für alle Aspekte: den politischen, den militärischen, den ökonomischen, den kulturellen und den humanitären Bereich.

Michail Gorbatschow konstatierte, daß in der Situation, die

in der Welt, in Europa, in den bilateralen Beziehungen UdSSR-BRD entstanden ist, dieses Treffen, der Besuch Hans-Dietrich Genschers, über den gewöhnlichen Rahmen hinausgeht.

Michail Gorbatschow unterstrich die beiderseitige Verantwortung solcher Staaten wie der UdSSR und der BRD bei der Gestaltung des "europäischen Hauses" — unter Berücksichtigung der Lehren der Geschichte, ihrer Lage und ihres realen Gewichts in Europa und in der Welt, natürlich in Loyalität zu ihren militärischen und politischen Bündnissen. Wenn wir die Frage der Zusammenarbeit der Europäer in den Vordergrund stellen, gehen wir davon aus, daß eine Verletzung der entstandenen politischen und territorialen Struktur in Europa nur zum Chaos und zur Verschlechterung der Lage führen würde.

Michail Gorbatschow, der die Friedensbeteuerungen der Vertreter der BRD zur Kenntnis nahm, verwies auf die Inkonsistenz in ihrer Politik. Äußerungen für eine verantwortungsvolle Sicht der heutigen Welt und der Rolle der BRD sind mit der praktischen Unterstützung des kriegerischen Kurses der US-Administration, der amerikanischen "Zwischenlösung", die die Beibehaltung eines Teils der Mittelstreckenraketen in Europa vorsieht, mit der Teilnahme am SDI-Programm und mit der passiven Haltung zu den Möglichkeiten der Abrüstung, die die weitreichenden sowjetischen Initiativen eröffnen, nicht zu vereinen. Im Interesse der BRD selbst ist es, eine aktive Politik in Fragen der Abrüstung zu verfolgen, und nimmt sie praktische Gestalt an, dann wird die BRD in der UdSSR einen zuverlässigen Partner finden, der das seine einbringen wird.

Der überzeugendste Beweis für die friedlichen Absichten der Sowjetunion sind ihre gigantischen Aufbaupläne, die darauf gerichtet sind, das gesamte enorme Potential der sowjetischen Gesellschaft zu entfalten. Die UdSSR ist in dieser sehr aussichtsreichen Etappe der Entwicklung zur Zusammenarbeit mit der BRD auch auf wirtschaftlichem Gebiet bereit, einschließlich neuer Formen des Zusammenwirkens, die gemeinsam erörtert werden können.

ihre Reichweite, die durch Nachtanken in der Luft noch weiter vergrößert werden kann. Der Beschluß, neueste Modifikationen des F-16-Jägers zu stationieren, ein Beschluß, der erst im Juni bekannt wurde, doch bereits Anfang des Jahres im Pentagon gefaßt worden war, wird mit den positiven Tendenzen in der Entwicklung der japanisch-sowjetischen Beziehungen in Verbindung gebracht sowie mit der "Vorwärtsstrategie" von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, die selbst in Friedenszeiten eine weitestmögliche Verlagerung der US-Streitkräfte an die sowjetischen Grenzen vorsieht.

Die neue Pentagon-Strategie macht sich durch eine spürbare Verstärkung der militärischen Spannungen im Fernen Osten bemerkbar. Gemeint sind nicht nur die Stationierung neuer Kernwaffenträger in Misawa, sondern auch die provokatorischen Manöver "Fleet X", bei denen amerikanische Flugzeugträger-Angriffsverbände einen Überfall auf Petropawlowsk-Kamtschatski und Wladiwostok übten. Ähnliche Manöver sind auch für diesen Herbst angesetzt.

In Misawa stationierte F-16-Jagdbomber nehmen regelmäßig an gemeinsamen Übungen mit japanischen F-15-Jägern teil. Bei Manövern der Seestreitkräfte werden Operationen durchgespielt, die die Begleitung von US-Flugzeugträgerverbänden, die Ziele auf sowjetischem Territorium angreifen, durch japanische Schiffe üben. Ein Beispiel dafür sind die multilateralen Manöver "Rimpac 86", an denen eine Rekordzahl von Schiffen der japanischen "Selbstverteidigungskräfte" teilnahm.

Die Stationierung immer neuer Träger von US-Nuklearkraften auf dem Territorium Japans und in seinen Küstengewässern ruft bei den Nachbarn berechnete Unruhe hervor. Verständlich ist auch die Besorgnis der Japaner, die von ihrem Premierminister zu hören bekamen, die drei bekannten Nichtnuklearprinzipien

seien weniger wichtig als der japanisch-amerikanische "Sicherheitsvertrag", dem zufolge die USA mehr als 100 Militärstützpunkte im Lande besitzen.

Offizielle Vertreter Tokios sprechen von Sicherheit, die die USA durch ihren Nuklearschirm gewährleisten. Japan hat wie jeder Staat das Recht, sich um seine Sicherheit zu kümmern. Doch trägt der US-Nuklearschirm dazu bei?

Admiral Stansfield Turner, Ex-Direktor der CIA, ein Experte für Fragen der US-Nuklearstrategie, erklärte in einem Interview für die Zeitung "Yomiuri", über Japan gebe es ebenso wie übrigens auch über den Ländern Westeuropas keinerlei Nuklearschirm. Turner bezeichnete die Hoffnungen als dumm, irgendein US-Präsident werde Nuklearkraften einsetzen, um Japan oder Europa zu verteidigen — würde das ja Washington und New York gefährden.

J. TAWROWSKI
NZ-Korrespondent

Tokio

ISRAEL-- LIBANON

Nach dem gleichen Szenario

In Westbeirut explodieren wieder Bomben, fallen Schüsse, donnern Granatwerfer. Und — nur scheinbar absurd — setzte all das ein, nachdem in diesem Sektor der libanesischen Hauptstadt, der Bastion der nationalen und patriotischen Kräfte, die ersten Erfolge bei der Wiederherstellung von Recht, Ordnung und Sicherheit erzielt werden, woran ein Kontingent syrischer Militärbeobachter aktiv beteiligt ist. Natürlich mißfielen der Kampf gegen die Anarchie, die entschiedenen Anstrengungen, um die Entstehung brudermörderischer Konflikte zu verhindern, die Räumung

der Straßen von Barrikaden und Sperren jenen, die eine Beendigung der langjährigen und blutigen libanesischen Krise nicht wollen: Israel, der einheimischen Reaktion und den imperialistischen Kreisen der USA. Da griff man zu einem alten und vielfach erprobten Szenario: Provokationen von Agenten in Regionen, die unter der Kontrolle der nationalpatriotischen Kräfte stehen, und militärischer Druck der israelischen Militäristen auf diese Regionen.

Sobald klar wurde, daß die Pläne für die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit in Westbeirut greifbare Ergebnisse bringen, riefen die Führer christlicher Rechtskreise eine Beratung ein, nach der sie erklärten, sie betrachteten die Präsenz syrischer Militärbeobachter in Westbeirut als "ungesetzlichen Akt". Als Echo dieser Erklärung hallten vier starke Explosionen in der Hamra, der Zentralstraße von Westbeirut. Am Vorabend hatten "Unbekannte" zwei Sprengstoffanschläge unweit des Hotels "Beau rivage" verübt, wo sich der Stab der syrischen Beobachter befindet, und vor dem Haus des Führers der libanesischen Baath-Partei. Nur als Anstiftung zu derartigen Provokationen läßt sich die Erklärung des Sprechers des israelischen Außenministeriums werten, Tel Aviv verfolge "aufmerksam die Stationierung syrischer Soldaten in Beirut" und sei "im Prinzip gegen die syrische Präsenz auf libanesischem Territorium". Bezeichnenderweise decken sich diese Erklärung und die der Führer der Rechtskräfte fast völlig.

Auch der Propagandarummel Tel Avivs und der libanesischen Rechten, um den Bürgerkrieg in Westbeirut und in Südlibanon erneut zu entfachen, sind so gut wie identisch. Die christlichen Rechtsmedien versuchen, der Öffentlichkeit des Landes zu suggerieren, die Sprengstoffanschläge und die antisyrischen Provokationen in Westbeirut würden von einer islamischen religiös-politischen Organisation verübt. Tel Avivs Propagandisten aber verbreiteten die Desinformation von

einer "Zusammenarbeit" ... der schiitischen Amal-Bewegung mit den israelischen Besatzern!

Gleichzeitig begann Tel Aviv den militärischen Druck zu verstärken. Seine Kriegsmarine verschärfte die Blockade der gesamten südlbanesischen Küste, sperrte die für Südlibanon lebenswichtigen Häfen Tyre und Saida total. Tausende libanesischer Fischer, die nicht auf See fahren können, Hafenarbeiter und Schauerleute blieben ohne Arbeit. Die in Südlibanon stehenden israelischen Besatzer und ihre Söldner von der "Südlbanesischen Armee" greifen immer wilder an und beschießen pausenlos Städte und Ortschaften außerhalb der "Sicherheitszone", die Tel Aviv ungesetzmäßig auf libanesischem Territorium längs der Nordgrenze Israels geschaffen hat. Aus den Gebieten, die von den Israelis und ihren Söldnern attackiert werden, meldet man zahlreiche Tote, zerstörte Häuser und verbrannte Felder.

Israelische Flugzeuge dringen tief in libanesischen Luftraum ein. Sie imitieren Attacken auf libanesischen Städte und Ortschaften, auf palästinensische Flüchtlingslager. Sie griffen das palästinensische Flüchtlingslager Ain al-Hilwan an. Gleichzeitig beschossen israelische Kriegsschiffe dieses Lager mit Raketen.

Nach dem Überfall auf Ain al-Hilwan verübten die israelischen Luftgangster einen Überfall auf eine Gebirgsregion unweit von Beirut, genauer gesagt, griffen sie die Ortschaften Baisur, Aitaf und Shimlan an, die unter Kontrolle der Sozialistischen Fortschrittspartei stehen, die wie die Amal eine wichtige Rolle im Westsektor der libanesischen Hauptstadt spielt.

Der Premierminister Libanons, Raschid Karame, enthielt das Ziel all dieser Provokationen. Er erklärte, sie seien Bestandteil einer Kampagne, die die Herstellung der Sicherheit in Westbeirut vereiteln solle. Zugleich erteilte der Premier jenen eine Abfuhr, die versuchen, die Präsenz der

syrischen Militärbeobachter in Westbeirut ins Zwielflicht zu bringen, indem er deren Eintreffen als "rechtmäßige Aktion auf eine offizielle Bitte hin" bezeichnete.

Unterdes entfachte Tel Aviv, das die Lage in Libanon weiter anheizt, wieder eine Drohkampagne gegen Syrien. Der ehemalige Chef der israelischen Militäraufklärung, General Yariv, hielt im Juli einen Vortrag, in dem er Syrien als "Land, das eine Bedrohung für Israel darstellt", bezeichnete. Der israelische Verteidigungsminister Rabin deutete bewußt an, bereits 1970 hätten "die USA und Israel einen gemeinsamen Angriff auf Syrien unternehmen können".

Unwillkürlich erinnert man sich da wieder an das Szenario, das Washington und Tel Aviv im April im Nahen Osten abzogen! Werden ja erneut die Provokationen in Libanon und die Drohungen gegen Syrien gleichzeitig mit der Verschärfung der Spannungen vor der libyschen Küste verstärkt, wo wiederum die gleiche 6. US-Flotte ihre Manöver abhält. Nein, die Herstellung eines dauerhaften und gerechten Friedens, zuverlässigen Sicherheit im Nahen Osten passen nicht in die Pläne

der "strategischen Verbündeten" — Washingtons und Tel Avivs.

J. KORSCHUNOW

USA--BOLIVIEN

Präzedenzfall?

Am 14. Juli landeten auf einem Militärflugplatz unweit der bolivianischen Stadt Santa Cruz drei riesige Transportflugzeuge der US-Luftwaffe. Sie setzten sechs Hubschrauber, bewaffnet mit Großkaliber-MGs, ca. 160 US-Militärangehörige, Agenten des FBI und der Behörde zur Rauschgiftbekämpfung ab. Die begannen mit einer Großrazzia im Dschungel, wo ein Drittel des Kokains erzeugt wird, das auf den Schwarzmarkt der USA und Westeuropas gelangt. Offiziell verkündetes Ziel war dabei, die Koka-Plantagen und die illegalen Labors zur Verarbeitung der Koka-Blätter zu vernichten.

Zweifel am Erfolg der bolivianisch-amerikanischen Operation wurden bereits vor deren Beginn geäußert. Und

die sollten sich bestätigen. Weder Lager noch Produktionsanlagen für "Koks" wurden entdeckt — und das an Stellen, wo US-Aufklärungsflugzeuge noch vor kurzem mindestens 35 Labors fixiert hatten.

Angesichts der Ergebnislosigkeit der Operation fragen sich viele Beobachter, ob sie nicht irgendwelche anderen Ziele verfolgte. Solche Zweifel sind angebracht. Wie bekannt wurde, erlaubte das Pentagon den US-Militärangehörigen die "Selbstverteidigung". Der Meinung einiger Kongreßabgeordneter zufolge führt allein schon dieser Umstand das Landunternehmen "über den Rahmen einer gewöhnlichen Polizeiaktion" hinaus. Um so mehr, da laut Pressemeldungen das Weiße Haus die bolivianische Regierung massiv zu deren Bitte um Hilfe bei der Rauschgiftbekämpfung genötigt hat. Dabei griff man sogar zu der Drohung, die Hilfe an dieses ärmste Land Südamerikas um 7 Mio Dollar zu kürzen. Einer Erklärung des Beraters des bolivianischen Präsidenten zufolge hatte La Paz überhaupt nicht gehaut, daß es zu einer militärischen Landungsoperation kommen würde.

Das offenkundige Streben, die militärische Präsenz der USA in Bolivien zu sichern — diesmal gefarnt als "Antikokainrazzia" — erklärt sich durch die Lage in dem Land. Sie beunruhigt Washington. Die Regierung verfolgt eine Austeritätspolitik auf Kosten der Werktätigen, wobei sie sich strikt an die Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds hält. Viele Bolivianer erkennen, daß hinter diesen Empfehlungen die USA stehen. Kein Wunder, daß die Protestaktionen der Bevölkerung stets unter antiamerikanischen Lösungen stehen.

Die Lage hat sich so verschärft, daß die US-Botschaft in La Paz unlängst auf Anweisung des State Departments Übungen für den Fall einer Erstürmung des Gebäudes durch Demonstranten durchführte. Eben deshalb warnen einige Beobachter: Für zwei Monate angesetzte Präsenz eines gut ausgerüsteten Truppenkontingents auf bolivianischem Territorium könne sich hinauszögern und einer bekannten Formel nach zum "Schutz amerikanischer Bürger" verwandt werden.

In dieser Aktion ist auch ein umfassenderer internationaler Aspekt erkennbar. Die latein-amerikanischen Regierungen, deren Politik Washington mißfällt, werden immer häufiger der "Unfähigkeit", ja selbst des "fehlenden Willens" bezichtigt, gegen den Rauschgifthandel vorzugehen. Zum Objekt solcher Attacken wurden Politiker Nikaraguas, Panamas und Mexikos. Offenbar will Washington den Kampf gegen das Rauschgift zu ebenso einem Vorwand für bewaffnete Einmischung machen wie es der "Kampf gegen den Terrorismus" oder der "Schutz der Menschenrechte" wurden. Zumindest schafft die Razzia in Bolivien einen gefährlichen Präzedenzfall. Der nächste Schritt kann, wie Senator Glenn erklärte, die Entscheidung von US-Militärangehörigen nach Kolumbien und in andere Länder werden. Dorthin, wo die USA eine Bedrohung ihrer Interessen sehen.

W. KULISTIKOW

Fotos, die Jonas Savimbi, den Anführer der UNITA-Banden, zeigen, tauchen häufiger in der bürgerlichen Presse auf. Was macht es, daß die Angolaner ihn "Judas" nannten und seine Banden von den angolanischen Patrioten die gebührende Abfuhr erhalten! Dafür ist er der anerkannte "Liebling des Weißen Hauses", hat Zugang zu den Mächtigen Washingtons, wo er geschätzt und geachtet wird. Jetzt traf sein Vertreter, ein gewisser Jeremias Chitunda, auf offizielle Einladung in Washington ein... zur Teilnahme an einer sogenannten Konferenz der "Freiheitskämpfer" — von reaktionärem Abschaum wie der "Mujaheddin" und der Contras.

Chitunda erklärte stolz, die "amerikanische Hilfe", die im US-Kongreß auf 15 Mio Dollar geschätzt wird, darunter Stinger-Raketen, sei bereits in Händen der UNITA. Chitunda gelte auch nicht mit Drohungen, als er erklärte, die UNITA behalte sich "das Recht" vor, die Öregionen in der Enklave Cabinda zu überfallen.

Das dem Nachrichtenmagazin "Newsweek" (USA) entnommene Foto zeigt eine symbolische Szene: Der "Liebling des Weißen Hauses" ist vor aller Augen mit einem Bein im Sumpf steckengeblieben. Ja, sein Bein wird er leicht herausziehen können. Doch früher oder später wird sich das Schicksal an den Verrätern rächen. Und dann werden weder amerikanische Millionen noch Raketen oder Zusammenrottungen der "Freiheitskämpfer" helfen...



ASEAN und das System imperialistischer Abhängigkeit

Lockert sich die Schlinge?

Valeri ANDREJEV

Die jüngste, 19. Jahreskonferenz der Außenminister der Assoziation der Staaten Südasiens (ASEAN) fand Ende Juni statt. Sie verlief in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, die vor kurzem starke politische Erschütterungen erlebt haben. Nach der Konferenz kam es zu den traditionellen "Dialogen" der Minister der ASEAN-Staaten mit ihren Amtskollegen aus den USA, aus Japan, Australien, Neuseeland und Kanada sowie mit EG-Vertretern.

Schwere Zeiten

Die sechs ASEAN-Länder erleben keine leichte Zeit. Die recht hohen Wachstumsraten der 70er Jahre wurden von einer tiefen, langwierigen Krise abgelöst. Der Preissturz auf dem Weltmarkt für Erdöl, Kautschuk, Zinn und Kokosöl (Hauptexportartikel dieser Staaten) traf sie schwer. Die Valutaeingänge gingen jäh zurück. So verminderte sich der Erlös Indonesiens nur aus dem Export von Erdöl und Erdgas von 19 Md. Dollar im Finanzjahr 1981/82 auf 12 Md. Dollar 1985/86. Im laufenden Finanzjahr können diese Eingänge nach Schätzungen indonesischer Wirtschaftsexperten um weitere 4 Md. sinken. Ungefähr ebenso, wenn nicht schlimmer, steht es um den Exporterlös der Philippinen, Malaysias, Thailands, ja selbst Singapurs, das noch vor kurzem als "Schaufenster der westlichen Welt" in Asien gepriesen wurde. Weitere Probleme ergeben sich aus der protektionistischen Politik Washingtons und Tokios sowie aus den immensen Außenschulden (je 26 Md. Dollar bei Indonesien und den Philippinen, 13 Md. bei Malaysia). All das erklärt, warum die ASEAN-Staaten ihre nationalen Aufbauprogramme stark kürzen, nach neuen Anleihen suchen und

dem Diktat internationaler Banken und Monopole gemäß die Politik des "Gürtelengerschnallens" betreiben. Eine solche Politik wirkt sich vor allem auf den Lebensstandard der werktätigen Massen aus und erhöht demnach die sozialen Spannungen.

Des direkten Zusammenhangs zwischen der eigennützigen Politik des Westens und ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten eingedenk, rechneten die ASEAN-Länder damit, in erster Linie bei den USA, die die Hauptschuld an der heutigen Lage tragen, bestimmte Zugeständnisse durchzusetzen. Als Präsident Reagan auf seiner Reise zum Tokioter Gipfeltreffen der sieben größten kapitalistischen Staaten einen Zwischenaufenthalt auf der indonesischen Insel Bali einlegte, übergaben die Minister der ASEAN-Länder ihm Denkschriften, worin sie ihre Wünsche ausführlich darlegten. Doch das Treffen von Tokio löste eine tiefe Enttäuschung aus. Wie der indonesische Außenminister Kusumaatmadja sagte, habe die Konferenz in Tokio am Herangehen an die Probleme der Entwicklungsländer nichts geändert. Malaysias Premierminister Mohamad konstatierte verbittert, die Industrieländer des Westens und Japan seien dabei, nicht nur eine neue, gerechte und demokratische Weltwirtschaftsordnung abzulehnen, sondern auch noch ihre eigene, ihr diametral zuwiderlaufende zu errichten.

Zwei Richtungen zeichnen sich ab, auf die sich die ASEAN-Länder konzentrieren wollen, um ihre Wirtschaftsprobleme zu bewältigen.

Die erste sieht die Entwicklung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor, um die Abhängigkeit von imperialistischen Staaten zu lockern und sich gegen die Konjunkturschläge des kapitalistischen Weltmarktes abzusichern.

Darauf besteht vor allem Corazon Aquino, die neue Präsidentin der Philippinen, die die ASEAN wegen ihres Unvermögens kritisiert hatte, in den fast 20 Jahren ihres Bestehens die regionalen Verbindungen wirklich zu festigen. Sie forderte dazu auf, von Lippenbekenntnissen zur Zusammenarbeit in der Tat überzugehen. Das fand ein positives Echo. Auf der Juni-Konferenz wurden zwei Abkommen unterzeichnet: über die Zusammenarbeit der ASEAN-Länder in der Energetik und ein Erdölabkommen. Dieses sieht vor, daß erdölfördernde Länder Brunei, Indonesien und Malaysia ihren Partnern aus der Assoziation (den Philippinen, Singapur und Thailand) Erdöl liefern.

Die zweite Richtung ist, den Westen die Handelsrestriktionen abschaffen zu lassen, die Stabilisierung der Weltpreise für Industriewaren und einen ungehinderten Zugang zu moderner Technologie zu erreichen. Hier lassen sich jedoch keine sichtbaren Wandlungen feststellen. Die Hoffnungen auf die "Hilfsbereitschaft" der Teilnehmer des Tokioter Gipfeltreffens haben sich, wie schon gesagt, nicht erfüllt. US-Außenminister Shultz zeigte offen, daß sein Land zu keinen wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit ist. Die Japaner sind da gescheitert. Da die Wirtschafts- und Militärpolitik Japans zunehmend kritisiert werden, traf der japanische Außenminister Abe in Manila mit einer "neuen Doktrin" ein: Japan habe aus der Vergangenheit Lehren gezogen und sei entschlossen, sich zu keiner militärischen Großmacht zu entwickeln, vielmehr seine Beziehungen zu den Ländern Südasiens auf Verständigung, "herzlicher Freundschaft" und gleichberechtigter Wirtschaftszusammenarbeit zu gründen.

Sehr schön ausgedrückt. Doch sind die Versprechen, die Hilfe zu erweitern sowie den Dialog und den "freundschaftlichen Meinungsaustausch" zu aktivieren, dermaßen allgemein formuliert, daß sie nicht als konkrete Verpflichtungen gelten können. Deshalb zog man in den ASEAN-Ländern den Schluß, daß die "neue Doktrin" nicht das Ziel verfolgt, die zwischen diesen Ländern und Japan aufgestauten Probleme zu lösen, sondern nur ihnen die Spitze nehmen und die Öffentlichkeit der Region für die Japaner gewinnen soll. Insgesamt seien die ASEAN-Außenminister, wie die Nachrichtenagentur Kyodo Tsushin aus Manila meldete, über die Haltung Japans und der USA enttäuscht, hätten sie doch lauter Versprechen und kaum etwas Konkretes erhalten.

Frischer Wind

George Shultz war auch sonst bemüht, wirtschaftliche Fragen in den Hintergrund zu drängen, er setzte den Akzent vielmehr auf politische und malte den Teufel der "sowjetischen Bedrohung" an die Wand. Hierin äußerte sich auch die Gereiztheit der US-Regierung darüber, daß ihre Behauptung von der "zunehmenden sowjetischen Präsenz" in Südostasien als dem Hauptgrund für die dortigen Spannungen ihre Wirkung verfehlte und keinen Anklang fand. Wie

Strategie, wenn neben der im Südpazifik schon verkündeten kernwaffenfreien Zone auch noch diese Idee realisiert würde. Dazu die indonesische "Merdeka": "Der Außenminister versuchte erneut, die amerikanische Konzeption der nuklearen Rüstungen aufzuzwingen und sie der Idee einer kernwaffenfreien Zone entgegenzusetzen. Doch wird die ASEAN es nicht dulden, daß Südostasien in ein Massengrab eines atomaren Holocaust verwandelt wird. Die Menschheit hat am atomaren Massenmord der USA in Hiroshima und Nagasaki vor 40 Jahren mehr als genug."

ASEAN-Länder über Washingtons Kurs auf den Bruch der sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über Fragen der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung.

...und Überreste der Botmäßigkeit

Daneben gibt es Fragen, in denen die ASEAN-Länder dem Westen verhaftet sind. Eine solche Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz ist durch ihre mehr oder weniger ausgeprägte politische, militärische, wirtschaftliche und nicht zuletzt schuldenmäßige Abhängigkeit von den USA bedingt. Das machte sich in Manila bemerkbar. Einige Konferenzteilnehmer versuchten sogar, die "Kampuchea-Frage" auszuschlachten. Sie riefen zu einer umfassenden politischen Regelung um Kampuchea auf, und zwar erneut aufgrund des "8-Punkte-Programms", das Kampuchea's Volk entschieden abgelehnt hatte. Der unkonstruktive und unverhohlene vietnam-feindliche Charakter des Programms drückt sich auch in dem Streben aus, die "Kampuchea-Frage" als Hindernis auf dem Weg Südostasiens zu "Frieden, Freiheit und Neutralität" wie auch zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone darzustellen. Das läßt sich nicht mit dem Kurs auf den Dialog mit der Sozialistischen Republik Vietnam vereinbaren, den Indonesien steuert und der objektiv Voraussetzungen für die Lösung der damit zusammenhängenden Probleme schaffen könnte. In einem Kommentar zu diesem Abschnitt des Manila-Kommuniqués schrieb die Zeitung "Nhan Dan" (Hanoi): "Die Verleumdungen, Fälschungen und der auf die Länder Indochinas ausgeübte Druck können keineswegs eine Lösung der Kampuchea-Frage fördern, sie türmen lediglich neue Hindernisse auf dem Weg dazu auf."

Aber das Hauptergebnis der Konferenz von Manila liegt in etwas anderem. Wie die meisten Beobachter feststellen, demonstrierte sie das Streben der ASEAN-Länder nach einer selbständigen Politik und nach engerem Zusammenwirken bei der Lösung komplizierter Probleme. Die Konferenz zeigte ferner, daß man sich in der Region darüber klar wird, welche gefährlichen Folgen die von Washington aufgezwungene unaufhaltsame Forcierung des Wetrüstens nach sich ziehen kann. Die ASEAN wünscht die Rolle, die die USA ihr in ihren militaristischen Plänen zugedacht haben, nicht zu spielen.



Die Assoziation der Staaten Südostasiens (ASEAN) wurde am 8. August 1967 gegründet. Ihr proklamiertes Ziel ist, die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu fördern. Den Hauptinhalt bildet indessen die politische Zusammenarbeit.

Brunei, Sultanat (Fläche: 5800 Quadratkilometer, Bevölkerung: 210 000). Der wirtschaftliche Hauptzweig ist die Ölförderung. Brunei trat der ASEAN nach Verkündung der Unabhängigkeit im Januar 1984 bei.

Indonesien, Republik



ASEAN-Sekretariat in Jakarta

(Fläche: 1 904 000 Quadratkilometer, Bevölkerung: rd. 165 Millionen). Die wirtschaftlichen Hauptzweige: Landwirtschaft (Reis, Kautschuk, Kaffee, Palmöl)

und Bergbau (Erdöl, Zinn, Bauxite). Die wichtigsten Exportartikel: Erdöl, Erdölprodukte, Erdgas.

Malaysia, Monarchie (Fläche: 333 000 Quadratkilometer, Bevölkerung: rd. 15,3 Millionen). Erste Stelle in der Welt in der Kautschukproduktion, dem Anbau von Ölpalmen und der Zinngewinnung. Ferner werden Erdöl und Bauxite gefördert.

Singapur, Republik (Fläche: 619 Quadratkilometer, Bevölkerung: 2,5 Millionen). Eines der größten Handels-, Industrie-, Finanz- und Verkehrszentren der Welt.

Thailand, Königreich (Fläche: 514 000 Quadratkilometer, Bevölkerung: 53 Millionen). Export von Reis, Kautschuk, Zinn und Nutzholz.

Die Philippinen, Republik (Fläche: 300 000 Quadratkilometer, Bevölkerung: rd. 55 Millionen). Großproduzent von Kopa und Kokosöl, Manilahanf, Zuckerrohr, Tabak und Ananas; exportiert auch Chromerz, Kupfer und Nickel.

Beobachter schreiben, zeugen davon die jüngsten Äußerungen führender Staatsmänner Indonesiens und Malaysias, die die amerikanischen Behauptungen faktisch zurückwiesen.

Ferner ist Washington darüber besorgt, daß die ASEAN-Staaten immer beharrlicher einer kernwaffenfreien Zone in Südostasien das Wort reden. Es liegt nicht im Sinne der militärstrategischen Vorhaben der USA in Asien und im Pazifik, nicht im Sinne ihrer globalen

Von Antikriegsstimmungen zeugen auch einige andere Punkte des Abschlußkommuniqués des Treffens von Manila. Die Minister verurteilten das nukleare Wetrüsten und riefen zur strikten Einhaltung von SALT 2 auf. Sie forderten die USA und die Sowjetunion auf, "sich auf die angenommenen Vereinbarungen zu stützen und nicht darauf zu verzichten" sowie "die erzielten Vereinbarungen zu befolgen". Darin äußerte sich die große Unruhe der sechs

Der abermalige Regierungsrücktritt zeugt von der Verschärfung der politischen Widersprüche

Alle Wege führten zur Krise

Leonid POPOW

In Rom ist wieder einmal eine Regierungskrise, die 44. der Nachkriegszeit, im Gange. Ende Juni lehnte das Parlament mit einem Übergewicht von 27 Stimmen einen Gesetzentwurf über staatliche Bewilligungen für die lokalen Machtorgane ab, und Ministerpräsident Craxi überreichte dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des Kabinetts. Gegenwärtig beraten die Exponenten der

Parteien über die Zusammensetzung einer neuen Regierung.

Beim Erscheinen dieses Heftes wird der Leser vielleicht schon wissen, wie Italiens 45. Regierung aussieht. Es ist möglich, daß ihr erneut Bettino Craxi, der Vorsitzende der Italienischen Sozialistischen Partei (PSI), der seit Sommer 1983 Ministerpräsident war, vorstehen wird. Aber auch andere Varianten sind nicht ausgeschlossen, nicht einmal vorge-

zogene Parlamentswahlen. Doch solange die Krise währt, wollen wir die Entwicklung der letzten Jahre analysieren.

In der politischen Konstellation sind beträchtliche Veränderungen eingetreten. Die 70er Jahre standen im Zeichen merklicher Errungenschaften der Linken, in erster Linie der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP). Das ermöglichte das originelle Experiment der "gesamtnationalen Solidarität", bei dem die IKP zur indirekten Teilnahme an der Tätigkeit der Regierung herangezogen wurde. Das geschah in Form regelmäßiger Konsultationen oder der Vereinbarung gewisser Maßnahmen mit den Kommunisten, so daß diese die Möglichkeit hatten, die Politik des Kabinetts zu beeinflussen. Nach dem Mord an Aldo Moro, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei (DC) und Mitbegründer dieser Politik, wurde mit einer solchen Praxis Schluß gemacht. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 1979 verloren die Kommunisten 4% der Stimmen, und so konnten die bürgerlichen Parteien ihre Kräfte umgruppieren und abermals versuchen, die politische Entwicklung Italiens in die Bahnen eines gemäßigten Zentrismus zu lenken.

Ein Markstein waren die Wahlen 1983, die in vieler Hinsicht überraschende Veränderungen brachten. Die DC verlor an Einfluß, während das Gewicht der Sozialisten etwas zunahm. Es stieg auch die Zahl der Stimmen, die für die sogenannten kleinen weltlichen Parteien (Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) abgegeben wurden. All das ermöglichte die Bildung einer DC-Regierung, der jedoch der politische Sekretär der PSI vorstand. Diese im August 1983 von den Demochristen, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen gebildete Regierung war bis zum 27. Juni an der Macht, d. h. etwas über 1000 Tage, was für Nachkriegsitalien ein Rekord ist, denn im Durchschnitt hielten sich die Regierungen 6-8 Monate.

Die DC als Partei der relativen Mehrheit glaubte, den Sozialisten mit ihren 11 Prozent der Stimmen ein großes Zugeständnis gemacht zu haben, als sie den Posten des Ministerpräsidenten an den PSI-Vorsitzenden abtrat. Trotz aller Versuche, eine koordinierte Politik zu formulieren und zu verwirklichen, prallten die fünf Parteien der Regierungskoalition in innen- und außenpolitischen Fragen immer wieder aufeinander. Die Krise lag in der Luft.

Die Situation in den Politikerkreisen und im Parlament spitzte sich besonders zu, nachdem der XVII. DC-Kongreß (Mai 1986) deutlich zeigte: Auf die Großbourgeoisie und das mittlere Bürgertum



Garantiertes Recht auf Arbeit, auf eine Bleibe, das Recht auf Frieden: Kampflosungen der italienischen Werktätigen, die Arbeit, Wohnraum, größere Sicherheit statt der ruinösen, Hunderte Milliarden Lire verschlingenden militärischen Vorbereitungen verlangen. T A S S-F o t o s: Antikriegsdemonstration in Rom; Ligurische Arbeiter im Streik; Diese Opfer eines Erdbebens in Potenza haben noch immer kein Dach über dem Kopf, und die Behörden eilen ihnen nicht zu Hilfe.

gestützt, gingen die Demochristen von ihrer "biegsamen Abwartefaktik" zu einer Politik über, die der DC die volle "Hegemonie der Macht" zurückgeben sollte. Insgesamt 75 Prozent der Kongreßdelegierten sprachen sich für den politischen Sekretär der Partei Ciriaco De Mita aus und billigten den von ihm vorgeschlagenen Kurs auf die Erlangung des einstigen Einflusses der Demochristen. Deshalb forderte die DC, hauptsächlich von den Sozialisten, ihr die Posten des Präsidenten des Landes und des Ministerpräsidenten zurückzugeben sowie die "roten Giunti" (d. h. die linken örtlichen Machtorgane) durch zentristische bzw. Linke-Zentrum-Organen unter DC-Führung zu ersetzen.

Zentrale Probleme sind es nicht, denn vieles ist viel dringlicher, z. B. die Notwendigkeit, eine lang- und mittelfristige Politik zu formulieren, die Wirtschaft zu programmieren, die Arbeitslosigkeit oder die Rückständigkeit des Südens zu überwinden etc. Aber in bestimmten Kreisen, für die selbst minimale Wandlungen in gemäßigt-linker Richtung unannehmbar sind, fanden die DC-Forderungen Anklang. Obriens setzten die Demochristen zwei ihrer Forderungen schon 1985 durch. Italiens Präsident wurde der DC-Exponent Francesco Cossiga. Nach den im gleichen Jahr abgehaltenen Teilwahlen zu den örtlichen Machtorganen (bei denen die KP und die anderen Linken schlecht abschnitten) fielen mehrere entscheidende Posten, darunter der Posten des OB von Rom, an die Demochristen zurück. All das gibt der DC-Führung mehr Halt, und auf ihrem Kongreß im Mai verlangte sie auch die Rückgabe des Postens des Ministerpräsidenten.

Gleich nach dem Kongreß wurden die Beziehungen zwischen der DC und ihren Koalitionspartnern noch gespannter. Die Sozialisten, deren politischer Einfluß im Lande seit Beginn der 80er Jahre immerhin ein wenig gewachsen ist, denken nicht daran, die Waffen zu strecken. In einem Kommentar zum DC-Kongreß erklärte Claudio Martelli, stellvertretender politischer Sekretär der PSI, Ende Mai, die Regierungskoalition könne nicht weiterbestehen, da die DC in den Sozialisten nur "Vasallen" sehe. Der Ton des Vorsitzenden der Sozialisten wurde vor den Munizipalwahlen auf Sizilien noch schneidender. Ihre Führung gab eindeutig zu verstehen: Bei einem Erfolg der Sozialisten (der auch eintrat) würden sie eine Regierungsumbildung verlangen.

Aus all diesen Gründen waren die Ergebnisse der Abstimmung im Parlament, als dort Ende Juni über den Gesetzentwurf zu den staatlichen Bewilligungen für die örtlichen Machtorgane entschieden wurde, keine Überraschung. Zu enträtseln blieb nur, wer von den

"eigenen Leuten" dagegen stimmte. Zuvor erhielt die Regierung Craxi bei offener Abstimmung über die Vertrauensfrage ohne weiteres die erforderliche Mehrheit. Bei geheimer Abstimmung über den Gesetzentwurf aber stimmten 293 Abgeordnete dagegen und nur 266 dafür. Also waren 64 Abgeordnete von den Parteien der Regierungskoalition gegen den Gesetzentwurf.

Vorauszusagen, wie sich die Entwicklung in Italien weitergeht, ist schwierig. Vorläufig ist eins klar: Alle Konfliktparteien — die Teilnehmer der früheren Fünferkoalition — werden vorfristige Parlamentswahlen tunlichst zu vermeiden suchen. Es ist äußerst unpopulär, die Verantwortung für die Auflösung des Parlaments in diesem Lande zu tragen, dessen Wähler in den letzten 10 Jahren schon dreimal ein Jahr und sogar zwei Jahre vorfristig an die Urnen gebeten wurden. Dem tragen die Führungen der Parteien in ihren geplanten und außerplanmäßigen politischen Aktionen Rechnung.

Zugleich damit sei, wie die IKP konstatiert, der Rücktritt der Regierung Craxi notwendig gewesen, und die Abstimmung im Parlament bedeute das Ende einer Phase in der italienischen Politik und den Zusammenbruch der Fünfparteienkoalition.

Gleichzeitig führte die gegenwärtige Krise wieder einmal vor Augen, daß die

auffälligen politischen Widersprüche nur eine Abbildung tiefer sozialer und wirtschaftlicher Gegensätze sind. Wie der italienische Marxist G. B. Gerace schreibt, "werden Industriebetriebe rekonstruiert, sie produzieren und exportieren, ihre Profite klettern in schwindelerregende Höhen, die Familiensparnisse bleiben hoch, die Finanzaktivität nimmt rasch zu..., die Börse erlebt einen Boom. Somit repräsentiert sich Italien vom Standpunkt des Kapitals" (hervorgehoben von mir — L. P.) "als aufwärtsstrebendes Land, dem der Preissturz bei Erdöl, der niedrige Dollarkurs und die D-Mark-Erhölung neue Möglichkeiten in Europa bieten. Die andere Seite der Medaille freilich zeugt von einem Staat, der unter ungelösten alten und neuen Problemen ächzt: hemmungslose Erhöhung der Arbeitslosigkeit, Verdrängung der Frauen und einer ganzen Generation der Jugendlichen vom Arbeitskräfte-markt, der immer mehr zurückbleibende Süden, für den der Lebensstandard und die Umgestaltungen des Nordens nach wie vor unerschwinglich sind, die einem Abgrund zustrebenden staatlichen Finanzen... Der Kontrast zwischen den beiden Seiten der Medaille springt ins Auge."

Dieser Kontrast wird auch im weiteren die Entwicklung in Italien und das Schicksal der nächsten Regierung, wer ihr auch immer vorstehen mag, bestimmen.

PERSONALIEN



Botschafter der UdSSR

in der VDRJ

Albert RATSCHKOW

Ratschkow Albert, Russe, geboren am 22. Juni 1927 in Stawropol. Absolvierte 1950 eine Hochschule für Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft, 1971 im Fernstudium die Parteihochschule beim ZK der KPdSU. Mitglied der KPdSU seit 1955. Kandidat des ZK der KPdSU, Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR, Mitglied des ZK der KP Turkmenistans und Abgeordneter des Obersten Sowjets der Turkmenischen SSR.

1950—1956 in führender Position in der Verwaltung für Landwirtschaft des Gebietes Kemerowo. 1956—1965 Parteifunktionär im Tschebulinski-Rayonskomitee der KPdSU und im Gebietskomitee Kemerowo der KPdSU.

1965—1969 und 1974—1980 in verantwortlicher Stellung des ZK der KPdSU, 1969—1974 Sekretär des Gebietspartei-Komitees Lipezk. 1980—1986 zweiter Sekretär des ZK der KP Turkmenistans.

Albert Ratschkow wurde mit zwei Rotbannerarbeitsorden, dem Orden "Ehrenzeichen" und mit Medaillen ausgezeichnet.

Moussa Traore:

„Beziehungen des Einvernehmens“



Vom 14. bis zum 19. Juli stattete der Generalsekretär der Demokratischen Union des Malinesischen Volkes, der Präsident der Republik Mali, Armeegeneral Moussa TRAORE, der Sowjetunion einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Bei seinem Besuch gab Moussa Traore der NZ ein Exklusivinterview.

Zwischen der Sowjetunion und der Republik Mali haben sich seit deren Gründung als unabhängiger Staat Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit herausgebildet. Wie schätzen Sie die Perspektiven dieser Beziehungen ein, insbesondere im Hinblick auf Ihren Besuch in der Sowjetunion und die geführten Gespräche?

Wir haben gerade erst die Deklaration über die weitere Entwicklung der Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Republik Mali unterzeichnet. Darin werden die Prinzipien der Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des beiderseitigen Nutzens unterstrichen. Überdies vereinbarten wir, ein langfristiges Programm für die Zusammenarbeit auf Plangrundlage zu erarbeiten. Dabei geht es um solche Bereiche wie die Landwirtschaft, den Kampf gegen die Dürre und den Vormarsch der Wüste, um Bildung und Information, die Förderung von Bodenschätzen und die geologische Prospektierung.

Was den politischen Aspekt angeht, so vereinbarten die UdSSR und Mali, Beziehungen des Einvernehmens bei allen wichtigen Problemen von gemeinsamem Interesse herzustellen. Ich möchte da folgendes nennen: die vollständige Befreiung des afrikanischen Kontinents und der Kampf gegen den Rassismus in Südafrika sowie die Festigung der nationalen Unabhängigkeit, der Kampf für Frieden, Abrüstung und Freundschaft zwischen den Völkern. All das findet unsere besondere Aufmerksamkeit.

Afrika macht heute enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten durch. Womit sind diese Schwierigkeiten begründet, und wie sind Ihrer Meinung nach die Wege zu deren Überwindung? Wie schätzen Sie die Ergebnisse der Sondertagung der UNO-Vollver-

sammlung zur kritischen Wirtschaftslage in Afrika ein?

Afrika wird tatsächlich mit vielen ökonomischen Schwierigkeiten konfrontiert, deren Ursachen zweifacher Art sind. Vor allem sind es äußere Ursachen. Bekanntlich hat Afrika am stärksten unter dem Sklavenhandel gelitten. In Jahrhunderten zehrte er die Menschenressourcen des Kontinents stark auf. Dann kam der Kolonialismus, dessen Ziele und Praktiken weit entfernt von den Interessen der Völker Afrikas waren. In den 60er Jahren befreiten sich bekanntlich viele Länder Afrikas, darunter Mali, vom Kolonialjoch. Wenn man berücksichtigt, daß die Kolonialherren das Produktionssystem ihren Bedürfnissen und Interessen anzupassen suchten, versteht man unschwer, daß Afrika bis heute unter den Folgen des Kolonialismus leidet. Nach Erlangung der Unabhängigkeit mußten wir buchstäblich vom Nullpunkt beginnen. Eine der ersten Aufgaben war es, dem Volk den Glauben an seine Würde, an seine Fähigkeit, die Naturreichtümer für den eigenen Wohlstand zu nutzen, zurückzugeben. Schulen, Krankenhäuser und andere Objekte der Infrastruktur mußten errichtet werden. In der Landwirtschaft mußten wir uns in einigen Zweigen von der für den Export aufgezogenen Monokultur trennen. Auch die Folgen der Weltwirtschaftskrise, die zu einer Verschlechterung der Handelsbedingungen und zu hohen Diskontsatz führte, sind dabei nicht zu vergessen.

Doch es gibt auch innere Gründe. Ich denke dabei vor allem an die Dürre und den Vormarsch der Wüste, wovon einige Regionen Afrikas, insbesondere die Sahel-Länder, betroffen wurden. In 20 Jahren ist die landwirtschaftliche Produktion bedeutend zurückgegangen. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde ein Schlüsselzweig unserer Länder — die Viehzucht. Viel Vieh kam um. Einige

Jahre säten wir, ohne Ernten einzubringen: Es gab keinen Regen. Wir mußten um sofortige Nahrungsmittelhilfe bitten. Ich möchte den Geberländern, darunter der UdSSR, für die Großmut und die Solidarität danken, die es erlaubten, viele Menschenleben zu retten.

Die Sondertagung der UNO-Vollversammlung zeigte, daß die Welt vor den Aufrufen Afrikas die Ohren nicht verschließt. Unsere Entwicklungspartner begaben sich sozusagen an das Krankenbett unseres Kontinents. Doch dabei ist zu konstatieren, daß die Ergebnisse der dreitägigen Diskussionen den Hoffnungen, die durch dieses Treffen geweckt worden waren, nicht gerecht wurden. Keinerlei Fortschritt ist in der Haltung zur Schuldenfrage zu erkennen — ebenso wie zur Frage einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Unter den inneren Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien ferner die Schwäche unserer Produktionsmittel und deren schlechte Leitung genannt. Afrika muß daraus die Lehren ziehen. Vor allem muß es sich klar machen, daß die edelste und nützlichste Hilfe die ist, die von uns selbst ausgeht.

Worin sehen Sie die Ursache für die Krise im Süden Afrikas?

Unter der Apartheid sind die meisten Menschen des Landes, die Schwarzen, nur Sklaven im eigenen Land. Sie haben nur Pflichten und keinerlei Rechte, außer dem Recht auf einen Status von Unterprivilegierten. In Südafrika hat der Kampf um die Befreiung von der Rassen-segregation, für Gleichheit nie aufgehört. Der Afrikanische Nationalkongreß, dessen großer Führer Nelson Mandela bereits über 20 Jahre im Gefängnis schmachtet, hat sich im Kampf für Freiheit und Gleichheit Ruhm erworben. Außerhalb der RSA wollen die Rassisten die rechtswidrige Okkupation Namibias entgegen UNO-Beschlüssen, insbesondere der Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats, verewigen. Angesichts der Halsstarrigkeit der Führer Pretorias, die alle Appelle an die Vernunft zurückweisen, haben die Apartheidgegner keine andere Wahl als die Verstärkung ihres Kampfes. Ihr Sieg ist unausweichlich, da sie sich für eine gerechte Sache einsetzen. Es ist die Pflicht aller, denen Frieden und Gerechtigkeit teuer sind, das Volk von Südafrika zu unterstützen. Die Verhängung von Wirtschaftsanktionen gegen die RSA würde sein mutiges Volk unterstützen. Treu zu seiner Politik der Solidarität mit den Völkern, die nach Freiheit und Unabhängigkeit streben, wird Mali keine Anstrengungen scheuen, um den Kampf der südafrikanischen Patrioten für deren edle Ziele zu unterstützen.

DIE berühmte französische Pianistin Marguerite Long nannte den ersten Internationalen Tschaikowski-Wettbewerb, der vor 28 Jahren stattfand, den Musikfrühling der Welt. Seitdem hat er noch siebenmal stattgefunden, und jedes Mal wurden neue Talente entdeckt. Der diesjährige, 8. Wettbewerb zeugte, wie schon die früheren, von seinem stetig zunehmenden Ansehen.

Heutzutage werden auf der ganzen Welt über 100 Musikwettbewerbe ausgetragen. Was aber die Zahl der Teilnehmer und beteiligten Länder betrifft, so kann sich kaum einer mit dem Tschaikowski-Wettbewerb messen. Dieses Mal haben daran etwa 400 Musiker aus 46 Ländern aller Erdteile teilgenommen. Sowohl Länder mit alten Musiktraditionen — solche wie Großbritannien, Frankreich, DDR, BRD und Italien — als auch die jungen Musikschulen Vietnams, der KDVR, des Irak, Syriens und Nigerias ha-

m im Großen Saal des Moskauer Konservatoriums stellen sich die Bewerber vor. ● Gold für Klavier erhielt Barry Douglas (Großbritannien) ● Einer der beiden ersten Preise für Gesang wurde Alexander Morosow (UdSSR) zuerkannt ● Die Cellisten Mario Brunello (Italien) und Kirill Rodin (UdSSR) bekamen die höchste Auszeichnung in dieser Sparte



TSCHAIKOWSKI - WETTBEWERB





Der Geiger Ilja Kaler [UdSSR] teilte den ersten Preis mit dem Franzosen Rafael Oleg Simanot ● Kirill Rodin ● Es singt Nafalia Jerassowa [UdSSR, erster Preis] ● Rafael Oleg Simanot gibt ein Interview ● Vor dem Auftritt

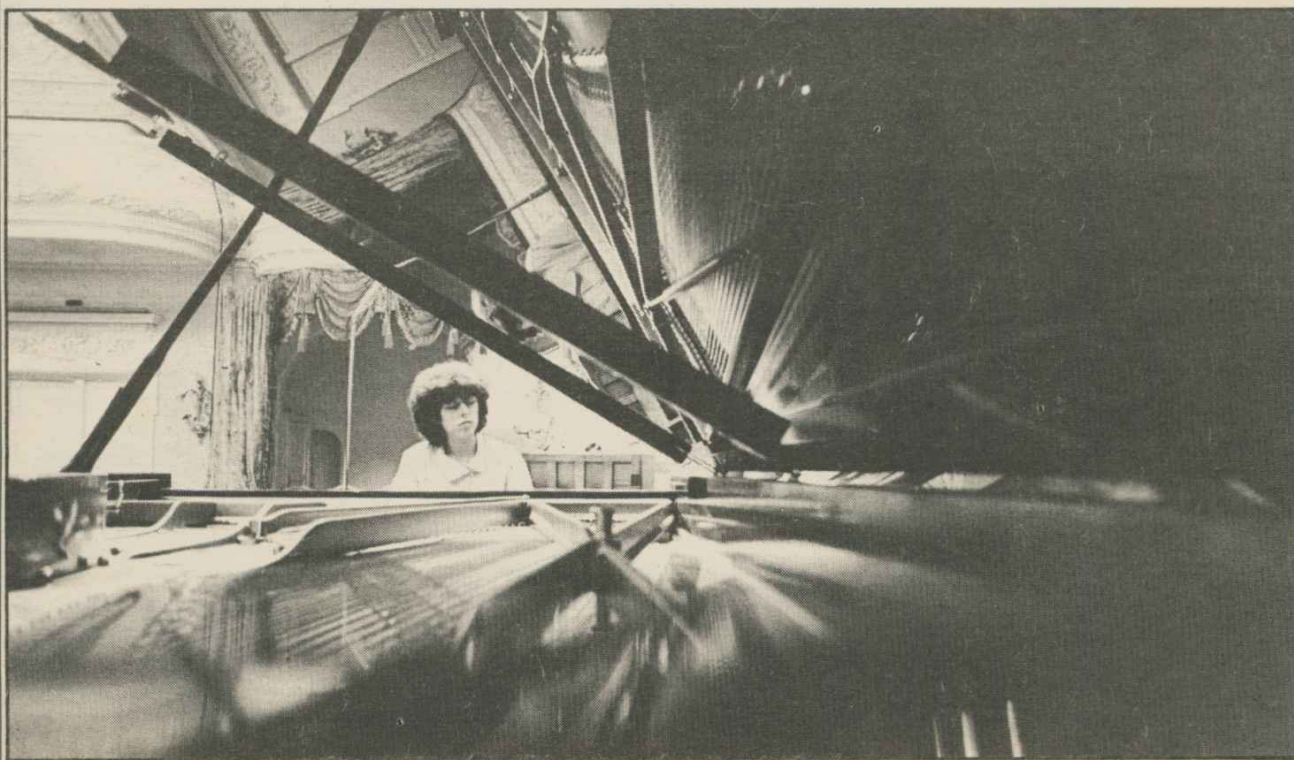
ben Teilnehmer entsandt. Die größten Gruppen kamen dieses Jahr aus den USA und aus Japan.

Auf den Programmen für Klavier, Geige, Cello und Solosang stand Musik verschiedenen Stils aus verschiedenen Epochen, so daß die Interpreten Gelegenheit hatten, Vielseitigkeit zu beweisen. Einen der ersten Plätze im Wettbewerbsrepertoire nahm aber natürlich die russische Musik ein.



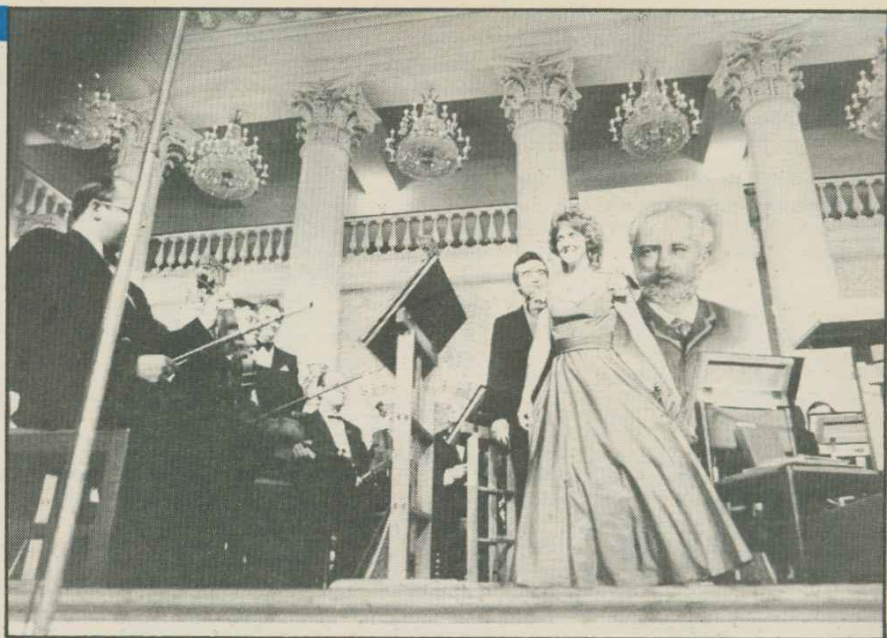
Unter den Jurymitgliedern waren bekannte Musiker aus verschiedenen Ländern. Wir

Der Sänger Grigori Grizjuk (UdSSR), Gewinner eines der beiden ersten Goldpreise ● Das Publikum stimmt ab ● Der sowjetische Komponist Andrej Eschpai (links), Jury-Vorsitzender im Pianistenwettbewerb, und Daniel Pol-lack (USA), der Vizevorsitzende ● Der kubanische Pianist Victor Rodri-guez nahm den sechsten Platz ein. Er bekam für das künstlerische Niveau seiner Darbietung ebenfalls einen Preis ● Am Flügel: Natalia Trull (UdSSR, Silber)



Es singt Barbara Kilduff [USA]. Sie teilte mit der rumänischen Sängerin Ana-Felicia Filip den zweiten Preis

haben Daniel Pollack, einen Pianisten aus den USA, der im ersten Tschaikowski-Wettbewerb einen Preis davontrug und dieses Mal Vizevorsitzender der Jury für Klavier war, gebeten, uns kurz seine Eindrücke zu schildern. Er sagte: „So viele Eindrücke und Informationen wie auf dem Wettbewerb bekommen wir Musiker sonst kaum in einem ganzen Jahr. Der Tschaikowski-Wettbewerb zählt zu den berühmtesten der Welt. Ein Musiker, der in Moskau einen Preis davongetragen hat, gewinnt hohes Ansehen. Viele junge Inter-



preten in aller Welt träumen davon, an diesem Wettbewerb teilzunehmen und einen Preis zu erringen. Was braucht ein Anwärter auf den ersten Platz außer meisterhaftem Können? Ich finde, Elan und ein ansprechendes Wesen. Dieses halte ich für besonders wichtig.“

Einer von denen, die dem Moskauer Publikum von Anfang an gefielen, war der britische Pianist Barry Douglas. Seine Darbietung von Mussorgskis „Bilder von einer Ausstellung“ löste in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Großen Saal des Konservatoriums einen Sturm der Begeisterung aus. Als Douglas das Podium betrat, um in der dritten Wettbewerbsrunde mit Tschaikowskis Er-

Die Geigerin Jane Peters [Australien] bekam den dritten Preis ● Die Geiger Maxim Fedotow [UdSSR] und Xue Wei [China], die Silber davontrugen, gratulieren einander ● Ein Autogramm zum Andenken

stem Konzert zu beginnen, schien der Beifall kein Ende nehmen zu wollen. Auf der Galerie rief man im Takt: „Erster Preis für Barry Douglas!“. Die Meinung des Publikums deckte sich mit der der Jury, der der Volkskünstler der UdSSR Andrej Eschpai vorstand. Barry Douglas hat den ersten Preis und eine Goldmedaille davongetragen.

Im 8. Wettbewerb war die Auslese an Gold besonders reich. In allen Sparten außer Klavier wurden je zwei erste Preise verliehen.



Weniger Vergangenheit und mehr Zukunft

In der österreichischen Hauptstadt fand die dritte internationale Konferenz "Neue Horizonte in Zusammenarbeit und Handel zwischen Ost und West" statt. Sie wurde von dem Internationalen Rat für neue Initiativen in der Ost-West-Zusammenarbeit, einer internationalen, nichtstaatlichen Organisation von Vertretern aus wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und Geschäftskreisen, die in Fortsetzung der Schlußakte von Helsinki gegründet wurde, durchgeführt. Über die Ergebnisse der Konferenz von "Wien-III" berichtet der "Neuen Zeit" Akademiemitglied Dshermen GWISCHIANI, Vorsitzender des Internationalen Rates und stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR.

Die Wiener Konferenz von Vertretern wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und Geschäftskreise verdient in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit. Sie stand unter dem günstigen Einfluß der Ergebnisse des Genfer Gipfeltreffens von M. Gorbatschow und R. Reagan im November 1985. Das Treffen wurde von vielen als Signal für die Erweiterung kommerzieller, wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit zwischen beiden Weltsystemen aufgefaßt.

Im Grußschreiben des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar an die Konferenzteilnehmer wurde ihr Beitrag zur gegenseitigen Verständigung gerade im Internationalen Jahr des Friedens hervorgehoben.

Die in der UdSSR und anderen RGW-Ländern verabschiedeten Pläne zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung stellten einen weiteren wichtigen Grund für das gesteigerte Interesse westlicher Geschäftskreise an "Wien-III" dar. Zusammen mit dem Komplexprogramm für wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den RGW-Ländern bis zum Jahr 2000 eröffnen sie nach Auffassung westlicher Geschäftsleute neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Das zog über 300 führende Repräsentanten der Geschäftswelt aus 23 Ländern von Ost und West nach Wien.

Trotz der für gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit ungünstigen Umstände, durch außenpolitische Aktivitäten der USA und einiger seiner NATO-Verbündeten hervorgerufen, bestimmte das gegenseitige Interesse an erweiterten Geschäftsbeziehungen den Diskussionsverlauf in Wien. Dort wurde die in den 70er Jahren begonnene Diskussion über Fragen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit fortgesetzt. Der Internationale Rat hatte in den letzten Jahren mehrere internationale Konferenzen, Seminare und Symposien veranstaltet,

u. a. im Transportbereich (BRD 1982), in der Kohleindustrie (VR Polen 1983), in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (DDR 1984) und Finanzierung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Frankreich 1984). Auch die auf Initiative des Generalsekretärs der BKP und Staatsratsvorsitzenden der VR Bulgarien, Todor Shiwkow, 1982 und 1985 in Warna einberufenen internationalen Foren über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel zwischen Ost und West waren sehr erfolgreich. Diese Foren beschloß man, regelmäßig durchzuführen. "Wien-III" soll 1987 stattfinden. Der Rat plant, nächstes Jahr Konferenzen zu Handelsbeziehungen zwischen RGW und EG und zu gesamteuropäischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Transports durchzuführen.

Die Tagesordnung von "Wien-III" umfaßte kommerzielle und industrielle Kooperation, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energetik und Nutzung von Naturressourcen, Transport, Umweltschutz und Technologietransfer. Auf Vorschlag der Vertreter Österreichs wurde die Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken in die Beratungen einbezogen. Hier kam die Beunruhigung der Weltöffentlichkeit über das amerikanische "Sternenkriegs"-Programm zum Ausdruck.

In der überaus fruchtbaren Diskussion wurden folgende strikt einzuhaltende Grundprinzipien der Geschäftsbeziehungen besprochen: Diskriminierungsverbot, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, Ausweitung des Technologieaustauschs und Beseitigung bestehender Hindernisse, Verbesserung der Warenstruktur im Handel zugunsten eines größeren Anteils an Industrieerzeugnissen. Eine neue Vergleichsanalyse der Entwicklungsperspektiven von Atomenergie soll erstellt werden unter Berücksichtigung des wahrscheinlichen Risikos und eines etwaigen Energiedefizits. Es gab die Empfehlung, die

Transportentwicklung bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus zu prognostizieren, eine gesamteuropäische Vereinbarung über die Entwicklung des Kraftwaagentransports auszuarbeiten und ein langfristiges europäisches Transportprogramm aufzustellen. "Wien-III" wies auf notwendige Zusammenarbeit hin, darauf, die Erträge zu steigern und Lagerbedingungen für landwirtschaftliche Produkte zu verbessern und unter Nutzung der Biotechnologie neue Futter- und neue Lebensmittel zu schaffen. Die Konferenzteilnehmer waren sich darin einig, daß die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in den Bereichen Recycling-Technologie, Informatik und Produktionsautomatisierung unbedingt zu erweitern ist. Auf Vorschlag der Vertreter Österreichs wurde die Empfehlung ausgesprochen, die Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Forschungszentrums für Weltraumtechnologie und gemeinsamer Projekte zur Erforschung des Weltraums zu friedlichen Zwecken nach dem Beispiel des "Halley-Projekts" zu prüfen. Um das Kreditssystem bei Geschäften zwischen Ost und West zu verbessern, halten es die Teilnehmer für zweckmäßig, die Zahlungsmittel zu diversifizieren und die Europäische Währungseinheit ECU breiter anzuwenden. Im Abschlußdokument der Konferenz, das dem Wiener Treffen der Teilnehmerstaaten der KSZE im November d. J. vorgelegt werden soll, wird festgelegt, daß einer weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West besondere Bedeutung bei den Bemühungen um einen konstruktiven politischen Dialog zukommt. Der liegt im Interesse aller. Stabile wirtschaftliche Beziehungen allerdings setzen eine neue Denkweise, Realismus und konstruktives Herangehen voraus.

"Wien-III" hat gezeigt, daß wissenschaftliche, gesellschaftliche und Finanzkreise des Westens danach streben, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zu den sozialistischen Ländern auszubauen. Unter ihnen faßt die Einsicht Fuß, daß nur ihr aktiver Einsatz die Hindernisse beseitigen helfen kann, die auf dem Weg einer Entwicklung dieser Beziehungen errichtet wurden. Der Präsident des "Fiat"-Konzerns, U. Agnelli, bemerkte in einer Rede: "Die uns hier beschäftigten Probleme der Beziehungen zwischen Ost und West lassen sich auf folgenden Nenner bringen: Weniger Mißtrauen, weniger Nachbarn politischer Formeln der Vergangenheit, mehr Kühnheit beim Hervorbringen praktischer Projekte als verschwommener Ideen. Das heißt weiter nichts anderes als weniger Vergangenheit und mehr Zukunft."

Eben dafür sind wir auch.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU
und der Ideenkampf heute

Zivilisiert leben lernen

Timur TIMOFEJEV, korrespondierendes Mitglied der AdW
der UdSSR

Die Beschleunigungsstrategie weist vor allem den arbeitenden Menschen eine entscheidende Rolle an. Darin kommt wiederum der Humanismus unserer sozialistischen Ordnung zum Ausdruck: Für sie steht die Persönlichkeit, der Mensch als Schöpfer materieller und geistiger Güter, im Mittelpunkt.

Das konstatieren viele ausländische Beobachter von grundverschiedener politischer Einstellung und Weltanschauung. Hier ein Beispiel. Vor kurzem war Domenico Rosati, Vorsitzender der Christlichen Assoziation der italienischen Werktätigen, in der UdSSR. Heimgekehrt, sagte er: "Mich haben Äußerungen über den Wert des Menschen beeindruckt." Bei allen technologischen Entscheidungen müsse man zuerst an den Menschen denken. Diese Äußerungen hätten nicht einfach die Ethik betroffen, sie seien das höchste Ziel der sowjetischen Orientierung "auf die Lösung enormer Probleme der Umstrukturierung und inneren Entwicklung, auf die der XXVII. Parteitag der KPdSU hingewiesen hat... Zweifellos betrachten die Russen das Jahr 2000 als wichtigen Termin für die Vernichtung der Kernwaffen." Nachdem Domenico Rosati mit sowjetischen Spitzenpolitikern ausführlich über aktuelle Probleme des Friedens und der europäischen Sicherheit gesprochen hatte, konstatierte er: "Ich fühlte mich beruhigt, als man mir voll Autorität sagte: 'Im Friedenskampf haben wir kein Recht, die Geduld zu verlieren.'"

Tatsächlich ist heutzutage jedem klar, daß in der konstruktiven Strategie der sowjetischen Kommunisten ihre unlösbbare, organische Verbundenheit mit dem zielbewußten Kampf für Frieden und für die Schaffung eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems deutlich wird.

Sozialismus ist eben kein Kapitalismus

Betrachtet man das Rüstzeug, mit dem die Konservativen gegen die neuen

Ideen des XXVII. Parteitags der KPdSU ankämpfen, so muß man — nicht zum ersten Mal — die banalen Methoden anführen, mit denen sie die sozialistische Gesellschaft um jeden Preis in Mißkredit zu bringen suchen. Sie stellen sich skeptisch, wenn von der Erreichbarkeit der Programmziele der Partei Lenins die Rede ist, machen klägliche Versuche, diese mit der Behauptung abzutun, daß diese Ziele ein "sattsam bekanntes Gemisch von Maßnahmen" seien, die kaum etwas fruchten würden; oder man trennt vorsätzlich die Wirtschaftsanalyse von den in ihrer Lösung begriffenen sozialen Fragen oder aber interpretiert die Sozialpolitik der KPdSU so eng, als beträfe sie lediglich die individuelle Konsumtion. Oder aber man mimt Enttäuschung und Unglauben an die Fähigkeit unserer Wirtschaft, auf andere als die kapitalistische Manier effektiv zu funktionieren.

Soviel man die Methoden auch variiert, sie laufen alle auf eins hinaus: auf eine Beschimpfung des Sozialismus, weil er nicht kapitalistisch ist. Bemüht, den Gedanken auf ihre eigene Art zu lancieren, lassen Kommentatoren von der New-Yorker "Daily News" durchblicken, daß die Wirtschaftsreform in der UdSSR für "die Umstrukturierung bei weitem nicht ausreicht, weil dort die Wirtschaft vom Staat kontrolliert wird". Den gleichen "Feststellungen" und mitleidigen "Ratschlägen", wir sollen die sozialistische Gesellschaftsordnung aufgeben, begegnen wir in der britischen konservativen Presse. Auf unsere vorgemerkten und die bereits angelaufenen technologischen Wandlungen eingehend, faßt die Monopolpresse sie meistens abseits von der Sozialpolitik, unter Mißachtung der Lebensinteressen des arbeitenden Menschen, ins Auge. Dabei zeigen sich in diesem Punkt gerade besonders deutlich die grundsätzlichen Qualitäten des Sozialismus, zu denen die heute von den Kapitalisten praktizierte "soziale Demonstage im krassen Kontrast steht".

Solche hilflosen "Kritiken" am real bestehenden Sozialismus bedürfen keines Kommentars. Sie werden selbst dann

laut, wenn die westliche Propaganda die Akzente etwas anders setzt. So sahen sich unsere ideologischen Gegner genötigt, im Zusammenhang mit dem XXVII. Parteitag von ihrer ebenso schablonenhaften wie pauschalen Verurteilung der angeblich undemokratischen sozialistischen Gesellschaft etwas abzugehen. Gewollt oder ungewollt nahm dieses Thema in den Äußerungen zum Parteitag viel Raum ein. Mit den Vorbereitungen dazu, mit seinem Verlauf und seinen Ergebnissen, ja mit dem Geist, der dort herrschte, nötigte er sie, sich anders über die sozialistische Demokratie zu äußern.

Eine Reihe westlicher Massenmedien mißbilligt es offenkundig, daß die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der UdSSR auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus beruht. Gewisse Leute interpretieren diesen Grundsatz falsch und behaupten ohne jede Begründung, die Aufrechterhaltung der zentralisierten Leitung sei mit größerer Selbständigkeit der Betriebe unvereinbar. Die konservative Rechtspresse fragt sogar verwundert, wie man denn die Ausweitung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes mit einer Hebung der Arbeitskultur und -effektivität sowie mit Maßnahmen zur Straffung der Disziplin vereinbaren wolle.

Wie die Arbeit nach dem Parteitag und ihre ersten Resultate zeigen, kritisieren die sowjetischen Kommunisten tatsächlich aufs schärfste die Unzulänglichkeiten und Versäumnisse, die der Überwindung alter Gewohnheiten und dem wirklichen Vorwärtkommen hinderlich sind. Die Publizität und die Schärfe der Kritik an Schönfärberei, Phrasendrusch, Unkompetenz und einem untauglichen Arbeitsstil mancher Funktionäre haben merklich zugenommen. Diese objektive Kritik wird regelmäßig und immer häufiger in den sowjetischen Massenmedien und in den Beschlüssen sowohl örtlicher als auch zentraler Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane laut. Und so büßen denn die Versuche, nachteilige Tatsachen aufzubauchen, ihren Propagandaeffekt ein, wir sprechen ja selbst ent-rüstet, laut und vernehmlich darüber.

Der Parteitag hat uns nahegelegt, uns an eine neue Denkweise zu gewöhnen. Die Aufforderung, die dem Gebot der Zeit entspricht, ist sowohl an das Sowjetvolk als auch an andere Völker gerichtet. Wir müssen lernen, auf neue Art zu denken, um sozial und wirtschaftlich eine radikale Umgestaltung vornehmen zu können. Das müssen aber auch alle anderen Menschen, um zu überleben und in der modernen Welt, in der alles zusammenhängt, zivilisiert leben zu lernen. Hierin zeigt sich deutlich die dialektische Wechselwirkung der Klassen- und der allgemeinemenschlichen Prinzipien, die Dialektik der Widersprüche und Zusammenhänge in der Welt von heute.

Fortsetzung. Anfang s. Heft 29/86

Diese Analyse hat zu der festen Überzeugung geführt, daß eine Umstellung der weltpolitischen Beziehungen nach den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz dringend notwendig ist, damit ein allumfassendes internationales Sicherheitssystem geschaffen werden kann. In den Dokumenten des XXVII. Parteitag und des Plenums des ZK der KPdSU vom Juni 1986 sowie in Äußerungen Michail Gorbatschows kommt diese Überzeugung mit eiserner Logik und im Bewußtsein der Verantwortung für das Geschick der Menschheit zum Ausdruck, was an sich schon ein gewichtiger Beitrag zur Stärkung des globalen Friedenspotentials ist.

Um so krasser ist der Unterschied zwischen dem zunehmenden Bedürfnis nach einem realistischen und zugleich neuartigen politischen Denken und dem Glauben, daß man den Sozialismus vernichten, daß man ihn "zurückwerfen", d. h. die Gesetze der Geschichte aufheben und diese zum Rücklauf zwingen könne. Rückfälle ins "imperiale" Denken zeigen sich vor allem in Washington, wo man "neoglobale" Ideen, die Konzeptionen der "sozialen Revanche" und ähnliche von sich gibt. Daher die fortwährenden Versuche, die Aufrichtigkeit der von der UdSSR proklamierten und tatkräftig betriebenen Friedenspolitik in Zweifel zu ziehen.

Damit hängen auch die Anstrengungen zusammen, in den programmatischen Thesen der KPdSU etwas Unlogisches aufzustoßern. Diese Methode benutzt man namentlich beim Vergleich einzelner Formulierungen aus dem Programm der KPdSU von 1961 und seiner Neufassung. Zu den "logischen Widersprüchen" zählt man gerade die anerkannten Vorzüge der Dokumente des XXVII. Parteitag: ihre Lebensverbundenheit und Realität, das Fehlen jedweder Illusionen und Versimpelungen.

Die Propagandaspielerei mit den "Unstimmigkeiten" läßt die Unfähigkeit der bürgerlichen Theoretiker erkennen, der wahrhaft dialektischen, marxistisch-leninistischen Erforschung des modernen Kapitalismus irgend etwas entgegenzusetzen. Ausgehend von der These, daß sich der Hauptkonflikt im Kapitalismus — derjenige zwischen den ins Gigantische angewachsenen Produktivkräften und den Ausbeutungsverhältnissen, der Konflikt, der die bürgerliche Gesellschaft in eine tiefe strukturelle Krise gestürzt hat — verschärft, ermitteln die Kommunisten die Schwerpunkte der das kapitalistische System zerfleischenden Antagonismen.

Gewisse westliche Propagandisten behaupten, daß die Kommunisten den staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht im Wichtigsten, sondern nur in einigen "Details" und sogar "Kleinigkeiten" kritisieren. Als solche sieht der "Rhei-

nische Merkur" (BRD) — man höre! — die Massenarbeitslosigkeit im Westen und das Anschwellen der Staatsschulden vieler Entwicklungsländer an. Das Blatt erwähnt noch ein "Detail" (das in der Charakteristik des modernen Kapitalismus, wie sie die programmatischen Dokumente des XXVII. Parteitag der KPdSU enthalten, nicht vergessen ist): die Rolle der bürgerlichen Propaganda und des ganzen Systems der Massenmedien, die im Sinne der herrschenden Klasse das Denken der Massen manipulieren.

Diese Aufzählung könnte leicht fortgesetzt werden. Sie bestätigt, daß die genannten Dokumente eine fundamentale Charakteristik des modernen Kapitalismus, seiner Basis und seines Überbaus als etwas Reales mit genau bestimmtem politischem Sinn und den eventuellen Folgen der von ihm verursachten Antagonismen enthalten. In diesen Fragen trifft wohl am krassesten die Verknöcherung des konservativen Denkens und das hartnäckige Widerstreben seiner Träger zutage, die Realitäten unserer Epoche anzuerkennen.

Das gilt nicht zuletzt auch für die Beurteilung der Dynamik jener sozialen und politischen Kräfte, die sich dem Imperialismus entgegenstellen.

Die historische Mission der Arbeiterklasse

Das umfangreiche Programm für den Zusammenschluß der Massen gegen Krieg und Imperialismus, das die Kommunisten im allgemeinhinlichen Interesse aufgestellt haben, hat natürlich einen grundsätzlichen Klassenkern: die Beurteilung der geschichtlichen Verantwortung und sozialen Rolle der Arbeiterklasse. Eine allseitige Analyse der objektiven Gegebenheiten und der Gründe für die sozialpolitische Mission der Arbeiterklasse kann schwerlich hoch genug veranschlagt werden.

Hierbei unterschätzen die Kommunisten aber keineswegs die neuen wirtschaftlichen und sozialen Prozesse, die im Heer der Lohnarbeiter zu Verlagerungen führen: die tiefen strukturellen Wandlungen, die im jetzigen Stadium der wissenschaftlich-technischen Revolution im Schoße der Arbeiterklasse heranreifen — ihre Verstärkung mit neuen Schichten, die Hebung des beruflichen und des allgemeinen Bildungsniveaus, die Tatsache, daß die Arbeiterklasse trotz des erschwerten Kampfes in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens neue Positionen erobert. Die neuen Bedürfnisse und Eigenschaften, die das Proletariat im Zuge dieser Wandlungen annimmt, machen seine abhängige, untergeordnete Stellung im Betrieb und in der Gesellschaft untragbar. In diesem Konflikt eben gelangt der dem Kapitalismus anhaftende Widerspruch zur Reife: Er ist unfähig, den geschichtlichen

Aufstieg der Arbeiterklasse aufzuhalten oder sie daran zu hindern, ihre Fähigkeiten voll zu entfalten.

Die Dokumente des XXVII. Parteitag und die dort verkündeten konstruktiven Ideen rufen auf zur Vereinigung des Kampfes für Frieden und für die allgemeinhinlichen Interessen mit dem Kampf für die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus.

Dieser Ruf ist kein frommer Wunsch. Er ist die logische Folgerung aus einer streng wissenschaftlichen Analyse der heutigen widerspruchsvollen, aber in vieler Hinsicht in sich zusammenhängenden Welt. Er richtet sich an die real vorhandenen und wirkenden sozialen Kräfte, die ein mächtiges Potential besitzen und fähig sind, das Weltgeschehen zum Besseren zu wenden. Dieser Ruf beruht obendrein auf einem allumfassenden und zugleich genau erprobten Programm praktischer Maßnahmen. Und schließlich ist er von seiner humanistischen Zielsetzung getragen, denn sein Sinn und Zweck ist der Mensch selbst, ist sein materielles und geistiges Leben.

Michail Gorbatschow sagte unlängst, die Strategie des XXVII. Parteitag "bestehe darin, das gesamte soziale, wirtschaftliche und demokratische Potential des Sozialismus aufzubieten, um unserer Entwicklung die nötige Dynamik zu verleihen und den Wohlstand des Volkes zu heben. Wir haben uns kühne Pläne vorgenommen und entfalten eine umfangreiche Arbeit, wobei wir veraltete, unbewährte Methoden ablegen und neue ausprobieren, nach Lösungen suchen, die den gegenwärtigen Aufgaben entsprechen". Wie die sowjetische Führung hervorhebt, ist die Erfüllung dieser Pläne zugleich "nur im Frieden denkbar. Daher die allgemeine weltpolitische Orientierung darauf, alles zur Festigung des Friedens und zur Einstellung des Wettrüstens zu tun".

Die sowjetischen Kommunisten sind sich darüber klar, daß auf dem Weg zu diesem Ziel große Hindernisse anzutreffen sind. Eins von ihnen, für das die Menschheit schon einen furchtbaren Preis gezahlt hat, ist der Antikommunismus, der mit Recht "die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts" genannt worden ist.

Mit ihrem ganzen Geist und Wahrheitssinn, mit dem direkten Appell an Vernunft und Gewissen der Menschen helfen der XXVII. Parteitag der KPdSU, das Plenum des ZK vom Juni 1986 und alle folgenden Schritte unserer Partei im Lande selbst und auf dem internationalen Schauplatz, die Reden ihrer Spitzenfunktionäre helfen den Völkern der Welt, das geistige Gift des Antikommunismus zu bewältigen und sich das Ideenpotential zu eigen zu machen, das die Menschheit braucht, um die Schlüsselprobleme unserer schwierigen und verantwortungsvollen Zeit im eigenen Interesse zu lösen.

Reale Chancen nicht vergeben

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der jetzigen Session der Genfer Abrüstungskonferenz stehen Fragen der Zügelung des nuklearen Wettrüstens und der nuklearen Abrüstung, der Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und eines Verbots der Nuklearwaffentests. Wie sieht es auf der Konferenz aus? Was tut sie, um Abrüstungsprobleme einer Lösung zuzuführen? Was bremsst die Verhandlungen? Auf diese Fragen antworten Konferenzteilnehmer auf Bitte der NZ dem Korrespondenten der "Iswestija" in Genf, W. Kusnezow.

Viktor Israelian, Leiter der UdSSR-Delegation:

Die komplizierte Lage auf der Konferenz erklärt sich durch die Politik der westlichen Staaten, vor allem der USA, die heutigen Realitäten nicht gerecht wird. Ihre verbalen Erklärungen, sie wollten zur Entspannung beitragen, werden nicht durch die praktische Bereitschaft untermauert, konkrete internationale Abkommen zu erarbeiten. Es entsteht der Eindruck, daß unsere Partner eine Aversion gegen Verhandlungen über solche Schlüsselfragen haben wie die nukleare Abrüstung, die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und ein Verbot der Kernwaffentests. Hierbei suchen sie ihren mangelnden Willen zu einem praktischen Dialog mit dem "Argument" zu "rechtfertigen", diese Probleme sollten nur in bilateralen Verhandlungen erörtert werden. Das läßt sich nur als Mißachtung legitimer Interessen anderer Staaten bezeichnen. Die nukleare Abrüstung ist ein Lebensbedürfnis aller großen und kleinen Staaten.

Was zum Beispiel hindert die Konferenz, an die unmittelbare Ausarbeitung eines Abkommens oder von Abkommen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum zu gehen? Sind ja auf der Konferenz alle Nuklearmächte vertreten, alle Staaten, die über ein Weltraumpotential verfügen. Verhandelt aber wird nur über ein Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen.

Bekanntlich ergriff die Sowjetunion am 22. April neue bedeutende Initiativen, die es erlauben, eine Konvention über das Verbot und die Vernichtung der C-Waffen und ihrer Produktionsbasis schnell zu erarbeiten. Unsere Vorschläge berücksichtigen die Haltung vieler Staaten, einschließlich der USA. Doch auch auf diesem Weg werden Hindernisse errichtet. Besonders beunruhigend ist, daß die USA und die NATO grünes Licht für die Produktion binärer C-Waffen, die in Westeuropa stationiert werden sollen, gegeben haben. Das läßt eine Kontrolle über die Einhaltung eines künftigen internationalen Abkommens überaus problematisch werden.

Die gegenwärtige Konferenzsituation verpflichtet die Staaten, die energischsten Anstrengungen zu unternehmen, um die Entwicklung in der Welt radikal zum Besseren zu wenden. Die realen Chancen sind zu nutzen, mit konkreten Schritten ist die Arbeit aller bilateralen wie multilateralen Verhandlungsrunden zu intensivieren. Ein Beispiel gibt da die Sowjetunion. Würden ihm auch unsere Partner folgen, würde der Weg zu Vereinbarungen offenstehen.

Der Außenminister Sri Lankas, Abdul Cader Shahul Hameed:

Vielleicht klingt es ironisch, doch manche Leute müssen daran erinnert werden, daß wir in einem Jahr leben, das von der UNO zum Internationalen Jahr des Friedens erklärt wurde, und die entsprechende Resolution einstimmig von der UNO-Vollversammlung angenommen wurde. Die Außenminister der Nichtpaktgebundenen bekundeten im April in Delhi ihre tiefe Sorge über das nukleare Wettrüsten, über die Gefahr, daß immer neue Massenvernichtungswaffen entwickelt werden. Bereits vor 20 Jahren hatte Sri Lanka vor der Gefahr eines Wettrüstens im Weltraum gewarnt. Ich selbst sprach davon auf der Vollversammlung 1966. Und heute sollen technologische Spitzenleistungen dazu dienen, neue Waffensysteme für einen Krieg im Weltraum zu schaffen. Keinerlei Argumente vermögen die Tatsache zu verdrängen, daß bei der Entwicklung solcher Waffen eine zivile Kontrolle unmöglich würde. Und damit die heutigen Laborversuche jenseits des Pazifik nicht morgen zur entsetzlichen Realität werden, müssen wir mit Hilfe der Genfer Abrüstungskonferenz ein effektives Abkommen erarbeiten, das den Weltraum von Waffen freihält.

Im Internationalen Jahr des Friedens wurden wir Zeugen der neuen kreativen Vorschläge von Generalsekretär Gorbatschow vom 15. Januar sowie einer Reihe anderer Initiativen. Solche Möglichkeiten für den Frieden müssen genutzt werden. Ich meine, daß die UdSSR-Vorschläge ein Wendepunkt sind

und zum Abschluß von Abkommen über einen Abbau der vorhandenen Nukleararsenale führen werden. Diesbezüglich würden die vollständige Beendigung der Nuklearwaffentests und der Abschluß eines entsprechenden Vertrages im Rahmen der Konferenz zu einer zuverlässigen Barriere gegen eine Ausbreitung der Nuklearwaffen werden.

Constant E. Clerckx, Botschafter, ständiger Vertreter Belgiens bei der Konferenz:

Belgien nimmt schon acht Jahre an der Konferenz teil. Wir messen ihrer Arbeit große Bedeutung bei, wobei wir unsere Aufgabe darin sehen, zur Erarbeitung effektiver Abrüstungsmaßnahmen beizutragen und die Voraussetzungen, wo irgendmöglich, für die Vernichtung bestimmter Waffenarten zu schaffen. Wir haben nie ein Hehl aus den Schwierigkeiten, mit denen wir dabei konfrontiert werden, gemacht und stets die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen bei der sorgfältigen Vorbereitung von Entscheidungen und Kompromissen betont. Vorrangig bleibt meiner Meinung nach ein vollständiges Verbot der C-Waffen.

Unsere Haltung wird nicht von altruistischen Erwägungen diktiert. Gerade auf belgischem Territorium wurden am 22. April 1915 erstmals diese barbarischen Waffen eingesetzt. Über 5000 Tote und an die 10 000 Schwerverletzte — das war das Ergebnis des militärischen Einsatzes von C-Waffen. Der Giftgastod forderte noch lange Opfer in Belgien, und erst vor kurzem explodierte auf einem Armee-Versuchsgelände bei Ypres alte deutsche Phosgen- und Senfgasmunition. Der Tod forderte weitere vier Opfer — belgische Pioniere, ein fünfter wurde verletzt.

Eben deshalb tritt meine Delegation für die beschleunigte Ausarbeitung einer multilateralen Konvention über ein Verbot der C-Waffen, für eine Vereinfachung der Prozedur der Verhandlungen und für die Nutzung aller Möglichkeiten eines solchen einmaligen Forums wie der Genfer Abrüstungskonferenz ein.

Einen neuen Impuls erhielten die Verhandlungen durch das Genfer Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, und des Präsidenten der USA, Ronald Reagan. Die Sowjetunion ihrerseits formulierte eine Reihe von Vorschlägen, die unserer Meinung nach den Wunsch nach Fortschritten zeigen. Ich meine, daß die neuen Vorschläge und Erläuterungen, die die amerikanische und die sowjetische Delegation zu Fragen eines Verbots der C-Waffen vorlegten, helfen werden, eine beiderseits annehmbare Formel in Fragen der Kontrolle und Überprüfung sowie für andere Artikel der zu erarbeitenden Konvention zu finden.



Banner der Moncada

Am 26. Juli, dem Tag des nationalen Aufstandes, ziehen wir Kubaner Bilanz des Erreichten und schätzen das Vollbrachte kritisch ein. Wir begehen den Festtag in einem Jahr, da sich der Sturm auf die Kasernen Moncada und der Stadt Bayamo im Osten des Landes zum 33. Mal jährt. Diese heroischen Ereignisse kennzeichneten eine neue Etappe im gesamt nationalen Kampf für echte Unabhängigkeit.

Unser Land litt unter schweren Problemen, die denen der meisten karibischen Länder glichen: Politisches und wirtschaftliches Diktat der USA, Stagnation in Industrie und Landwirtschaft, Analphabetentum und extrem niedriges Niveau des Gesundheitswesens kennzeichneten das Kuba jener Jahre. Der kleinste Versuch, ihre Rechte zu behaupten, brachte Arbeitern und Bauern grausamste Verfolgungen ein.

Der junge Rechtsanwalt Fidel Castro Ruz führte die Aufständischen. Nach seiner Verhaftung erschien er vor Gericht, das auf Betreiben Diktators Batista, der 1952 die Macht an sich gerissen hatte, ein Verfahren gegen ihn eingeleitet hatte. Vor Gericht hielt Fidel seine berühmte Rede "Die Geschichte wird mich freisprechen", in der er die Probleme, denen Kuba sich damals gegenüber sah, gründlich analysierte.

Der Sturm auf die Kasernen in Santiago de Cuba endete in einer Niederlage. Aber er war eine Richtschnur unseres Freiheitskampfes. Der Sturm auf die Moncada war ein Vorbote des künftigen Sieges der kubanischen Revolution. Der Kampf für den

Sozialismus stand noch nicht auf der Tagesordnung, aber die wesentlichen Konturen der neuen Gesellschaft zeichneten sich bereits in der Weltanschauung der Helden des Moncada-Aufstandes ab. Ihre Losungen schlossen die Lösung der Boden- und Wohnungsfrage ein, die Industrialisierung, die Hebung der Volksbildung und der Gesundheitsfürsorge. Die Ereignisse von 1953 brachten in Fidel Castro einen Führer des kubanischen Volkes hervor.

Fünf Jahre, fünf Monate und fünf Tage später, am 1. Januar 1959, siegte die kubanische Revolution. In ihrem Triumph hallte der Sturm auf die Moncada nach. Die Ziele jener, die ohne ihr Leben zu schonen, 1953 die Bastionen Batistas gestürmt hatten, verwirklichten sich in den wichtigsten Veränderungen nach der siegreichen Revolution, im Gesetz über die Bodenreform und in der Nationalisierung der größten Unternehmen, Banken und des Außenhandels.

Die Hauptaufgabe, vor der die Republik in den ersten Jahren nach der Revolution stand, läßt sich äußerst knapp formulieren: Überleben! Die USA hatten die Wirtschaftsblockade verhängt. Wir mußten den Widerstand der inneren Konterrevolution brechen. Das Volk bewies in dieser schweren Zeit hohes Bewußtsein und sprach sein entscheidendes Wort in der Verteidigung der Revolution. Kuba hielt stand. Die UdSSR und andere sozialistische Länder erwiesen uns unschätzbare Hilfe.

Im April 1961 erlebte die Revolution ihre Feuerprobe: Invasion von CIA-Söldnern auf Playa Giron. Innerhalb von 72 Stunden wurde sie niedergeschlagen. Kuba verfolgte unbeirrt den Weg seiner einmal begonnenen Veränderungen. Skeptische und bössartige

Prognosen, die den Tod der Revolution voraussagten, weil sie, wie es hieß, im ungleichen Kampf gegen den mächtigen Nachbarn im Norden unterliegen mußte, bewahrheiteten sich nicht.

Das kubanische Volk brachte mit seiner eigenen Arbeit die Wirtschaft in Schwung. Die Kommunistische Partei Kubas war gewachsen und hatte ihre Reihen gefestigt. Die wichtigsten Abschnitte unserer nachrevolutionären Geschichte sind mit den Parteitag verbunden.

Der 3. Parteitag hat besondere Bedeutung. Auf diesem Forum wurde hervorgehoben, daß neben der erfolgreichen Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige, neben übererfüllten Aufgaben des Fünfjahrplans 1981 bis 1985 Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten Platz gegriffen hätten, die den Fortschritt unserer Gesellschaft hemmen.

Im laufenden Fünfjahrplan wuchs das Bruttosozialprodukt um durchschnittlich 7,3% im Jahr. Der individuelle Verbrauch stieg jährlich um 2,8% und der Verbrauch aus den gesellschaftlichen Fonds um 7,1%. Das Durchschnittseinkommen stieg im Laufe des Fünfjahrplans um 26,4%.

Die Delegierten des 3. Parteitages berieten den Entwurf eines neuen Parteiprogramms. Gegenwärtig wird er im ganzen Volk diskutiert. Die für Dezember des Jahres vorgesehene Abschlußtagung muß das Programm beschließen. Im Entwurf wird festgestellt, daß das Endziel der Kommunistischen Partei Kubas die Vervollkommenung des sozialistischen Aufbaus im Lande und die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft ist. Es ist vorgesehen, die sozialökonomische Entwicklung Kubas zu beschleunigen, die Wirksamkeit der Industrie und Landwirtschaft auf der Grundlage einer breiteren Anwendung fortschrittlicher Wissenschaft und Technik zu erhöhen.

Der Entwurf des Parteiprogramms formuliert neue, höhere Anforderungen an die Wirtschaft, den sozialen Bereich, die Erziehung, Wissenschaft und Kultur. Eine weitere allseitige Vervollkommenung der politischen Struktur der kubanischen Gesellschaft ist eingeplant. Die Erfolge Kubas im Gesundheits- und Bildungswesen sind allgemein bekannt. Jetzt müssen wir, indem wir diese weiterentwickeln, ebenso beeindruckende Erfolge in anderen Bereichen erzielen. Wenn wir diese Aufgabe lösen, erfüllen wir unsere Pflicht vor jenen, die an den Mauern der Moncada fielen, unsere Pflicht vor der Geschichte.

Teresa FERNANDEZ-COCA
Korrespondentin der Prensa Latina

Wie die KSZE-Schlußakte
verwirklicht wird

Bilanz und Perspektiven

Nikolai TSCHETWERIKOW, Vorsitzender der Allunions-Urheberrechtsagentur der UdSSR

Nie zuvor nahm die Geisteskultur im Leben der Menschheit einen so wichtigen Platz wie jetzt ein. Das heutige menschliche Dasein ist undenkbar ohne Bücher, Musik, Theater, bildende Künste und die technischen Mittel, mit denen die geistigen Güter unter die breiten Massen getragen werden. Ebenso wichtig ist es, den geistigen Verkehr unter den Völkern auszudehnen und zu konsolidieren.

Die UdSSR legt großen Wert auf die humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit in genauem Einklang mit der Schlußakte von Helsinki (mit ihrem "dritten Korb"). Diese Fragen nahmen einen wichtigen Platz in den kürzlichen außenpolitischen Initiativen der UdSSR einschließlich des Vorschlags ein, die Grundlagen für ein allumfassendes internationales Sicherheitssystem zu schaffen.

Ein anregender und ergebnisreicher Gedankenaustausch hat dazu in Leningrad stattgefunden. Dort traten zu ihrer turnusmäßigen Konferenz die Leiter der urheberrechtlichen Organisationen Bulgariens, der CSSR, der DDR, Kubas, Polens, der UdSSR, Ungarns und Vietnams zusammen.

Diese Treffen finden seit 10 Jahren statt. Das jetzige, achte stellte in gewissem Sinne einen Wendepunkt dar. Als besonders dringend wurde es bezeichnet, die Zusammenarbeit der einschlägigen Landesorganisationen, ausgehend von den Beschlüssen des XXVII. Parteitags der KPdSU und der Parteitagen der kommunistischen und Arbeiterparteien in den sozialistischen Bruderländern, auf ein höheres Niveau zu bringen.

Bei der Förderung der Geisteskultur in der UdSSR spielt bekanntlich die Allunions-Urheberrechtsagentur (WAAP) eine wichtige Rolle. Sie wurde von Schriftstellern, Musikern und von den Künstlerverbänden, von einigen staatlichen Einrichtungen und von Massen-

organisationen im September 1973, kurz nach dem Beitritt unseres Landes zur (Genfer) Weltkonvention für Urheberrecht, gegründet.

Ihre Hauptaufgabe ist es, die ethischen und materiellen Rechte sowjetischer und anderer Autoren bei der Benutzung ihrer Werke zu wahren und damit zur Schaffung und Verbreitung geistiger Werte, zum Ausbau des Kulturaustausches und zur Ausweitung des Dialogs unter den Völkern beizufügen, wobei sie einander geistig bereichern, was ihrer Verständigung und ihrem Vertrauen zueinander förderlich ist. Die WAAP steht in ständiger Geschäftsverbindung mit mehr als 1000 Partnern in 70 Ländern und dehnt diese Verbindung ständig aus. Seit ihrer Gründung belief sich der Export und Import von Urheberrechten, Musikwerke, Bühnen- und Kleinkunststücke mitgerechnet, auf mehr als 200 000 Titel.

Auf der Leningrader Konferenz standen die Ergebnisse der Zusammenarbeit der urheberrechtlichen Organisationen aus den sozialistischen Bruderländern zur Debatte.

Von unserem Literaturaustausch entfallen über 63% der Export- und 55% der Importverträge auf die sozialistischen Länder. In den letzten Jahren allein hat die WAAP rund 28 000 Export- und Importverträge über die Herausgabe von fast 44 000 Büchertiteln mit den Kollegen aus Bulgarien, CSSR, der DDR, Jugoslawien, Kuba, Polen und Ungarn geschlossen.

In den letzten fünf Jahren sind in den sozialistischen Ländern auf Verträge mit der WAAP mehr als 17,5 Mio Exemplare sowjetischer Schriften über sozialpolitische und rund 2 Mio über aktuelle, wissenschaftliche und technische Themen erschienen.

Mit regem Interesse nahm die Öffentlichkeit der Bruderländer das Erscheinen von Sammelbänden mit Schriften Michail Gorbatschows, des Generalse-

kretrars des ZK der KPdSU, auf. Sie sind in den Verlagsanstalten Partisdat (Bulgarien), Dietz Verlag (DDR), Svoboda (CSSR) und im Kossuth-Verlag (Ungarn) herausgegeben worden. Demnächst erscheinen solche Bücher auch in einigen anderen Verlagshäusern.

Natürlich freut uns das rege Interesse unserer Partner in den sozialistischen Ländern für Werke über den 70. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution. Schon sind 157 Verträge über solche Bücher geschlossen. In Bulgarien wird eine Bücherreihe über bedeutende Persönlichkeiten der Revolution und ein belletristisch-publizistischer Sammelband mit dem Titel "1917. Rußland. Petrograd", ferner ein Album "Die Revolution in Fotos" herauskommen; in der CSSR "Die internationale kommunistische Bewegung" und noch



Die WAAP zählt zu den Veranstalter der schon traditionellen Moskauer internationalen Buchmessen. An der jüngsten beteiligten sich 3300 Organisationen und Firmen aus 100 Ländern. Auf diesem repräsentativen Buchforum wurden unter Beteiligung der WAAP 2800 Verträge über An- und Verkauf der Rechte zur Verwendung von Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst geschlossen.

Unser Bild: Gesamtansicht der Buchmesse

53 Bücher; in Jugoslawien eine zweibändige Lenin-Biographie.

In unserem Land wiederum erscheinen immer mehr Schriften von Politikern, Kulturpolitikern, Wissenschaftlern und Publizisten der Bruderländer.

Die Leningrader Konferenz war konstruktiv. Unzulänglichkeiten und Versäumnisse wurden sachlich besprochen. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß die Aufgaben im Rahmen der

Überwindung der Hindernisse

In der Sowjetunion hielt sich eine Gewerkschaftsdelegation aus Bangladesh, bestehend aus dem Vorsitzenden des Nationalen Arbeiterbundes von Bangladesh, R. Momofajuddin, und dem Generalsekretär des Bundes, M. Ahmed, auf.

Unser Besuch in der UdSSR war seit langem geplant, sagte M. Ahmed. Wir wollten schon früher nach Moskau kommen, doch die Regierung von Bangladesh verhinderte das. Die Führung des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften bot uns an, Gewerkschaftsaktivisten zum Studium und Erfahrungsaustausch nach Moskau zu entsenden. Unsererseits wären wir froh, sowjetische Freunde als Gäste in Dacca und anderen Städten begrüßen zu können. Doch bis heute stoßen alle Bitten bei unserer Regierung auf völlige Ablehnung, Proteste bleiben wirkungslos. Wir werden uns auch in Zukunft für die Aufhebung der diskriminierenden Praxis gegenüber sowjetischen Delegationen einsetzen. Ihr Besuch in Bangladesh kann nur der Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern dienen.

Die Gewerkschaftsbewegung bei uns, führte M. Ahmed aus, kann bislang nicht als sehr stark bezeichnet werden. Das erklärt sich sowohl durch die geringe zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse als auch dadurch, daß im Land das Kriegsrecht herrscht, wodurch unserem Volk die demokratischen Grundrechte und -freiheiten genommen sind.

Es gibt in der Republik eine Vielzahl von Gewerkschaftsverbänden. Off wirken im gleichen Betrieb, selbst in einem kleinen, gleichzeitig mehrere Gewerkschaften. Natürlich fördert eine solche Zersplitterung nicht gerade eine Festigung unserer Reihen. In den Gewerkschaften sind einige Hunderttausend von Arbeitern vereinigt — das ist sehr wenig für Bangladesh mit seinen fast 100 Millionen Einwohnern. Was hindert nun eigentlich die Werktätigen der Republik, ihre Gewerkschaft zu finden! Um einen neuen Gewerkschaftsverband zu gründen, ist eine offizielle Erlaubnis erforderlich, und die wird weitaus nicht immer erteilt.

In letzter Zeit vollzogen sich einige Veränderungen. 1982, als das Gesetz über das Kriegsrecht in Kraft trat und die Tätigkeit der Gewerkschaften gesetzlich verboten wurde, nahmen die Werktätigen geschlossen den Kampf für demokratische Rechte, für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne auf. Eine ganze Reihe von Streiks wurde organisiert, und bereits 1984 mußte die Regierung den Rückzug antreten: Die Gewerkschaften konnten sich wieder formieren. Der Kampf für eine Demokratisierung verstärkt sich, und man kann sagen, daß er heute zu den stärksten Bewegungen seit Bestehen der Republik gehört.

Der Nationale Bund besteht in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern von Textil- oder Jutefabriken. Die Arbeiterklasse von Bangladesh gewinnt trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche schnell an Ansehen. Sie weiß bereits, was sie will. Hauptziele sind der Kampf für den Frieden und eine Verbesserung der Wirtschaftslage. Wir treten für Frieden und Abrüstung ein, organisieren Demonstrationen und Seminare.

Dabei sei gesagt, daß die Werktätigen in Bangladesh unter Bedingungen leben, da die Sorge um das tägliche Brot, darum, sich und ihre meist große Familie zu ernähren, weiterhin dominiert. Deshalb sind für die meisten von ihnen die Atombombe, die Cruise Missiles und die Pershings in Europa nicht so alarmierend wie für die Menschen in anderen Ländern. Doch wenn es um die Präsenz der US-Flotte im Indik geht, geht diese Frage unmittelbar jeden an.

Wir unterstützen leidenschaftlich die jüngsten Friedensinitiativen der Sowjetunion, die sowjetischen Vorschläge für die Verwandlung des Indik in eine Friedenszone, sagte Ahmed abschließend. In der UdSSR nimmt die Arbeiterklasse unmittelbar an der Leitung des Staates teil, löst Aufgaben der ökonomischen und sozialen Entwicklung in ihrem Betrieb wie im Maßstab des ganzen Landes. Eine enorme Rolle spielen dabei die Gewerkschaften.

W. GALIN

sozialistischen Wirtschaftsintegration, die im Komplexprogramm für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der RGW-Länder bis zum Jahr 2000 formuliert sind, eine neue Einstellung zum Austausch wissenschaftlicher und technischer Fachschriften erforderlich machen. Viele Teilnehmer betonten, vor allem gehe es darum, angesichts der jetzigen erhöhten internationalen Spannungen unseren Einsatz im ideologischen Kampf maximal zu steigern und für das Angebot an ausländische, namentlich westliche Verleger Werke auszuwählen, in denen der wahre Humanismus des sozialistischen Systems und seine unverbrüchliche Treue zu den Ideen des Friedens und sozialen Fortschritts überzeugend dargelegt sind.

Für sehr wichtig halten wir den Auslandsvertrieb von Büchern über die Politik der KPdSU und die sozialistische Lebensweise. Die bürgerlichen Massenmedien bereiten der Verbreitung wahrheitsgetreuer Informationen über die Welt des Sozialismus die verschiedensten Hindernisse. Trotzdem nimmt das Interesse in den kapitalistischen Ländern für unsere Literatur, besonders für politische Schriften, unaufhaltsam zu.

Die Atomschuld, die Hetze gegen die UdSSR und den Kommunismus in den USA und anderen westlichen Ländern führen manchmal dazu, daß Verleger von Verträgen zurücktreten. Auch Vertragsverletzungen kommen vor.

Indessen zeigen westliche Verlagshäuser — solche wie Plaza und Janes (Spanien), Philippe Sers und Editions du Regard (Frankreich), Thames and Hudson (Großbritannien) und Idea Books (Italien) — Interesse für mehrbändige Anthologien und Serien von Originalschriften über sowjetische Kunst.

Andererseits treffen wir Maßnahmen zur umfangreicheren Herausgabe von Werken fortschrittlicher westlicher Schriftsteller, die die Lage der Werktätigen wahrheitsgetreu schildern und die aggressive Politik wie auch die Lügen der bürgerlichen Propaganda brandmarken.

Die Leningrader Konferenz hat auch gezeigt, daß für einen weiteren Ausbau der kulturellen Verbindungen zwischen den sozialistischen und den Entwicklungsländern große Möglichkeiten bestehen. Uns ist es wichtig, den jungen Nationalstaaten bei der Bildung eigener urheberrechtlicher Organisationen zu helfen.

Beim Leningrader Treffen wurden konkrete Mittel und Wege zur weiteren Vervollkommen der multi- und bilateralen Zusammenarbeit vorgemerkt, wurde die Bereitschaft der beteiligten Organisationen bekräftigt, die kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen in jeder Hinsicht effektiver zu gestalten, den Erfahrungsaustausch auszuweiten und einander ausführlicher mit der jeweiligen Sachlage und den vorhandenen Problemen bekannt zu machen. ■

INFORMATIONEN, GLOSSEN, REPLIKEN

EINLADUNG ZUM BEGRÄBNIS

Im Strudel der Statements über die Lage in Südafrika gibt es auch folgendes: "Die Apartheid ist tot. Begehen wir ihr Begräbnis." Die Einladung zum Leichenzug spricht der



Sie trägt kein Hochzeitskleid. Weiß ist bei Südafrikanern die Farbe der Trauer

amerikanische Senator Jesse Helms aus, ein Republikaner. Die RSA ist eine Republik, regiert von solchen Weißen, wie dem Senator, Leuten mit äußerster republikanischer Gesinnung. Unlängst bereiteten sie ihrem Komplizen aus North Carolina einen herzlichen Empfang. Sie zeigten und erzählten alles, was er hören und sehen wollte. Natürlich gab es in den Salons, in denen die Gespräche stattfanden, keine Apartheid. Somit erklärte der Senator, daß die Apartheid den Geist aufgegeben habe.

Die Faschisten bauten noch Gaskammern. Die Apartheid geht rationeller vor. Sie pumpt Gas in Kirchen, in denen Schwarze auf dem Boden schlafen, weil ihre Häuser abgebrannt sind. Geschehen in der Ortschaft Kwatema. Mehrere Säuglinge kamen ums Leben. In ganz Südafrika ist jeden Tag

Begräbnis, von Menschen, erschlagen durch die Apartheid.



Er heißt Theuns Swanepoel, Spitzname "das Tier". Am 16. Juni 1976 befahl er das Feuer auf die Schüler von Soweto zu eröffnen. "Das Tier" ist wohl auf, bezieht Pension. "Ich persönlich würde keinen Moment zögern, Hunderte oder Zehntausende Neger zu töten, immerhin muß die Ordnung wiederhergestellt werden."

Foto aus: "Humanite" (Frankreich)

WIEDERGEBURT VON HORGOS

Der Korrespondent der Nachrichtenagentur Xinhua berichtet aus Urumtschi Autonomes Gebiet Xinjiang-Uigur, VR China:

Für die 500 Bewohner der Ortschaft Horgos an der sowjetisch-chinesischen Grenze brechen neue Zeiten an. Noch vor drei Jahren war der Ort dermaßen unbedeutend, daß nicht einmal Kartographen ihn verzeichnet hatten. Nachdem der Kontrollpunkt an der Grenze zur Sowjetunion wieder geöffnet wurde, verwandelte sich das Dorf.

Über die Dorfstraße donnern jetzt schwere Lastwagen. Sie bringen Stahl, Zement und Maschinenteile nach China und kehren mit Stoffen, Wolle, Fellen und landwirtschaftlichen Produkten in die UdSSR zurück. Seit November 1983 ist Horgos wieder für Ausländer zugänglich und verwandelte sich schnell in ein beliebtes Reiseziel an der alten Seidenstraße, die einst China mit Europa verband. Die windschiefen Hütten sind verschwunden. Bank, Post, Gasthaus, Restaurant, Geschäft, Zoll, Quarantäne- und Transportdienststellen sind bereits in Neubauten untergebracht. Eine Schule, Poliklinik, Ausländerhotel, Kino und Tanzhalle sind im Bau. Um die Straßen zu dekorieren, pflanzten die Einwohner schattenspendende Bäume und legten Rabatten an.

Der sowjetisch-chinesische Warenumschlag über Horgos erreichte im letzten Jahr den Rekord von 120 000. Ein offizieller Vertreter sagte: "Wir hoffen, daß im laufenden Jahr die Kennziffern noch steigen. Wie die Sowjetunion sind auch wir bemüht, den Grenzhandel zu erweitern."

● STATISTIK

NUR JEDE VIERTE

Das Justizministerium der USA meldet, daß im letzten Jahr jede vierte amerikanische Familie Opfer eines Verbrechens wurde. Das ist die niedrigste Ziffer der letzten 10 Jahre. In den offiziellen Daten erscheinen Morde nicht. Falls Familienmitglieder im Laufe eines Jahres mehrmals Verbrechen zum Opfer fallen, erscheint diese Familie nur ein einziges Mal in der Statistik.

HILFT DA NOCH ETIKETTENSCHWINDEL?

Zum dritten Mal innerhalb der letzten acht Jahre wechselt die englische Automobilgesellschaft "British Leyland" ihren Namen. Seit Juli des Jahres firmiert sie unter "Rover Group Public Limited Company". Schon lange erleidet der Automobilkonzern finanzielle Schwierigkeiten, hervorgerufen u. a. durch die ausländische Konkurrenz. Im vergangenen Jahr überstiegen seine Verluste 110 Mio Pfund Sterling. Die frühere Bezeichnung wurde außerdem in der Öffentlichkeit mit Massenentlassungen verbunden, mit denen die Gesellschaft ihre vielen Produktionsleiden zu kurie-

ren gedachte. Associated Press meldet, daß der Konzern mit der Umbenennung versucht, "sein angeschlagenes Image aufzupolieren".

DIE LEIDEN DER MEER- JUNGFRAU

Das bedauernswerte Schicksal der Helden eines Märchens von Hans-Christian Andersen wurde ihrer Plastik zuteil, die sich am Strand bei Kopenhagen befindet. 1964 sägte man der Bronzefigur den Kopf ab, zwei Jahre

später die rechte Hand. Jetzt wurde bekannt, daß kanadische Wehrpflichtige das erste Verbrechen verübten und dieses Stück dänischer Nationalsymbolik über eine Militärbasis in Westdeutschland zu sich nach Hause verfrachtet hatten. Es war in die Presse durchgesickert, daß einer der Denkmalschänder noch heute in der kanadischen Armee seinen Dienst versieht.

YVES MONTAND, DER PANZERBARDE

Als Yves noch ein ordentlicher junger Mann war, sang er das Antikriegslied vom "Soldaten, der in den Kampf zieht". In die Jahre gekommen, nahm er Abschied von seinen Idealen und singt heute ganz andere Sachen. Vor kurzem gab Yves Montand ein Gastspiel auf den von Israel besetzten Golan-Höhen. Er kletterte auf einen Panzer, der, wer weiß, an dem Blutbad unter den Palästinensern in den Lagern Sabra und Shatila beteiligt war, und sang.

Patrick Besson hörte, worüber Yves und ein Panzersoldat sich unterhielten. Nachzulesen ist ihr Gespräch in der "Humanite": "Hübsch hier, in Transjordanien! Ich verstehe nicht, warum man das hier in Frankreich 'okkupiertes

Gebiet' nennt." — "Wahrscheinlich deshalb, weil wir es okkupieren." — "Na und? Wo ist da das Problem?" — "Hier finden einige das nicht so ganz in Ordnung, Monsieur Montand". — "Schon gut. Sag mal, hat dir mein Lied von den Partisanen, das ich in Jerusalem gesungen habe, gefallen?" — "Nicht

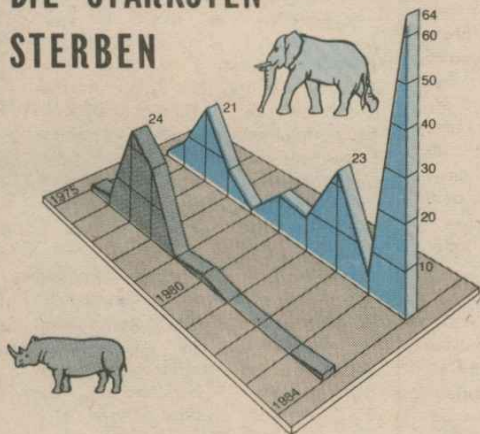
besonders." — "Warum denn nicht, Mensch?" — "War mir irgendwie peinlich. Das ist doch ein Lied von Teilnehmern des Widerstands, und wir sind die Besatzerarmee." — "Ihr leistet doch schließlich auch den Arabern Widerstand, verdammt nochmal!"

Dem ist nichts hinzuzufügen, außer, daß man den Sänger im Helm "Panzer-Yves" taufen sollte.



● MENSCH UND NATUR

DIE STÄRKSTEN STERBEN



Der große Serengeti-Nationalpark auf dem Territorium Tansanias dient Löwen, Leoparden, Elefanten, Giraffen, Antilopen, Zebras, unzähligen Vögeln und anderen Tierarten als letzte Zuflucht. Die größten Tiere leben dabei unter den gefährlichsten Bedingungen, Elefanten und Nashörner. Sie und andere werden Opfer von Wilderern, die es auf Horn und Stoßzähne abgesehen haben. Im Vergleich zu den 70er Jahren sank die Zahl der Nashörner 25mal. Eine Grafik aus dem "National Geographic" zeigt, wie viele von Wilderern getötete Tiere gefunden wurden. Experten meinen, daß weit mehr von Menschenhand gefällte Riesen nie gefunden werden.

● NICHT NUR ÜBER KUNST

COMEBACK DES "GLOBUS"

Es ist nicht ausgeschlossen, daß man die Stücke des großen Shakespeare in demselben "Globus" zu sehen bekommt, in dem sie vor über 400 Jahren aufgeführt wurden und auf dessen Brettern der Dramatiker selbst aufgetreten war. Die Möglichkeit, den neuen "alten Globus" wiederaufzubauen, wurde bekannt, nachdem die Behörden des Londoner Stadtteils Southwark bereit waren, auf ein Grundstück von einem Acre am Südufer der Themse zu verzichten. Um seinen Plan durchzuführen, muß der Initiator des Projekts, der amerikanische Schauspieler und Regisseur Sam Wannamaker schlappe 18 Mio Dollar aufreiben. Bis jetzt kollidierte die Begeisterung des Shakespeare-Bewunderers aus Übersee mit der Sturheit der Stadtväter Southwarks.

● DEMOKRATISCHER ALLTAG

WAS KOSTET EINE STIMME?

Um sich die Mehrheit im Parlament zu sichern, war sich die regierende Liberal-Demokratische Partei Japans, wie die Lokalpresse berichtete, selbst für Bestechung und Mafia-Methoden nicht zu schade. Der Preis für eine Wählerstimme betrug abhängig vom Wohnviertel 5000 bis 10 000 Yen.

Die Tokioter "Mainichi" stellt dazu fest, die soeben beendeten Wahlen zum hauptgesetzgebenden Organ des Landes hätten ergeben, daß sie "von Leuten repräsentiert werden, die die Gesetze brechen, die sie selbst einführen."

● HYPOTHESEN

GEHEIMNIS DER JUGEND?

Der bekannte Pianist Wladimir Horowitz ist 82 Jahre alt. Ein Jahr älter als Claudio Arrau. Mieczyslaw Horszowski zählt 94 Jahre. Alle drei treten weiterhin auf, geben anspruchsvollste Klavierkonzerte. Der mit 89 Jahren verstorbene große Toscanini dirigierte noch zwei Jahre vor seinem Tod ein Orchester. Der Violinist Pablo Casals spielte noch bis zum Alter von 90 Jahren. Der 93jährige Maestro Andres Segovia trennt auch heute noch nicht von seiner Gitarre. Ist es ein Zufall, daß viele hervorragende Musiker ihr schöpferisches Potential bis ins fortgeschrittene Alter bewahren?

Nach Dafürhalten von Wissenschaftlern der Universität Birmingham werden Menschen, die ihr Leben lang angestrengt schöpferisch tätig waren, auch im vorgerückten Alter nichts von ihren Fähigkeiten einbüßen. Viele Musiker z. B. haben sich ihr jugendliches Aussehen erhalten, offensichtlich wegen des Adrenalins, das unter Streß ausgestoßen wird. Der Pianist M. Perahia gibt eine weitere Erklärung für langjährige schöpferische Aktivität: "Alle großen Musiker lieben das, was sie machen. Davon zeugt ihre Musik. Es ist doch möglich, daß sich hier ein kleiner Trost verbirgt."

Bei Ihnen ist viel von sozialistischer Selbstverwaltung des Volkes die Rede. Ich kann nicht begreifen, was das ist. Manchmal scheint mir, es handelt sich einfach um eine Rückkehr zum bürgerlichen freien demokratischen Unternehmertum. Oder irre ich mich?

Kurt SANDER
Dortmund, BRD



Es diskutiert
Prof.
Anatoli BUTENKO

Das ist eine sehr wichtige Frage. Und keine leichte. Bei uns wird heute eingehend darüber diskutiert. Von der Lösung dieses Problems hängt vieles ab.

In einer beliebigen menschlichen Gemeinschaft, sei es die Familie, eine Belegschaft oder die Gesellschaft als Ganzes ist die Verwaltung ein unerlässliches Element mit der Funktion, deren Struktur und den Modus aufrechtzuerhalten, wie sie sich betätigt und ihre Maximen befolgt. Die Verwaltung wird von einem bestimmten Gremium ausgeübt. Werden Leitungsfunktionen nicht bestimmten Personen auferlegt, sondern von der Gemeinschaft selbst ausgeübt, ist das Selbstverwaltung. Welche Variante ist demokratischer und wirksamer und daher vorzuziehen?

Die Demokratie ist die größte Errungenschaft der Menschheit. Sie stellt eine im Lauf der Weltgeschichte herausgebildete und bereicherte Methode zur Lösung lebenswichtiger Probleme der betreffenden menschlichen Gemeinschaft dar, wobei sich die Minderheit der Mehrheit fügt. Die Demokratie hat politischen Charakter angenommen, sie ist eine Staatsform geworden. Lenin schrieb: "Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten." In der Ausbeutergesellschaft ist die höchstentwickelte Form der Demokra-

tie die bürgerliche, bei der scheinbar als "Macht im Auftrag des Volkes" die Staatsmacht von der Bourgeoisie ausgeübt wird. Bei dieser Verwaltungsmethode ist die Übergabe der Machtfunktionen des "demos" — des Volkes — an "seine" Vertreter ein perfekter Mechanismus. Die "Sachwalter der Mehrheit" haben bei der Erfüllung ihrer "demokratischen Pflicht" die Möglichkeit, die wirkliche Macht, die der ausbeutenden Minderheit, d. h. der Bourgeoisie, auszuüben. Das gibt es bei uns nicht. Sie werden zugeben, daß das wesentlich ist.

Lange vor Entstehen der sozialistischen Gesellschaft schrieben Marx und Engels, daß die Geschichte von der aus Klassengegensätzen bestehenden Gesellschaft unentwegt zu einer Gesellschaft führt, die weder Klassen noch Politik kennt, von einer staatlichen, einer politischen Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten zu einer unpolitischen, einer kommunistischen Selbstverwaltung. Die Kommunisten sind dazu berufen, diesen Befreiungsprozeß voranzubringen. Auf diesem Weg müssen die Werktätigen laut Marx und Lenin in jeder Hinsicht von der Demokratie Gebrauch machen: im Kapitalismus von der bürgerlichen und nach der Revolution, auf dem Weg zur Selbstverwaltung des Volkes von der proletarischen oder sozialistischen Demokratie.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß sich Selbstverwaltung und Demokratie auf verschiedenen Ebenen entwickeln. Deshalb geht es nicht an, die in ihrer Entwicklung begriffene Selbstverwaltung des Volkes im Sozialismus als Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie zu bezeichnen.

Die UdSSR und einige andere Länder haben den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bereits vollendet. Ihre Erfahrungen lehren, daß die Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft schwieriger ist, als früher angenommen. Die Aufhebung der Ausbeutung und die Schaffung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft fallen nicht zusammen. In der heutigen sowjetischen Ge-

DISKUSSION MIT DEM LESER

sellschaft — einer Gesellschaft ohne antagonistische Klassen und Ausbeutung — bestehen doch noch Klassen und soziale Klassenverhältnisse. Das müssen wir in Betracht ziehen.

Unsere Kommunistische Partei geht in ihrem auf dem XXVII. Parteitag angenommenen Programm davon aus, daß auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus, vom Staat zur nichtpolitischen, zur kommunistischen Selbstverwaltung des Volkes die langwierigere Phase des Sozialismus nicht übersprungen werden kann, in dem es keine Ausbeutung mehr gibt und die Diktatur des Proletariats nicht mehr notwendig ist, die Macht der Arbeiterklasse also von der politischen Macht des Volkes abgelöst wird, die immer ausgeprägter die Züge einer sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes annimmt.

Sie fragen, worin diese besteht.

Die sozialistische Selbstverwaltung des Volkes ist eine Verwaltungsform, bei der die gesellschaftlichen Angelegenheiten größtenteils von den Werktätigen selbst erledigt werden und diese allmählich aufhören, ihre Machtfunktionen an ihre Vertreter zu delegieren. Die Praxis zeigt, daß bei einer Nichtexistenz von Ausbeuterklassen, aber beim Fortbestehen von Klassen, von Politik und politischer Macht nicht eine kommunistische, sondern eine sozialistische Selbstverwaltung des Volkes herbeigeführt werden muß, die noch politisch ist, aber schon als eine demokratische Verwaltung der Angelegenheiten von Staat und Gesellschaft auftritt, die ihre Tätigkeit durch die Werktätigen selbst ausübt.

Davon, daß die Selbstverwaltung des Volkes erreichbar ist, zeugen die Wandlungen, die sich in letzter Zeit in der sowjetischen Gesellschaft vollziehen. Die Arbeiterkollektive erhalten mehr Selbständigkeit, die Bürgerrechte und -freiheiten eine neue Entwicklung, der übermäßigen Zentralisierung wird ein Ende gesetzt und den örtlichen Machtorganen größere Kompetenz eingeräumt. Zu ihrer Tätigkeit werden die Werktätigen herangezogen. Das alles sind nur erste Schritte beim Werden der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes, der Werktätigen, die, wie Lenin sagte, über sich keine Macht als die ihrer eigenen Gemeinschaft kennen.



Auf Wiedersehen in Seattle

"Vieles, was wir in Moskau gesehen haben, werden wir bei den Vorbereitungen zu den nächsten Spielen des guten Willens benutzen, die bekanntlich in vier Jahren bei uns, in den USA, in Seattle stattfinden", sagte Robert Walsh, Exekutivdirektor des Organisationskomitees der Spiele von 1990.

Die ersten internationalen Spiele des guten Willens, die Tradition werden sollen, sind in Moskau, Tallinn und Jurmala zu Ende gegangen.

Ihr hohes Niveau steht außer Zweifel (anfangs bestanden welche). Heutzutage, da zahlreiche große internationale Wettkämpfe veranstaltet werden, findet sich auf dem Zeitplan nur mit Mühe eine Lücke für ein so großartiges Sportfest. Die Moskauer Spiele im Juli fielen zeitlich mit mittelamerikanischen Spielen, solchen des britischen Commonwealth und Weltmeisterschaften in einzelnen Sportarten zusammen. Natürlich zogen es manche bekannte Sportler vor, für diese zu trainieren und dort anzutreten. Trotzdem war eine absolute Mehrheit der Sportstars bei den Moskauer Spielen anwesend.

Unvergeßlich waren diese dank der Teilnahme von Spitzensportlern wie Carl Lewis, Edwin Moses und Evelyn Ashford aus den USA, Zhu Jianhua aus China, Heike Drechsler aus der DDR, ganz zu schweigen von der sowjetischen Mannschaft, die an allen 18 Sportarten des Programms mit den besten Kräften beteiligt war.

Die Initiative zu den Spielen ging von der amerikanischen Fernsehgesellschaft TBS und vom Staatlichen Sportkomitee

sowie vom Staatlichen Rundfunk- und Fernsehkomitee der UdSSR aus. Sie hatten sie sich ursprünglich als Wettkampf von Sportlern der UdSSR und der USA gedacht, die sich seit 1976 in Komplettwettkämpfen nicht gegenübergestellt hatten. Bekanntlich fehlten die Amerikaner auf der Olympiade 1980 in Moskau, und die sowjetischen Spitzensportler mußten 1984 auf die Teilnahme an Spielen in Los Angeles verzichten. Der hochsinnige Gedanke der Spiele des guten Willens und ihre Parole: "Von der Freundschaft im Sport zum Weltfrieden" fanden bei weitesten Kreisen in aller Welt derart starke Resonanz, daß beschlossen wurde, den Teilnehmerkreis auszudehnen.

Einladungen gingen an 55 nationale Sportorganisationen. Es kamen aber Sportler aus 80 Ländern! Wäre das bei Olympischen Spielen gewesen, so hätten sich die Nachzügler mit der Rolle von Touristen begnügen müssen. Bei den Spielen des guten Willens bekam niemand eine Absage. Nicht von ungefähr wurden sie in der Weltpresse als Sportsymbol des Jahres 1986 bezeichnet, das von der UNO zum Internationalen Jahr des Friedens erklärt worden ist.

Gewiß, der nichtgeplante Sportlerzustrom bereitete den Organisatoren gewisse Schwierigkeiten. So mußten z. B. in Leichtathletik statt, wie geplant, einer mehrere Schlußstarts gegeben werden. Manchmal wurden die jeweiligen Teilnehmer erst in letzter Minute bestimmt. Das wiederum war für die Kommentatoren schwierig, aber schließlich kam alles ins Lot.

Die Spiele hatten auch Widersacher. Nach ihrem Beginn hieß es in der westlichen Presse, die Veranstalter sähen darin eine Alternative zu den

Olympiaden. Das ist schon deshalb absurd, weil die Spiele des guten Willens genau zwischen den Olympischen Spielen stattfinden und den Sportlern der Welt — den Meistern ebenso wie dem waghalsigen Nachwuchs — eine Gelegenheit sind, sich besser auf die nächste Olympiade vorzubereiten. Mehr noch, die Spiele des guten Willens helfen den olympischen Gedanken popularisieren.

Gewisse Leute nörgelten, die Moskauer Spiele würden nur ein Wettstreit der beiden "sportlichen Supermächte" sein, sie würden die Sportler aus anderen Ländern an die Wand drücken. Wie ist es aber mit dem Nigerier Tchidi Imot, der im 100-m-Lauf Carl Lewis überrundete (dieser belegte dann nur den dritten Platz)? Und die französischen Volleyballspieler, die sich bisher nicht hervorgetan hatten, in Moskau aber auf einmal ganz groß dastanden? Und was ist mit den vielen Länderrekorden im Schwimmen, in Leichtathletik und Rennfahren? An der Segelregatta in der Bucht von Tallinn haben erstmalig Segler einiger Entwicklungsländer Afrikas teilgenommen und recht gut abgeschnitten.

Was die Kritiker an den Spielen des guten Willens auch immer sagen mögen, diese waren unstrittig ein großes Ereignis des Weltsports, auch wenn man nur von den Leistungen spricht, von denen manche phänomenal waren, z. B. die Weltrekorde des sowjetischen Sportlers Sergej Bubka im Stabhochsprung (6,01 m) und der Amerikanerin Jackie Joyner, die im Siebenkampf mit 7 148 Punkten erstmalig die 7000-Marke überwand. Es kommt aber nicht nur auf die sportlichen Ergebnisse der Spiele des guten Willens an,

sondern auch auf ihre bestens erfüllte Friedensmission. Dazu wollen wir dem Vizevorsitzenden des Staatlichen Sportkomitees der UdSSR Anatoli Kolesow das Wort erteilen:

"Ich habe sagen hören, man habe sich die Spiele ausgedacht, um die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA zu verbessern, was aber nicht gelungen sei. Ich finde nicht, daß man die wichtigen politischen Probleme durch Sportverbindungen allein lösen kann. Solche Verbindungen tragen aber bestimmt zur Schaffung einer Atmosphäre bei, in der positive Beschlüsse gefaßt werden können. Die Sportsprache ist eine überall verstandene Weltsprache. Der Austausch von Besuchen, auch solchen von Sportlern, trägt zur Völkerverständigung bei. Wir in der UdSSR tun unser Möglichstes für den Ausbau der sportlichen Kontakte. Jedes Jahr reisen etwa 20 000 sowjetische Sportler ins Ausland. Der Beschluß, es nicht bei Mannschaften der UdSSR und der USA bewenden zu lassen, sondern auch Sportler aus anderen Ländern zu den Spielen einzuladen, war richtig. Ich glaube, so soll man es auch bei den nächsten Spielen des guten Willens halten.

Soviel ich weiß, sind die Veranstalter der Spiele von 1990 in Seattle auch dafür. Hoffen wir, daß sie auch in den USA in einer Atmosphäre des Vertrauens und der Freundschaft stattfinden werden wie in Moskau, Tallinn und Jurmala."

A. SREBNIZKI
Kommentator
der Presseagentur "Nowosti"

Exklusiv für "Neue Zeit"

SICHERHEIT FÜR EUROPÄER, SICHERHEIT FÜR ALLE

Die populäre Sendung des Zentralen Fernsehens der Sowjetunion, "9. Studio", veranstaltete vor kurzem eine Diskussion über die Fragen der Entspannung in Europa, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und andere hochaktuelle weltpolitische Probleme. Die Sendung fand ein starkes Echo. Für unsere ausländischen Leser bringen wir den stenographischen Bericht der Diskussion.

V. SORIN. Guten Abend, liebe Zuhörer. Wir treffen uns wieder im 9. Studio des Moskauer Fernsehentrums Ostankino für unsere heutige Diskussion, die den aktuellen Problemen der Weltpolitik gilt.

Zunächst darf ich unsere heutigen Gäste vorstellen: Egon Bahr, Vorstandsmitglied der SPD der Bundesrepublik Deutschland; David Owen, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Großbritanniens, Ex-Außenminister; Akademienmitglied Georgi Arbatow, Direktor des Instituts für die Vereinigten Staaten Amerikas und Kanada der AdW der UdSSR; Valentin Falin, Vorstandsvorsitzender der Presseagentur Nowosti.

Herr Owen und Herr Bahr weilen in Moskau zu den Sitzungen einer Arbeitsgruppe der Palme-Kommission. Der 1980 von einer Gruppe prominenter Staatsmänner, Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit verschiedener Länder gegründeten internationalen Kommission stand bis zu seinem tragischen Tod Olof Palme vor. Sie genießt eine hohe internationale Autorität. Ihre Mitglieder vertreten unterschiedliche politische Ansichten und Richtungen, doch eint sie die Einsicht in die Notwendigkeit, einen für alle sicheren Frieden herbeizuführen. Gerade diese Tätigkeit hat der Kommission ein hohes internationales Ansehen gesichert. Ihr vor vier Jahren herausgegebener Bericht heißt denn auch "Sicherheit für alle". Er weckte in der ganzen Welt lebhaftes Interesse und fand in den verschiedensten Kreisen der Weltöffentlichkeit starke Unterstützung. Die Kommission setzt ihre Arbeit fort. Ich möchte unsere heutige Diskussion mit einer Frage an Sie, Herr Bahr, einleiten. Ich weiß, die Sitzungen der Palme-Kommission sind vertraulich, aber es ist meine berufsbedingte Neugier, die mich Sie doch fragen läßt: Was könnten Sie über die jüngsten Moskauer Sitzungen sagen?

E. BAHR. Das war ein Vorbereitungstreffen, auf dem es um Voraussetzungen für die nächste Sitzung in Budapest Ende Oktober ging. Dort werden wir uns auf Fragen der europäischen Sicherheit konzentrieren. Ich glaube, wir haben unsere Dokumentationen zu Problemen der europäischen Sicherheit erfolgreich vorbereitet. Das war unsere Aufgabe, und wir haben sie erfüllt.

V. SORIN. Da möchte ich gleich einhaken: Was verstehen die Mitglieder der Palme-Kommission unter der europäischen Sicherheit, Herr Owen?

D. OWEN. Es gibt verschiedene Standpunkte dazu, doch besteht die allgemeine Meinung, daß wir im Hinblick auf das Wettrüsten und die Abrüstung an der Trennlinie angelangt sind. Entweder kommen wir zu bedeutenden, wichtigen Abkommen, hauptsächlich zwischen der UdSSR und den USA, oder wir erzielen gar keine Abkommen. Dann werden die 80er Jahre ein weiteres Anwachsen des Wettrüstens und die Verschlechterung des Verhältnisses USA-UdSSR erleben.

Niemand von uns möchte das. Ich für mein Teil bin recht optimistisch gestimmt. Ich denke, daß sich Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow im Dezember in Washington treffen. Allerdings meine ich nicht, daß man dort weitgehende Vereinbarungen wird erzielen können. Offenbar wird es bei gewissen begrenzten Resultaten sein Bewenden haben.

Dagegen wird das nächste bedeutsame Gipfeltreffen, im nächsten Jahr in Moskau, wie ich hoffe, bereits zu einer wirklichen, realen Begrenzung der strategischen nuklearen Rüstungen führen.

V. SORIN. Möchten Sie etwas hinzufügen?

G. ARBATOW. Doch. Da gebraucht David Owen das Wort "Trennlinie". Das stimmt genau. Die Situation von heute kann nämlich unterschiedlich gesehen werden. Das ist wie eine lange Speisenfolge, aus der man diese oder jene Gerichte wählen kann, und je nach der Zusammensetzung des Menüs hat man nachher einen bitteren, sauersüßen oder süßen Nachgeschmack.

Tatsächlich präsentiert sich die gegenwärtige Situation so: Einerseits wachsen die Bedrohungen, intensiviert sich das Wettrüsten und wird selbst an jenen bescheidenen Vereinbarungen gerüttelt, die in den 70er Jahren mit solchen Mühen, nach so angestrengter Arbeit erzielt wurden; die Spannungen nehmen zu, die regionalen Konflikte gehen weiter, spitzen sich noch zu. Doch wollen wir auch die andere Hälfte des Bildes sehen: Noch nie war die Einsicht so tief, daß eine solche Lage unerträglich ist. Ich glaube auch, daß sich noch nie so viele Menschen in der Welt darüber so klar waren, wie sinnlos ein Nuklearkrieg und im Grunde auch das nukleare Wettrüsten ist. Allmählich gelangt man zu diesem Schluß. Meines Erachtens haben die letzten Jahre mehrere eindringliche Lehren in dieser Hinsicht erteilt. Das schafft

sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit des Handelns. Die Notwendigkeit wegen der Gefahren, der Möglichkeit deswegen, daß es schon ebendiese Plattform, gewisse Standpunkte und Stimmungen der Öffentlichkeit gibt, die auf die Regierungen Druck ausüben. Das trifft besonders für Europa zu, wo die Entspannung eigentlich nie eingegangen war. Wir haben diese Frage fruchtbar erörtert, und im Oktober in Budapest wird, wie ich hoffe, eine Plenarsitzung der Kommission zusammentreten und ebenfalls ihren Beitrag leisten, obwohl es natürlich unmöglich ist, eine so schwere Verantwortung auf unsere Kommission oder beliebige andere Gruppe von Menschen aufzuwälzen. Vielmehr erfordert das die Anstrengungen aller real denkenden Parteien, Politiker, Regierungen und der Öffentlichkeit Europas.

V. FALIN. Dürfte ich etwas hinzufügen? Wie mir scheint, wäre es nicht ganz zutreffend, einfach zu konstatieren, daß es Vereinbarungen bzw. begrenzte Vereinbarungen gab. Die Hauptsache ist, daß in den 70er Jahren ein Mechanismus ...

G. ARBATOW. ... eine Infrastruktur ...

V. FALIN... eine Infrastruktur ausgearbeitet und, das Wichtigste, ein Prinzip vereinbart wurde. Alles damals Eingeleitete wurde nicht als vereinzelte, zusammenhanglose Akte, sondern als Aktionssystem, als Prozeß aufgefaßt. Deswegen hätte auf SALT 1 und SALT 2 ein SALT 3 usw. folgen sollen.

Man kann natürlich immer wieder beim Nullpunkt, bei der Vereinbarung von Grundsätzen anfangen.

G. ARBATOW. Nun, Valentin Michailowitsch, Sie wissen: Die Hoffnung mag ein schönes Frühstück sein, doch kein Abendessen.

V. FALIN. Sehr richtig. Trotzdem dürfen wir die damals erzielten wichtigen Ergebnisse nicht aus den Augen verlieren. In den 70er Jahren wurde im Grunde beschlossen, daß es keine zweierlei Sicherheit geben kann, erst recht nicht in Europa. Es kann nur eine einzige — für West- und Ost-Europa gleiche — Sicherheit existieren.

V. SORIN. Ich weiß nicht, ob Sie mir zustimmen, aber meiner Meinung nach besteht ein schicksalhaftes Problem heute darin, daß die Aufgaben, denen sich die heutige Menschheit gegenübersteht, nicht immer dem Herangehen recht einflußreicher Kreise an ihre Lösung adäquat sind. Hier besteht eine solche Spanne.

Herr Owen, würden Sie sich dazu äußern?

D. OWEN. In der Tat ist die Art, an diese Probleme heranzugehen, unterschiedlich. Das steht außer Zweifel. Bei den Verhandlungen zur Zügelung des Wetrüstens geht es u. a. darum, daß die Arsenale eine sehr unterschiedliche Zusammensetzung haben. In der UdSSR herrscht die Tendenz vor, landgestützte Großraketen mit mächtigen Gefechtsköpfen zu bauen, während die USA den Akzent auf raketenbestückte U-Boote, auf höhere Treffsicherheit setzen, weshalb sie so mächtige Gefechtsköpfe nicht benötigen. Will man für beide Seiten akzeptable Abkommen erzielen, so muß man diesen Unterschieden Rechnung tragen. Denn letztendlich werden die Abkommen über Rüstungsbegrenzung nicht einmal das Papier wert sein, auf dem sie geschrieben sind, wenn jede Seite nicht täglich spürt, daß ihre Sicherheit dank dem Abkommen nicht geschwächt, sondern gestärkt ist. Auf ein solches Gleichgewicht müssen wir hinarbeiten. Ich bin in vielen Punkten damit einverstanden, was Sie über die Infrastruktur aus den 70er Jahren sagten. Meiner Meinung nach ist der 1972 unterzeichnete ABM-Vertrag überaus wichtig. Jetzt müssen wir darauf achten, daß er nicht in den nächsten zwei Jahren durchkreuzt wird. Präsident Reagan mochte die von Präsident Carter ererbte SALT-2-Vereinbarung nicht ..., doch bis vor kurzem ging er nicht über den Rahmen der vom Abkommen eingeführten Begrenzungen hinaus. Ich glaube, er könnte sich bereit finden, das Abkommen auch weiter zu befolgen, obwohl er die — meines Erachtens irritierende — Erklärung abgab, er wolle gegen den Vertrag handeln. Ich bin damit nicht einverstanden, es wäre besser, SALT 2 nicht zu kündigen, sondern durch ein neues Abkommen über die Begrenzung strategischer Rüstungen zu ersetzen.

Aber die Auffassungen differieren in der Tat, die Ansichten sind unterschiedlich. Die USA halten der UdSSR vor, sie verletze gewisse Bestimmungen des Vertrages, und die UdSSR wirft den USA das gleiche vor. Anders als bei einem Fußballspiel können wir hier keinen Schiedsrichter einsetzen, der darüber entscheidet, was ein Foul sei und was nicht. Hier müssen sich schon die beiden Seiten einigen. Ich glaube, die Welt hat nach dem Genfer Treffen zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan erleichtert aufatmet. Denken wir an ihr Gespräch am Kaminfeuer zurück. Wo liegt das Problem heute? Sofern ich den Standpunkt von Generalsekretär Gorbatschow verstehe, sieht er keinen großen Sinn darin, nach Washington zu reisen, wenn die Gespräche dort keine wesentlichen Ergebnisse zeitigen. Dieser Standpunkt ist mir sympathisch. Ich glaube auch, daß die Welt ebenfalls nicht darauf brennt, ein weiteres Treffen mit einem Gespräch über dies und jenes zu erleben. Die Welt will einen Fortschritt. Was wir bis Ende dieses Jahres erhoffen dürfen, ist, daß der gesamte Prozeß von Verhandlungen und Vereinbarungen bis zum Jahresende erneut in die Wege geleitet wird.

V. SORIN. Herr Owen, Sie haben von zwei Betrachtungsweisen gesprochen. Nun, es ist nur natürlich, daß unsere zwei Großmächte keine einheitliche Betrachtungsweise haben können. Doch was ich meinte, ist: In unserem Nuklearzeitalter sind die Denkstereotypen der vornuklearen Epoche unanwendbar. Dabei stoßen wir in diesem Nuklearzeitalter immer wieder auf alte Stereotypen. Das meinte ich mit meiner Frage von vorhin.

D. OWEN. Dann habe ich die Frage mißverstanden. Was dies betrifft, stimme ich Ihnen zu. Bevor die Kernwaffen aufkamen, dachten wir z. B. von Kriegen, daß sie sich gewinnen oder verlieren lassen. Aber nach dem Aufkommen der Kernwaffen, nach Hiroshima und Nagasaki sah die Welt allmählich, daß sie in eine Zeit völlig andersgearteter Kriege — von Kriegen ohne Sieger — eingetreten ist.

In den 70er und zu Beginn der 80er Jahre gab es eine Tendenz: Auf beiden Seiten, besonders vielleicht auf westlicher Seite, redeten die Militärs offen von der Möglichkeit, einen Krieg zu gewinnen. Eines der Resultate der Arbeit der Palme-Kommission ist die Schlußfolgerung, daß es in einem Nuklearkrieg keine Sieger geben kann. Zu eben diesem Schluß gelangten auch Gorbatschow und Reagan bei ihrer Begegnung. Wenn alles seinen Gang geht und alle sich von dem Gedanken durchdringen lassen, daß es in einem Nuklearkrieg keine Sieger geben kann, folgt daraus, daß ein solcher Krieg nicht sein darf. Deshalb müssen wir die Kernwaffen abbauen und ein Klima des Vertrauens schaffen, damit wir uns von ihnen endlich völlig befreien — allerdings kann das sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

E. BAHR. Erlauben Sie mir ein paar Worte dazu. Die Situation ist einfach genug: Entweder leben wir gemeinsam in Sicherheit, oder wir gehen alle unter. So einfach ist das. Deshalb wird die Sicherheit, die wir herbeiführen müssen, wie ich glaube, keine Veränderungen an der einen oder der anderen Gesellschaft erheischen. Warum mögen die einen Kaffee und die anderen Tee? Es kommt darauf an, in Sicherheit zu leben. Das bedeutet also, daß wir bei unseren Bemühungen um die Sicherheit von der anderen Seite keine Abänderung ihrer Gesellschaftsordnung verlangen dürfen. Als der Generalsekretär nach Genf kam, erwartete man von ihm keineswegs, er würde die Vorteile des Kapitalismus loben. Und umgekehrt: Durch seine Reise nach Genf machte sich Reagan nicht zu einem "Mitläufer" der Kommunisten. Das einzige, was die Menschheit von den beiden Großmächten zu fordern berechtigt ist, besteht darin, die Sicherheit zu gewährleisten. Dazu aber ist in der Tat ein Umdenken erforderlich. Schauen Sie, selbst nachdem die beiden Großmächte in Genf wichtige vereinbarte Formulierungen erarbeitet hatten, erlebten wir nicht, daß sie in die Tat umgesetzt worden wären. Wie sind die Worte des Abkommens zur Wirklichkeit zu machen? Dazu bedarf es wirklich realer Veränderungen in der Politik. Ich kann nicht umhin, zuzugeben, daß die UdSSR ihre diesbezügliche Politik

beträchtlich geändert hat. Und vom Westen möchte ich, daß dort anstatt weiterer Tests neuer Waffen versucht wird, den Generalsekretär Gorbatschow zu testen: ob er in Übereinstimmung mit seinen Versprechen und Erklärungen handeln wird. Das würde vollkommen genügen.

G. ARBATOW. Nur noch ein paar Worte dazu. Es ist gewiß gut, daß man eingesehen hat: Ein Nuklearkrieg ist weder führbar noch gewinnbar. Aber das ist ja dasselbe, wie wenn man sagt, daß man viel lieber lebt als stirbt. Jetzt mal ohne jede Anspielung auf Sie, Egon, aber wenn man einem Menschen sagt, er solle das Rauchen aufgeben, um nicht zu sterben, raucht so mancher trotzdem weiter. Ein ähnliches Bild haben wir jetzt in der Politik. Ich glaube, daß es heute niemanden gibt — höchstens vielleicht einen Verrückten, einen Kranken —, der im Safe einen Plan liegen hätte, dem zufolge er in der und der Stunde auf die und die Knöpfe zu drücken und so einen Kernwaffenkrieg auszulösen habe.

Doch im neuen Denken des Nuklearzeitalters muß man einen Schritt weiter gehen und verstehen, daß sich viele Formen des herkömmlichen politischen Verhaltens heute verbieten. Sie sind heute ein Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können. Ich meine das Wettrüsten, das Fehlen eines Dialogs, sich jahrelang hinziehende, auf ganze Regionen übergreifende Konflikte, wobei niemand in Wirklichkeit etwas unternimmt, um sie zu bereinigen. Dabei könnten wir in einen Krieg hineinschlittern, das kam in der Geschichte mehr als nur einmal vor — hineinschlittern, ohne es gewollt zu haben.

Und nun die Hauptfrage. Gewiß, man hat es unterzeichnet, und alle wissen, daß ein Nuklearkrieg nicht führbar und nicht gewinnbar ist. Doch muß man daraus Schlüsse ziehen. Und dann — die Zeit läuft ja ab. Die Zeit arbeitet gegen uns, es fällt immer schwerer, uns über etwas zu einigen. Man muß daraus Schlüsse auch für unser sozusagen tagtägliches Verhalten ziehen. Wir müssen erreichen, daß wir eine feste Garantie dagegen schaffen.

V. FALIN. Hinzugefügt sei, daß nicht nur Politik oder politische Bekenntnisse die Militärstrategie und den militärischen Aufbau beeinflussen. Der militärische Aufbau, besonders die Entwicklung neuer Waffensysteme, beeinflusst seinerseits die Politik, die politischen Vorstellungen von der anderen Seite, alle politischen und sonstigen Prozesse in der Welt.

Damit also solche Bekenntnisse, so unbestreitbar sie auch sein mögen, bei der Festigung des Friedens, bei der Herbeiführung eines stabilen weltpolitischen Klimas eine reale Rolle spielen, müssen ihnen materielle Akte von genau umrissenen Konturen folgen. Überaus wichtig ist hier das, wovon Herr Owen sprach und was in SALT 1 und SALT 2 fixiert ist: auf militärischem Gebiet notwendige Maßnahmen nicht von den nationalen, sondern von den allgemeinen Auffassungen der Sicherheit abzuleiten.

Wenn jedes Land seine Militärpolitik nur auf eigener Auffassung von der eigenen Sicherheit und von der Sicherheit anderer aufbaut, kann es, wird es keine Vereinbarungen geben.

Jetzt müssen wir einen weiteren Schritt tun. Wir haben ihn auf unserem jüngsten Parteitag vorgeschlagen: es anzuerkennen und all unserem Handeln zugrunde zu legen, daß heute keine Probleme, auch nicht Sicherheitsprobleme, mit militärischen Mitteln gelöst werden können, daß dazu nur ein politisches Mittel, politische Vereinbarungen und Verhandlungen führen.

V. SORIN. Die neuen Vorschläge über die Sicherheit in Europa, die die Warschauer Vertragsstaaten vor kurzem in Budapest unterbreiteten, hängen, glaube ich, unmittelbar mit unserem Gesprächsthema zusammen.

Herr Owen, wie sehen Sie es: Bieten diese Vorschläge eine reale Möglichkeit, die europäische Sicherheit zu festigen?

D. OWEN. Ja. Aber ich betrachte das als nur einen ersten Schritt. Seit 15 Jahren verhandeln wir in Wien, ihr nennt das Verhandlungen über die gegenseitige Rüstungsreduzierung, wir nennen ihren Gegenstand gegenseitige und ausbalancierte Reduzierung. Es geht darum, einen Abbau in

Mitteleuropa herbeizuführen. Ich glaube, wir stehen einer Vereinbarung sehr nah. Ehe wir zu der in den Vorschlägen der Warschauer Vertragsländer vorgeschlagenen breiteren Betrachtungsweise übergehen, müssen wir, wie ich meine, als erste Etappe in Wien zu einer Übereinkunft kommen. Das wird von Wert sein, obwohl die vorgeschlagenen Reduzierungen, lediglich ein Prozent der Gesamtstärke, sehr gering sind. Besagte Vereinbarung wird auch ein Abkommen über die Überprüfung und Inspektion einschließen, die beiden Ländern die Sicherheit gäben, daß der andere gegen das Abkommen nicht verstößt.

Seien wir doch offen. Das Problem dieser Abkommen besteht darin, daß es gegenwärtig in den zwischenstaatlichen Beziehungen an Vertrauen mangelt. Deshalb müssen wir sehr dauerhafte und zuverlässige Mittel und Verfahren zur Überprüfung entwickeln, damit jede Seite sicher ist, von der anderen nicht irregeführt zu werden. Wenn wir in Wien zu einer Übereinkunft gelangen, wird das, glaube ich, den Weg zu noch breiteren Verhandlungen freilegen: über eine größere Anzahl von Waffensystemen und auch über größere Territorien, vom Atlantik bis zum Ural. Ich persönlich bin der Ansicht, daß eine direkte Diskussion zwischen dem Warschauer Vertrag und der Nordatlantikkunion sehr wichtig wäre. Beide Militärblöcke existieren nun einmal, haben ihre eigene Infrastruktur, und die Zeit ist für sie gekommen, anstatt militärische Aktivitäten gegeneinander zu planen, einen Dialog miteinander über eine Begrenzung des Wettrüstens und über die Abrüstung, einschließlich der konventionellen Rüstungen und der taktischen Nuklearwaffen, aufzunehmen. Diese taktischen Waffen haben eine geringere Stärke und Reichweite, doch ich meinerseits bin sicher, daß sie weit gefährlicher sind und einen Krieg eher provozieren können als große ICBM.

V. SORIN. Ich glaube, Sie wollten...

E. BAHR. Ich könnte jedes Wort meines Freundes David Owen unterschreiben. Doch möchte ich kurz auf die allgemeine Situation zurückkommen. Seit Gorbatschow im Januar d. J. mit seinem Programm der vollen Vernichtung der Kernwaffen hervortrat, forderten wir, daß dieses Programm auch in bezug auf die konventionellen Waffen ergänzt würde. Wenn die Bedeutsamkeit und der Stellenwert der Kernwaffen herabgesetzt würden, sagten wir, erhöhe sich dadurch der Stellenwert der konventionellen Rüstungen. Nun haben wir das ganze Paket, den Komplex der Vorschläge der UdSSR, vor uns. Ich muß sagen, daß die Ausdehnung des Territoriums, über welches verhandelt wird — nunmehr ist das die Fläche vom Atlantik bis zum Ural —, bei uns im Westen ebenfalls große Genugtuung hervorruft, denn das hat Westeuropa ja ebenfalls gefordert. Zudem verrete ich hier ein Land ohne Kernwaffen und bin deshalb der Auffassung, daß unser Einfluß bei den Verhandlungen über diese Waffen zwischen den beiden Großmächten recht beschränkt ist. Aber alles, was die konventionellen Rüstungen angeht, tangiert uns, hier haben wir einen bestimmten Einfluß. In punkto Kernwaffen stehen wir auf unserer alten Position. Wir möchten uns davon befreien. Doch jetzt treten wir in eine Etappe ein, in der Europa eine besondere Rolle spielen und bei diesen Verhandlungen sogar führend sein kann. Ich bin mit David Owen auch darin einer Meinung, daß sich diese Verhandlungen nach Möglichkeit auf die realen Streitkräfte des NATO-Bündnisses und des Warschauer Vertrages in Europa konzentrieren sollen. Selbstverständlich dürfen wir die anderen Gebiete nicht ignorieren, doch das größte Problem ist Mitteleuropa. Zu lösen ist es durch Herbeiführung einer relativ ausbalancierten Situation zwischen beiden Ländern. Man darf nicht vergessen, daß die reale Gefahr gerade in dieser mittleren Region lauert. Deshalb müssen wir wohl die Lösung der Probleme in Mitteleuropa mit den Problemen ganz Europas verbinden.

G. ARBATOW. Das ist richtig. Doch wenn man hier eine Brücke zu den Wiener Gesprächen schlägt und in diesem Kontext an die Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten denkt, sieht man, daß der Vertrag in den 13 Jahren Verhandlungen in Wien fertig, längst fertig, aber zum

allgemeinen Leidwesen nicht abgeschlossen ist. Und wird er abgeschlossen sein, so wird er vorläufig — davon wurde hier schon gesprochen — weniger als ein Prozent der Streitkräfte betreffen.

Deshalb glaube ich, daß diese Vorschläge nicht nur die Geographie des Fragenkreises erweitern, sondern auch einen Denkanstoß, ein Stimulus zu neuem Denken in Sachen der Sicherheit in Mitteleuropa sind, daß man jetzt in weit größeren und ernstesten Kategorien denken muß — und natürlich viel schneller.

V. FALIN. Das ist doch wohl etwas komplexer. Wenn Herr Bahr sagt, die Bundesrepublik sei keine Nuklearmacht, ist das sehr bedingt. Die Ausbreitung von Kernwaffen bedeutet ja nicht nur eine größere Zahl von Staaten, die solche Waffen besitzen. Eine solche Ausbreitung ist auch die Stationierung von Kernwaffen auf fremdem Gebiet. Was nun die Konzentration des nuklearen Potentials, der Kernwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik angeht, so findet sich kaum ein anderes Gebiet in der Welt, in dem es solche Waffen in größeren Mengen gäbe.

Deshalb ist die Frage, welchen Stellenwert die Bundesrepublik in der nuklearen Konfrontation hat, nicht so indiskutabel, wie das jetzt scheinen mag. Das hebt aber die Wichtigkeit jener Vorschläge, die hier gemacht wurden und die übrigens unseren früheren Vorschlag weiterentwickeln, keineswegs auf, ganz im Gegenteil.

Ich will daran erinnern, daß die Warschauer Vertragsstaaten vor einiger Zeit einen Vertrag über den Verzicht auf den Ersteinsatz sowohl der nuklearen als auch der nichtnuklearen Waffen im Wirkungsbereich der Helsinki-Schlußakte vorschlugen.

Jetzt schlagen wir vor, die Rüstungen und Streitkräfte beträchtlich, wesentlich, nämlich um 25% und sogar mehr zu reduzieren und aus dem Raum, wo dieser Abbau vor sich gehen wird, nicht einzelne Einheiten, sondern ganze Verbände abzuziehen, damit in Europa ein Kräftegleichgewicht besteht und damit auf diese Weise das globale Kräftegleichgewicht in größere Nähe rückt.

Als Michail Gorbatschow über den Aufenthalt Präsident Mitterrands sprach, sagte er: "Wenn wir im Vergleich zu den NATO-Ländern in irgendeinem Punkt ein Übergewicht haben, ist die sowjetische Seite bereit, dieses Übergewicht zu beseitigen. Doch rechnen wir damit, daß unsere westlichen Partner ein gleiches tun, daß es ein wirkliches Gleichgewicht sein wird, eine Reduzierung, die der Sicherheit keiner der Seiten Abbruch tut. Für uns selbst suchten und suchen wir keine Überlegenheit. Und von diesem Hauptpunkt muß man ausgehen, um zu verstehen, wie aufrichtig und wie relevant unsere Vorschläge sind."

E. BAHR. Könnte ich einige Bemerkungen zu Valentin Falins Ausführungen machen? Vor allem finde ich die Situation, die wir erleben, einfach tragisch. Wenn die UdSSR ihre heutigen Vorschläge über das nukleare Potential der europäischen Länder früher unterbreitet hätte, gäbe es nie Flügelraketen und Pershings. Das ist eine traurige Tatsache, und ich muß leider feststellen, daß die neue sowjetische Initiative zu spät kommt. Dennoch ist sie vortrefflich, um richtige Verhandlungen aufzunehmen. Wir leben jetzt tatsächlich in der Zeit der verantwortlichsten Entscheidungen. Und noch eins. Was Gorbatschow anlässlich von Mitterrands Moskau-Besuch sagte, ist in der Tat sehr, sehr interessant und bietet zusätzliche Möglichkeiten für Diskussionen und Verhandlungen. Unseres Erachtens hat der Warschauer Vertrag ein bestimmtes Übergewicht bei konventionellen Rüstungen. Gorbatschow sagte, daß er bereit ist, dieses Übergewicht bis auf ein annäherndes Gleichgewicht zu reduzieren. Gewiß schließt das auch die andere Seite ein. Wenn eine bestimmte Größe beim Westen höher ist, muß auch er eine Reduzierung in Kauf nehmen. Ein wirklich guter Vorschlag. Ich bin mit dieser Konzeption im Prinzip absolut einverstanden.

V. SORIN. Ich möchte nur einwerfen: Zu spät ist nur, was nicht mehr zu korrigieren ist.

G. ARBATOW. Es geht nicht darum. Egons ausgezeichnetes

Gedächtnis in Ehren, aber in diesem Fall läßt es ihn im Stich. Vor fünf Jahren, im Juni 1981, hatten wir keine Verhandlungen mit Amerika, keinen Dialog.

V. FALIN. Sieben Jahre, Egon meint sieben Jahre.

G. ARBATOW. Gut, stimmt, doch konnte diese Frage sozusagen überhaupt nirgends aufgeworfen werden. Amerika ging von etwas ganz anderem aus.

E. BAHR. Sagen wir, 1982.

G. ARBATOW. Da bin ich nicht sicher. Auch 1982 hätten sie ein Manöver gefunden, wie sie es jetzt getan haben, um den sowjetischen Vorschlag abzulehnen. Sie hätten auch damals einen Vorwand parat gehabt. Doch was nützt es, uns über die Vergangenheit auszulassen? Die Geschichte kennt keinen Konjunktiv, hier benötigt man eine andere Sicht.

D. OWEN. Das Ganze kam von der Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen 1977 und 1978. Aber ich finde, daß die ganze Frage interessant ist. Wozu brauchen die USA Kernwaffen in Europa? Hier müssen wir uns der Geschichte zuwenden. Die UdSSR ist eine europäische, doch zugleich natürlich auch eine asiatische Macht. Zweimal wurden die USA in europäische Kriege verwickelt: 1917, im ersten Weltkrieg, und dann 1941, im zweiten Weltkrieg. Die UdSSR konnte sich nur mit Mühe vorstellen, daß die USA-Präsenz in Europa nach 45 ein Teil unserer Sicherheit wurde. Würden die USA ihre landgestützten Raketen aus Europa abziehen (was ich für durchaus möglich halte), so müssen Sie es einsehen: Dann werdet auch ihr eure landgestützten Raketen auf einem großen Territorium, bis hin zum Ural, demontieren müssen. In dieser Frage wären wir nun miteinander einverstanden. Die Position der UdSSR berücksichtigt zunehmend die Tatsache, daß Frankreich und Großbritannien ihre Kernwaffen haben werden. Das sind keine großen Arsenale, vielmehr ein minimales, eindämmendes Potential. Aber sie bedeuten, daß in Europa, wenn die USA ihre landgestützten Raketen abziehen, immerhin eine gewisse Anzahl von Raketen bleibt, die, ohne ein Gegengewicht zu den sowjetischen Raketen zu bilden, dennoch eine gewisse dämmende Roll-back-Wirkung ausüben würden, und daß dort neben dem sowjetischen auch ein europäisches Element bestünde. Und wir werden toleranter der Tatsache gegenüberstehen, daß ihr es als notwendig betrachtet, Raketen im asiatischen Teil der UdSSR zu haben. All das sind Wandlungen des letzten Jahres. Bei uns versteht man jetzt viel besser eure Unruhe in Bezug auf Asien, bei euch versteht man besser die Position Frankreichs und Großbritanniens, ihre Besorgnis, daß die USA-Truppen aus Europa vollends abgezogen werden könnten. Ich nehme an, daß wir eine Vereinbarung erzielen. Möglicherweise wird sie nicht einen sofortigen Abzug aller amerikanischen und sowjetischen Raketen vorsehen. Das könnte in zwei Etappen geschehen. Doch hat der jetzige Vorschlag große Bedeutung: zuerst die Pershings 2 abzuziehen und lediglich SS-20- und Flügelraketen dazulassen, allerdings in geringerer Zahl, und in der zweiten Etappe alle Raketen völlig zu beseitigen. Wenn wir dem zustimmen, was Egon hier sagte, und wenn wir mit einem Abbau von Raketen und Kernsprengköpfen beginnen, müssen wir besonders daran denken, daß eine Sicherheit auch in Bezug auf die konventionellen Rüstungen bestehen muß, damit niemand in diesem Bereich Vorteile erlangt. Das stimmt mich optimistischer. Auch wären wir nur imstande, die politischen Leader, vor allem Präsident Reagan, zu überzeugen, daß es an der Zeit ist, zu verhandeln! Ich glaube, daß wir vor November oder Dezember d. J. nichts dergleichen erleben. Bis dahin wird sich zeigen, ob Präsident Reagan bereit ist, über die Trennlinie zu schreiben und in die Epoche der Waffenreduzierung einzutreten. Präsident Nixon hatten wir so etwas nicht zugetraut. Dabei schritt er 1971 zusammen mit Präsident Breshnew über diese Schwelle. Ich hoffe, daß die jetzigen Staatsführer das ebenfalls tun, schon 1986/1987.

G. ARBATOW. Nixon hatte keinen Perle, keinen Weinberger, hatte auch viele andere nicht.

D. OWEN. Vor Abschluß jener Abkommen habt ihr alle

gedacht, daß Nixon und Kissinger Falken waren. Dabei war der Vietnamkrieg 1970/1971 in vollem Gange, und doch stimmten sie dem Vertrag zu. Kaum jemand hätte denken können, als Nixon ans Ruder kam, daß er als erster Präsident mit der UdSSR ein überaus wichtiges Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen unterzeichnen würde. Ich finde, man sollte eine solche Möglichkeit auch bei Präsident Reagan nicht ausschließen. Präsident Reagan hat den Vorzug, daß er, falls er ein Abkommen mit der UdSSR unterzeichnet, es im Kongreß durchbringen und seine Ratifizierung erreichen kann. Das ist nämlich schwierig. Die letzten drei Verträge wurden vom Kongreß nicht ratifiziert.

G. ARBATOW. Ehrlich, David, ich beneide Sie um Ihren Optimismus und möchte, daß Sie mich damit anstecken. Nur kann ich leider nicht vergessen, daß Nixon gewisse Schritte zu Veränderungen im ersten oder zweiten Jahr seiner Präsidentschaft unternahm, daß Reagan aber nur noch zwei Jahre geblieben sind, und die Zeit läuft ab. Natürlich möchte auch ich hier bestimmte Veränderungen sehen, aber alles in allem müssen wir, selbst wenn wir Optimisten sind, Realisten bleiben.

V. FALIN. Ich möchte etwas anderes in einer Sache hervorheben, die ich bei Herrn Owen herauszuhören glaubte.

Alles komme auf die Staatsmänner an. Alles hänge davon ab, mit welchem Schuß von Ideen sie an die Macht kämen, welchen Salz von Vorstellungen der anderen Seite, von den Erfordernissen der Welt sie, schon als Machthaber, entwickelten und selbstverständlich was sie tun wollten, real tun und nicht nur sagen. Stellt man sich auf den von Herrn Owen geäußerten Standpunkt, so bin ich bereit, ihm zuzustimmen: Wenn der Wunsch vorliegt, könnte man die Probleme, denen wir uns heute gegenübersehen und die das Antlitz der Welt von heute und morgen prägen, binnen kurzem lösen, schon in wenigen Verhandlungsrunden.

G. ARBATOW. Man könnte nicht nur, man muß vielleicht sogar, weil man keine Zeit hat zum Hinauszögern.

V. FALIN. Das ist eine andere Frage, dieses "nicht nur kann, sondern auch muß". Und darin liegt das Wesen der Frage. Herr Bahr weiß, daß man jahrzehntelang unnötigerweise um das Problem Westberlins herumredete und daß man

sehr viel Zeit brauchte, um dieses Problem seinerzeit zu lösen.

G. ARBATOW. Und der Vertrag über das teilweise Verbot von Nukleartests? Ein gutes Beispiel: nur zwei Wochen; dabei lag nicht einmal die Infrastruktur vor, von der Sie gesprochen haben.

V. SORIN. Ich möchte, daß wir mehrere Probleme berühren, deshalb werfe ich jetzt eine Frage aus einem anderen Bereich in die Diskussion. Herr Bahr, wie stehen Sie zur Washingtoner Doktrin des Neoglobalismus? Sie findet ihre Anwendung, sagen wir, auf Nikaragua oder Grenada. Befürchten Sie nicht, daß Washington sie auch auf Europa ausdehnt?

E. BAHR. Oh, das ist eine vortreffliche Frage. Vorausgeschickt sei, daß ich nicht nach Moskau gekommen bin, um unseren größten Bündnispartner zu verurteilen. Damit möchte ich feststellen, daß ich während meines Aufenthalts in Washington vor zwei Wochen dort keine neue Doktrin gefunden habe, dafür aber einen Kampf zwischen den Multilateralisten, d. h. Leuten, die nach Lösungen unter kollektiven Anstrengungen, gemeinsam mit anderen Ländern suchen, und den Unilateralisten, die meinen: Da die Verhandlungen in dieser langen Zeit keine Resultate gezeitigt hätten, da die Aufstockung von Rüstungen in dieser Zeit weit schneller vor sich gegangen sei als die Verhandlungen über ihre Begrenzung und das Problem der Kontrolle immer komplizierter geworden sei, müsse man mit all diesem Unsinn Schluß machen und keine Vereinbarungen mehr anstreben. Laßt uns, sagen sie, statt dessen auf etwas wie gegenseitige Zurückhaltung, gleich, ob schweigend oder offen, bauen. Dann werde man Verhandlungen und selbst Gipfeltreffen ebenfalls nutzen können, aber schon dafür, um Verständnis über das Verhalten beider Seiten zu erreichen. Das ist der Unilateralismus. Ich finde, er steht in direktem Gegensatz zum Prinzip der allgemeinen Sicherheit, der Sicherheit für alle. Und ich finde, daß es sehr gefährlich wäre, wenn dieses Herangehen in den USA zu einer Doktrin erhoben würde. Noch ist es nicht soweit. Aber der Kampf ruht nicht.

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

DIE MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

kommentieren das Geschehen auf allen Kontinenten, berichten über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.
— Association Belgique—URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (36,00 DM) — Plambeck und Co, Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 1.

— W. E. Saarbach GmbH, Auslands-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, D 8000 München 34, P. O. Box 340108.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m.b.H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (120 dkr.)

— „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 Copenhagen
— „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken 800 Aarhus C Denmark

DDR — Alle Postämter

HOLLAND (46 hfl.)

— „Pegasus“ Boekhandel Leidsestraat 25 Amsterdam
— „Swets“ Subscription Service P.O. Box 845 2160 SZ Lisse

JUGOSLAWIEN

— „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Terazije 27/11, soba 5.
— Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
— „Mladost“, OOUR Vanjska Trgovina 41 000 Zagreb, UVOS Casopisa Ilica 30
— „Drzavna Založba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1

— Veselin Maslesa OOUR Izvoz-Uvoz „Veselin suas lesa“ Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
— Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska bb 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

— Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (90 nkr.)

— „Narvesens“ A.S. Literaturtjeneste P.O. Box 6125 Etterstad Oslo

ÖSTERREICH (216 ÖS)

— „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-206 Wien, Höchstädtplatz 3.
— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

P O L E N — Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

SCHWEIZ (34,00 sfr.)

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau, Genève.
— Pinkus Froschaugasse 7, 8001 Zürich
— Reiher-Verlag Postfach 3000, Bern 6.

TSCHESCHOSLOWAKEI

— PNS-UED Jindrisha 14, Praha 1
— PNS-UED Gottwaldovo nám 6, Bratislava

UNGARN — Alle Postämter

USA (16,60 \$)

— Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852.

WESTBERLIN (36,00 DM)

— „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.
— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

☐ 1 Jahr ☐ 2 Jahre ☐ 3 Jahre Datum
Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift



Antikriegskundgebung der Jugend

Ostermarsch

INTERNATIONALER FOTO- UND ZEICHEN- WETTBEWERB

**„JAHR
DES FRIEDENS“**



**Aufnahmen
von
Hans
MEISTER
(BRD)**

